



Plenarprotokoll

77. Sitzung

Mittwoch, 22. Januar 2020

Land bekennt sich zum Weiterbau der A 20.....	5870	Aktuelle Stunde zum Thema Kosten für die Vorhaltung EAE Bad Segeberg (LevoPark).....	5870
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1949		Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/1947	
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	5870	Jörg Nobis [AfD].....	5871
Zukunft der Schiffbauindustrie sichern.....	5870	Monika Heinold, Finanzministerin	5872
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1950		Gemeinsame Beratung	
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	5870	a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein.....	5873

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 19/1273		Beschluss: 1. Ablehnung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/1273	
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 19/1879		2. Überweisung des Antrags Drucksache 19/1899 federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss	
b) Klimaschutz im Straßenverkehr - jetzt!	5873	3. Annahme des Antrags Drucksache 19/1919	
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1899		4. Überweisung des Antrags Drucksache 19/1935 an den Umwelt- und Agrarausschuss.....	5906
c) Biologischer Klimaschutz durch Moorschutz und Neuwaldbildung	5873	Arbeits- und Gesundheitsschutz in Schleswig-Holstein	5906
Antrag der Fraktion von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1919		Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 19/1756	
d) Für eine mutige Energiewende bis 2030 in Schleswig-Holstein	5873	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	5907
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1935		Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	5908
Barbara Ostmeier [CDU], Berichterstatterin.....	5873	Werner Kalinka [CDU].....	5909, 5916
Lars Harms [SSW].....	5873, 5900	Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5910
Tobias Koch [CDU].....	5876, 5899	Dennys Bornhöft [FDP].....	5912
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5878, 5895	Claus Schaffer [AfD].....	5913
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5882	Flemming Meyer [SSW].....	5914
Oliver Kumbartzky [FDP].....	5885	Birte Pauls [SPD].....	5915
Jörg Nobis [AfD].....	5889	Beschluss: Überweisung der Antwort der Landesregierung Drucksache 19/1756 federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	5917
Volker Schnurrbusch [AfD].....	5890, 5898	Maßnahmen für mehr Friesischunterricht	5917
Lukas Kilian [CDU].....	5891	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1894	
Stephan Holowaty [FDP].....	5892	Lars Harms [SSW].....	5917
Thomas Hölck [SPD].....	5892	Tobias von der Heide [CDU].....	5918
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5894	Birte Pauls [SPD].....	5920
Heiner Rickers [CDU].....	5897	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5921
Kay Richert [FDP].....	5898	Anita Klahn [FDP].....	5921
Dennys Bornhöft [FDP].....	5901	Dr. Frank Brodehl [AfD].....	5922
Andreas Hein [CDU].....	5902	Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.....	5923
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	5903		

Beschluss: Überweisung des Antrags
Drucksache 19/1894 federführend
an den Bildungsausschuss und
mitberatend an den Europaaus-
schuss..... 5925

**Jahr der Bildung für Nachhaltige
Entwicklung..... 5925**

Antrag der Fraktionen von CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP
Drucksache 19/1783

Anette Röttger [CDU]..... 5925
Martin Habersaat [SPD]..... 5926, 5933
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 5928
Anita Klahn [FDP]..... 5929
Dr. Frank Brodehl [AfD]..... 5930, 5933
Jette Waldinger-Thiering [SSW].... 5931
Tobias von der Heide [CDU]..... 5932
Karin Prien, Ministerin für Bil-
dung, Wissenschaft und Kultur. 5934

Beschluss: Annahme des Antrags
Drucksache 19/1783..... 5936

**Kurzzeitpflege in Schleswig-Hol-
stein bedarfsgerecht sicherstellen.... 5936**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1917

**Rahmenbedingungen für die Kurz-
zeitpflege endlich verbessern..... 5936**

Alternativantrag der Fraktionen von
CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP
Drucksache 19/1951

Birte Pauls [SPD]..... 5936
Katja Rathje-Hoffmann [CDU]..... 5937
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 5938
Dennys Bornhöft [FDP]..... 5939
Claus Schaffer [AfD]..... 5940
Flemming Meyer [SSW]..... 5941
Dr. Heiner Garg, Minister für So-
ziales, Gesundheit, Jugend, Fa-
milie und Senioren..... 5942

Beschluss: Überweisung des Antrags
Drucksache 19/1917 und des Al-
ternativantrags Drucksache
19/1951 an den Sozialausschuss.... 5944

**Elektrokleinstfahrzeuge als Teil der
Leichtmobilität integrieren..... 5944**

Antrag der Fraktionen von CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP
Drucksache 19/1794

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 5944
Kai Vogel [SPD]..... 5945
Lukas Kilian [CDU]..... 5947
Kay Richert [FDP]..... 5948
Volker Schnurrbusch [AfD]..... 5949
Flemming Meyer [SSW]..... 5950
Dennys Bornhöft [FDP]..... 5952
Dr. Bernd Buchholz, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Arbeit,
Technologie und Tourismus..... 5953

Beschluss: Annahme des Antrags
Drucksache 19/1794..... 5955

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste
Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge-
sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei-
ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für
Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstel-
lung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissen-
schaft und Kultur

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie-
wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digita-
lisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft,
Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:05 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 28. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt ist die fraktionslose Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wir wünschen ihr gute Genesung.

(Vereinzelter Beifall)

Seitens der Landesregierung sind heute der Ministerpräsident am Nachmittag und Minister Grote ganztätig beurlaubt. Der Abgeordnete Voß hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass der an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert ist. Der Abgeordnete von Pein hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme an der heutigen Vormittagssitzung verhindert ist.

Ich rufe auf:

Land bekennt sich zum Weiterbau der A 20

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1949

(Beifall FDP)

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag Drucksache 19/1949 abstimmen. Sie wissen, es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, dass das einstimmig so beschlossen ist. Damit ist die Dringlichkeit hergestellt.

Ich rufe einen weiteren Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD auf:

(Unruhe)

- Die Sitzung hat schon begonnen, und im Moment rede ich.

(Zuruf)

- Sicher, Herr Abgeordneter!

Zukunft der Schiffbauindustrie sichern

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1950

Ich nehme an, dass auch hier keine Wortmeldung vorliegt. Wer also der Dringlichkeit zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch hier sehe ich, das ist einstimmig so gegeben. Damit ist auch hier die Dringlichkeit festgestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 3, 5 bis 7, 9, 13, 21, 28, 29, 31, 32 bis 34, 38 und 40 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 30, 37, 39 und 41.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 2, 18, 22 und 25, Gesetzentwurf und Anträge zum Klimaschutz. Das ist also die Klimaschutzpolitische Debatte.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 28. Tagung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden heute und morgen unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr und Freitag - ich bitte, das zu beachten - ohne Mittagspause bis circa 13 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Besucherinnen und Besucher des Amtsgerichts Kiel mit Anwärterinnen und Azubis, Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums aus Preetz und Angehörige der Tafel sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Tafel Ahrensböck. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde zum Thema Kosten für die Vorkhaltung EAE Bad Segeberg (LevoPark)

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1947

(Präsident Klaus Schlie)

Das Wort für die AfD hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Sehr geehrte Frau Ministerin Heinold! Wir haben diese Aktuelle Stunde hier und heute beantragt, um die Frage zu klären: Hat die Landesregierung keinen Überblick über die Migrationsfolgekosten? Ganz konkret geht es um die Frage: Was kostet uns der LevoPark in Bad Segeberg jährlich? Oder möchte die Landesregierung die Kosten vielleicht vor der Öffentlichkeit verschleiern?

Aktueller Auslöser für diese Frage waren die Angaben des Finanzministeriums gegenüber der Presse in der letzten Woche. Dort konnte man lesen: 4,8 Millionen € kostet uns die Bereithaltung von 1.000 Erstaufnahmeplätzen in Bad Segeberg. Das hat mich sehr verwundert, denn ich hatte dazu erst im November letzten Jahres eine Kleine Anfrage gestellt, die von der Landesregierung auch beantwortet wurde. Ich habe diese Antwort mitgebracht, es ist die Drucksache 19/1773. Hier gibt es zwei Posten für die Erstaufnahmeeinrichtung in Bad Segeberg, nämlich den Posten Miete mit 232.557 € und den Posten Bewirtschaftung - unter anderem für Energie, Hausmeister et cetera - mit 343.918 €

Flugs zusammengerechnet macht das für den geneigten Betrachter nach Adam Riese 576.475 € Wir reden über monatliche Kosten, also von 6,9 Millionen € jährlich. Wir haben hier also augenscheinlich eine Diskrepanz von über 2 Millionen € zwischen den Angaben des Finanzministeriums gegenüber der Presse in der letzten Woche und gegenüber der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage im November 2019.

Nun stellt sich heraus, es ist eigentlich alles ganz anders, aber es ist trotzdem nicht besser, Frau Heinold. Sie haben gestern in einem Schreiben an die Mitglieder des Finanzausschusses kleinlaut erklärt, diese beiden Posten Miete und Bewirtschaftung waren gar keine Einzelposten, sondern vielmehr war die Miete Bestandteil der Bewirtschaftung. Das kann man glauben. Wenn das so ist, dann belaufen sich die Kosten insgesamt nicht auf 4,8 Millionen € sondern auf 4,1 Millionen € Somit bleibt eine Diskrepanz von 0,7 Millionen € gegenüber den Angaben in der Presse. Die erklären Sie dann in Ihrem Schreiben von gestern Nachmittag wie folgt: Na ja, da hatten wir ja noch einen Wachdienst; der hat jährlich 670.000 € gekostet. Das sind dann die 4,8 Millionen €

Jetzt kann ich also feststellen: Okay, 4,8 Millionen € mit dem Wachdienst. Dann muss ich mich aber fragen: Warum haben Sie diesen großen Posten von nicht unerheblichen 670.000 € für den Wachdienst in der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage einfach unterschlagen? Diese Summe taucht nämlich in der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage nicht auf. Ich hatte explizit nach den Gesamtkosten für den LevoPark in Bad Segeberg gefragt. Diese haben Sie mir also unterschlagen.

Jetzt könnte die Geschichte eigentlich zu Ende sein; aber sie ist es nicht. Denn Sie sind ja auch keine Ersttäterin, Frau Heinold.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hatte im Frühjahr letzten Jahres die Gesamtkosten, die asylbedingten Migrationskosten für 2018 erfragt. Darauf habe ich auch eine Antwort bekommen; diese lautete: 255 Millionen € Und dann - ganz still, leise, heimlich über die Sommerpause - wurde die Beantwortung dieser Kleinen Anfrage korrigiert. Sie wurde einfach als Korrektur herausgeschickt. Flugs wurden aus den 255 Millionen € 305 Millionen € und keiner hat es gemerkt; denn das ist alles in der Sommerpause passiert. Nur mir ist es aufgefallen; denn ich hatte mir die Beantwortung meiner Kleinen Anfrage, wie sich das gehört, in Papierform abgeheftet und hatte noch die Möglichkeit, das gegenzulesen. Im System taucht die ursprüngliche Fassung gar nicht mehr auf, die haben Sie nämlich flugs aus dem System herausgenommen.

Bei plus 50 Millionen € mal eben in der Sommerpause des letzten Jahres und plus 670.000 € wie wir es von Ihnen jetzt scheinbar erfahren, verfestigt sich bei mir ganz klar der Eindruck: Sie wollen die Kosten, die fiskalischen Lasten der Migrationskrise hier vor der Öffentlichkeit verschleiern und geben salamtaktikmäßig nur das zu, was dann auch bekannt wird.

(Beifall AfD)

Deswegen dient diese Aktuelle Stunde auch dazu, die Landesregierung zu ermahnen, zukünftig parlamentarische Anfragen ehrlich und mit der gebotenen Wahrheit gegenüber dem Parlament zu beantworten. Vor allen Dingen zeigt es doch eines: Wie hoch sind denn nun wirklich die immer noch vorhandenen Lasten der Migrationskrise von 2015? Wir reden hier jetzt nur über 1.000 Erstaufnahmeplätze, die vorgehalten werden. Man kann darüber diskutieren, ob das sinnvoll ist. Aber aus der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage im November geht ja auch hervor - es ist ja nicht nur der Levo-

(Jörg Nobis)

Park in Bad Segeberg, sondern es sind ja auch Rendsburg und zum Teil auch noch Boostedt - ich darf zitieren -:

„Der Bedarfsmeldung liegt die Annahme der Landesregierung zugrunde, dass Plätze zur Unterbringung von bis zu 5.000 Asylsuchenden vorzuhalten sind.“

1.000 sind es eigentlich gar nicht, sondern Sie planen schon wieder mit 5.000. Deshalb auch ganz klar von meiner Seite die Forderung an die Landesregierung: Setzen Sie sich auf Bundesebene dafür ein, dass die deutschen Außengrenzen endlich wieder geschützt werden, dass Artikel 16 a des Grundgesetzes endlich wieder Gültigkeit erlangt, dass wir wieder einen effektiven Grenzschutz bekommen; denn dann sind diese Kosten völlig überflüssig. Dann können Sie denen helfen, die tatsächlich einen Anspruch haben, hierzubleiben. Vor allem heißt das auch, was Sie als Land tun können: Schieben Sie die Personen, die hier letztinstanzlich kein Bleiberecht erhalten haben, konsequent ab.

(Beifall AfD)

Bis dahin versuchen Sie bitte nicht, uns für dumm zu verkaufen. Machen Sie sich ehrlich. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, ich halte den Begriff „Ersttäterin“ mit seinem strafrechtsrelevanten Bezug in der parlamentarischen Debatte für unangemessen. - Das Wort für die Landesregierung hat die Frau Finanzministerin.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorhaltekosten für die Erstaufnahmeeinrichtung in Bad Segeberg, LevoPark, haben wir Ihnen gestern noch einmal zusammengestellt und an den Finanzausschuss übermittelt, um eine transparente Beratungsgrundlage zu haben.

Das Finanzministerium hat ein hohes Interesse daran, dass das Zahlenwerk offenliegt und verständlich ist. Bei der Verständlichkeit ist es zugegebenermaßen aufgrund der unterschiedlichen Begrifflichkeiten, die es im Zusammenhang mit einer Liegenschaftsbewirtschaftung gibt, manchmal nicht so einfach, wie man es sich wünscht. Deshalb kann es dazu kommen, dass es Erläuterungsbedarf gibt.

Manchmal gibt es auch Ergänzungsbedarf. Wir hatten diese Situation im Sommer 2019 im Zusammenhang mit der Migration, als wir auf das Parlament zugegangen sind, unaufgefordert und von uns aus, und eine Kleine Anfrage ergänzt haben, damit alle Zahlen transparent und aktualisiert auf dem Tisch liegen.

Meine Damen und Herren, die finanziellen Ausgaben des Landes lassen sich dem Grundsatz nach auch dem Haushalt entnehmen. Hinzu kommt der Zuwanderungsbericht, der jeden Monat vom Innenministerium erstellt wird und Auskunft über die Entwicklung der Zahl der neu nach Schleswig-Holstein gekommenen Asylsuchenden gibt.

Dem Zuwanderungsbericht ist auch zu entnehmen, aus welchen Ländern die Asylsuchenden kommen. Die sechs zugangsstärksten Länder im Jahre 2019 waren Syrien, Afghanistan, Irak, Iran, die Türkei und der Jemen.

Ein kurzer Blick in die tägliche Nachrichtenlage genügt, um festzustellen, dass die Situation und die Entwicklung in diesen Ländern alles andere als vorhersehbar sind. Niemand kann mit Gewissheit sagen, wie sich die weltpolitische Lage im Nahen Osten, im Mittleren Osten, aber auch in Teilen Afrikas entwickelt. Das ist der Grund, warum unser Innenminister zu Recht sagt, es wäre geradezu leichtsinnig, die bestehende Reserve an Unterbringungskapazitäten kurzfristig nicht revidierbar abzubauen.

Als Landesregierung wollen und müssen wir gut aufgestellt sein, wenn Menschen vor Krieg und Verfolgung flüchten und zu uns kommen. Das ist unsere humanitäre Verantwortung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Ergänzen möchte ich noch, dass wir aufgrund von Bedarfen vor Ort in Segeberg Teile des LevoParks untervermietet haben, unter anderem für den Verein Jugend- und Kulturarbeit, mit der festen Vereinbarung, die Räumlichkeiten kurzfristig wieder zur Verfügung zu stellen, wenn das Land die Kapazitäten für die Unterbringung von Flüchtlingen benötigt. Aber auch Jobcenter sind dort teilweise in den Räumen.

Das ist eine Win-win-Situation und zeigt, wie flexibel wir als Land mit den vorgehaltenen Kapazitäten umgehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

(Ministerin Monika Heinold)

Ich möchte mit einem Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck schließen. Er sagte:

„Eine Gesellschaft, die sich als Solidargesellschaft versteht, handelt auch Flüchtlingen gegenüber aus einem solidarischen Geist heraus.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aktuelle Stunde.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages die Beauftragte der Nordkirche, Frau Pastorin Bruweleit, und den DGB-Vorsitzenden Herrn Uwe Polkaehn. - Herzlich willkommen bei uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2, 18, 22 und 25 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1273

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/1879

b) Klimaschutz im Straßenverkehr - jetzt!

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1899

c) Biologischer Klimaschutz durch Moorschutz und Neuwaldbildung

Antrag der Fraktion von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1919

d) Für eine mutige Energiewende bis 2030 in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1935

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Herr Präsident, ich verweise - mit Erlaubnis - auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Berichterstatterin, ich danke für den umfangreichen Bericht.

(Heiterkeit - Beifall Stephan Holowaty [FDP])

Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms. - Heute Morgen sind alle so überrascht von ihrem Aufruf.

(Heiterkeit - Lars Harms [SSW]: Überhaupt nicht! - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Beim Wort des Jahres 2019 hat „Fridays for Future“ es auf den dritten Platz geschafft. Zum Unwort des Jahres 2019 wurde hingegen „Klimahysterie“ gewählt. Unterschiedlicher konnten die Wahlen kaum ausfallen. Das macht deutlich, in was für einem gesellschaftlichen und politischen Spannungsfeld die Debatten und Diskussionen um Klimawandel und Klimaschutz geführt werden: Auf der einen Seite steht die junge Generation, die ihre Zukunft in Gefahr sieht und daher von der Politik einfordert, endlich konkrete Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaschutzziele zu ergreifen. Auf der anderen Seite werden die Klimaschutzbewegung und die Klimaschutzbemühungen diffamiert oder lächerlich gemacht und als „Hysterie“ abgetan. In diesem Kontext bewegt sich die Politik. Es ist unsere Aufgabe, Stellung zu beziehen und einen Weg aufzuzeigen.

Die Debatten zu Klimawandel und Klimaschutz laufen nicht erst seit dem letzten Jahr. Wir befassen uns politisch bereits seit Jahren mit diesem Thema. Es wird uns politisch und gesellschaftlich auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in unserem Denken und Handeln beeinflussen. Die Klimaschutzdiskussion ist also keine Erfindung einer

(Lars Harms)

Schülerin aus Schweden, die sich um ihre Zukunft sorgt. Sie hat nur ihr Recht wahrgenommen und auf Probleme hingewiesen. Seit Jahren stellen wir fest, dass auf Weltklimakonferenzen neue internationale Ziele formuliert werden, die es in nationale Ziele umzusetzen gilt. Diese sind dann meist so in die Zukunft gerichtet, dass sie das Gefühl vermitteln, wir hätten ja noch alle Zeit der Welt, die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten.

Das ist zum Teil nachvollziehbar. Mittlerweile aber hat die ruhige Hand des Handelns dazu geführt, dass wir uns eingestehen müssen: Es wird immer schwieriger und aufwendiger, die mittel- und langfristigen Zielformulierungen zu erreichen. Die Notwendigkeit, dies der Bevölkerung darzustellen und herüberzubringen, wird nicht einfacher, wenn sich nicht alle an die internationalen Abmachungen halten wollen oder stattdessen den vom Menschen beeinflussten Klimawandel leugnen.

Dass wir in großen Dimensionen durchaus etwas tun können, haben wir in Deutschland mit der Energiewende bewiesen. Wir müssen dabei aber auch ehrlich sein und eingestehen, dass sich eine Energiewende mit allen Maßnahmen und Konsequenzen nicht von heute auf morgen umsetzen lässt. Das braucht seine Zeit und vor allem Überzeugungskraft.

Wir haben den Atomausstieg in einem breiten politischen Konsens - bis gestern jedenfalls - beschlossen. Zum ersten Mal gibt es einen festen Fahrplan für den Ausstieg aus der klimaschädlichen Energiegewinnung aus Stein- und aus Braunkohle. Das ist erst einmal gut, weil es uns selbst und auch die Wirtschaft unter Druck setzt, neue Wege zu finden und die gefundenen Lösungen entsprechend umzusetzen.

(Beifall SSW)

Manchem, meine Damen und Herren, ist das Jahr 2038 für den Kohleausstieg nicht früh genug. Anderen sind die Kompensationszahlungen von 40 Milliarden € wiederum viel zu hoch, nach dem Motto: Irgendetwas ist immer!

Es bleibt festzuhalten: Eine Energiewende, also der Ausstieg aus fossilen Energieträgern, die über mehrere Jahrzehnte genutzt wird, hin zu erneuerbaren Energien ist die komplette Umkehr unserer bisherigen Energieproduktion und des Energietransports. Ebenso wie beim Atomausstieg gilt daher für den Kohleausstieg: Es ist ein politischer Kompromiss, der sich nur mittelfristig und mit entsprechender Kompensation umsetzen lässt.

Auch ich bin der Auffassung: Eine schnellere Lösung wäre wirklich besser gewesen. Aber wir müssen wohl oder übel erkennen, dass anscheinend nicht mehr drin war. Das Aus für Atom und Kohle ist beschlossen. Nun heißt es, weiter nach vorne zu sehen und einen Termin für die mit Öl und Gas betriebenen Kraftwerke zu finden.

Bei der Energiewende reden wir also über das ganz große Rad, das nur schwer zu drehen ist. Der Wegfall der fossilen Energieträger stellt uns vor die Herausforderung, dieses Defizit zu kompensieren. Hier waren wir als Land Schleswig-Holstein mit unserer Windenergie insgesamt auf einem guten Weg. Wir, die Küstenkoalition, haben damals die Planungsgrundlagen so geändert, dass sie den Vorgaben in dem Urteil des Schleswiger Obergerichtspräsidenten entsprochen haben. Aber seitdem diese Planung dem Wahlkampfversprechen von CDU und FDP zum Opfer gefallen ist - allein aus politischen Gründen wurde nach der Wahl alles über den Haufen geworfen -, haben wir in der Windbranche eine wirtschaftliche Flaute. Jamaika hat es geschafft, dass der Ausbau der Windenergie bei uns im Land seit über zwei Jahren blockiert wird, und ihn damit zum Erliegen gebracht.

(Christopher Vogt [FDP]: In ganz Deutschland?)

Dieser Stillstand hat verheerende Folgen für den Wirtschaftszweig und auch für die Menschen, die dort arbeiten.

(Beifall SSW und SPD - Peer Knöfler [CDU]: Wer es denn glaubt!)

Wir haben in diesem Bereich mittlerweile immense Jobverluste zu verzeichnen. Weitere Hunderte Stellen drohen abgebaut zu werden. Die Leute suchen sich neue Jobs. Sie werden nicht so lange warten, bis es mit der Windenergie weitergeht, sondern sie werden uns gerade da als Fachkräfte fehlen. Das ist kein Ruhmesblatt. Es ist wenig ermutigend, dass davon auszugehen ist, dass die Regionalpläne erst Ende des Jahres beschlossen werden und das Moratorium dann - vielleicht - aufgehoben wird; selbst dessen bin ich mir nicht sicher.

Für die Windbranche ist das ein weiteres verlorenes Jahr und für die Menschen, die dort tätig sind, ein Jahr voller Ängste und des Bangens um ihren Arbeitsplatz. Das ist die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Zerstörungsfahrt, die Jamaika in diesem Bereich fährt.

(Beifall SSW und SPD)

(Lars Harms)

Da scheint der Antrag der SPD für eine mutige Energiewende gerade rechtzeitig zu kommen, um die Erreichbarkeit der landeseigenen Ziele bis 2025 - oder bis 2030 - zu formulieren und darzustellen. Wir dürfen gespannt sein, wie der Ausbau der erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung und Wärmeversorgung umgesetzt und wie die Wasserstoffstrategie - Stichwort: „grüner Strom“ - realisiert werden soll. Zurzeit fällt es allerdings schwer, daran zu glauben, dass bei Jamaika der Wille vorhanden ist, die Energiewende und den Klimaschutz bei uns im Land wirklich voranzubringen.

Dass Jamaika es ablehnt, den Klimaschutz als Staatszielbestimmung in der Verfassung zu verankern, ist die logische Konsequenz ihres bisherigen Handelns; denn Klimaschutz gelingt nur mit einer echten Energiewende. Von dieser ist Jamaika durch ihr Handeln aber weit abgerückt.

Mir sind die Ergebnisse der Anhörung durchaus bekannt. Die Stellungnahmen, was die Verfassungsänderung angeht, waren übrigens durchaus unterschiedlich. Doch für uns als SSW steht fest: Klimaschutz in der Verfassung wäre ein politisches Zeichen und eine Verpflichtung zugleich, für die Energiewende mehr als bisher zu tun. Klimaschutz in der Verfassung wäre tatsächlich das Signal, dass wir auf die jungen Leute da draußen hören.

Jetzt senden wir genau das falsche Signal - wobei nicht wir es senden, sondern die Jamaika-Koalition. Diese Chance hat Jamaika wirklich vertan, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und SPD)

Nicht nur die Energiewende ist notwendig, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, sondern wir brauchen auch andere Maßnahmen wie zum Beispiel solche, die im Antrag von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP formuliert werden. So wird der biologische Klimaschutz durch Moorschutz und Neuwaldbildung beschrieben. Für den SSW sage ich: Solche Maßnahmen sind richtig und wichtig.

Ich möchte hier noch einmal auf unseren Haushaltsantrag hinweisen. Wir haben einen weitaus höheren Ansatz gefordert und nicht nur schnelle Klimaschutzmaßnahmen, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Jamaika hätte unserem Antrag folgen können. Sie hätten beweisen können, dass Sie es mit der Neuwaldbildung beziehungsweise mit dem biologischen Klimaschutz ernst meinen. Für den Moorschutz und die Revitalisierung von Mooren ist das

im Antrag beschriebene Konzept durchaus ein richtiger Ansatz. Für uns vom SSW ist ganz klar, dass neben der kommunalen Ebene insbesondere die Stiftung Naturschutz eine wichtige Rolle haben kann; sie hat die entsprechenden Flächen zur Verfügung und das Know-how. Insoweit wäre es toll, wenn wir mit der Stiftung zusammenarbeiten könnten.

(Beifall SSW und SPD)

Es gibt aber auch Maßnahmen, die sich ganz einfach und kostengünstig umsetzen ließen, um den CO₂-Ausstoß zu mindern. Stichwort: Geschwindigkeitsbegrenzung auf deutschen Autobahnen. Damit komme ich auf unseren Antrag zu sprechen. Wenn wir über umfassende, schnelle und effiziente Klimaschutzmaßnahmen reden, die kein Geld kosten sollen, gehört die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Autobahnen dazu. Wir wissen, dass ein Auto, das langsamer fährt, zum Beispiel 130 km/h statt 270 km/h, einfach weniger Benzin verbraucht. Eine entsprechende Maßnahme wäre sinnvoll. Das ist für jeden auch logisch, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und SPD)

Zweiter Punkt, meine Damen und Herren. Auch wenn es darum geht, den Verkehrsfluss zu fördern, ist es sinnvoll, die Lkw auf die rechte Fahrbahn zu verbannen. Mit 130 km/h auf den Autobahnen sorgen Sie damit für einen echten Verkehrsfluss.

Der dritte Punkt, der in unserem Antrag steht, besagt, dass wir den Verbrauch der Neuwagen gesetzlich begrenzen wollen. Das wäre ein Innovationsanreiz für die deutsche Automobilindustrie. Nur so können wir es hinbekommen. Bisher erwecken Nachrichten den Eindruck, dass Jamaika das auch nicht umsetzen will. Diesen kleinen, einfachen Schritt, der niemandem wehtut, wollen Sie auch nicht mitgehen. Das ist eigentlich ein Armutszeugnis. Vielleicht besinnen Sie sich noch. Deswegen bitte ich darum, unseren Antrag zur weiteren Beratung in den entsprechenden Ausschuss zu überweisen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Christopher Vogt [FDP]: Wir wollen Atom-Hansi sehen! - Heiterkeit und Beifall)

In den letzten Wochen - über den Jahreswechsel - konnten wir gemeinsam beobachten, dass Fragen der internationalen Sicherheitspolitik und Fragen nach dem zukünftigen Wachstum mindestens genauso wichtig sind wie Fragen des Klimaschutzes. Frieden und Wohlstand sind noch immer die besten Voraussetzungen, um Klimaschutz zu betreiben. Deswegen bleibt das Thema Klimaschutz auch im neuen Jahr ganz oben auf der politischen Agenda. Das macht die heutige Debatte mit gleich fünf Anträgen der Fraktionen aus diesem Hause erneut deutlich.

Über den SPD-Vorschlag zur Landesverfassungsänderung haben wir bereits vor einem Dreivierteljahr hier in diesem Saal diskutiert. Nun ist es der Bedeutung unserer Landesverfassung sicherlich angemessen, wenn man noch ein zweites Mal darüber diskutiert. Aber eine ständige Wiederholung ändert nichts an der Sachlage.

Ich will hierzu aus der Rede des Kollegen Stegner vom vergangenen März zitieren. Es hieß:

„Es wäre reine Symbolpolitik, den Klimaschutz ... in die Verfassung zu schreiben und sonst nichts zu tun. Denn natürlich retten wir dadurch nicht das Klima.“

Anschließend hat der Oppositionsführer wortreich begründet, weshalb wir es dennoch machen sollten. Das ändert allerdings nichts an der Richtigkeit dieser beiden Einleitungssätze.

Noch viel wichtiger ist: Das Klima ist bereits über unsere Landesverfassung geschützt. Auch darauf habe ich bereits im März letzten Jahres hingewiesen. Nach unserer Verfassung stehen die natürlichen Grundlagen des Lebens unter dem besonderen Schutz des Landes. Dazu gehört selbstverständlich auch unser Klima.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Dem Klimaschutz dagegen einen Vorrang gegenüber Gewässerschutz oder Artenvielfalt einzuräumen, wie es die SPD mit dem Wort „insbesondere“ vorschlägt, ist allein aus Sicht des Naturschutzes höchst problematisch. Das hat zwischenzeitlich auch der SSW erkannt, der mit seinem Änderungsantrag eine solche Werthierarchie explizit ablehnt. Das sehen wir Christdemokraten ganz genauso.

Den Begriff Klima als reine Worthülse neben den bereits genannten natürlichen Lebensgrundlagen in die Verfassung hineinzuschreiben, das wäre nichts anderes als eine Dopplung, eine Tautologie. Das ist nur weiße Salbe. Nein, meine Damen und Herren, mit einer solchen Wortakrobatik ist dem Klima wirklich nicht geholfen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Kollege Hölck hat gestern Abend im Offenen Kanal diskutiert, dass durch eine Landesverfassungsänderung die Notwendigkeit ausgelöst würde, alle Landesgesetze und Verordnungen entsprechend anzupassen. Auch das ist natürlich Quatsch. Erstens besteht ein solcher Automatismus nicht. Zweitens haben wir genau das bereits im November beschlossen, nämlich eine Klimafolgenabschätzung für alle Landesgesetze und -verordnungen. Übrigens geschah dies auf Antrag der Jamaika-Fraktionen.

(Beifall CDU und FDP)

Das gleiche gilt für den zweiten SPD-Antrag. Demnach sollten die Klimaziele bereits jetzt für 2030 heraufgesetzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle sollten zunächst ganz hart daran arbeiten, die Klimaziele für 2025 zu erreichen, bevor wir uns Gedanken darüber machen, wo wir 2030 eventuell sein wollen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Bei der Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien sind wir zuletzt mit einem Anteil von zuletzt 13,9 % weit von den gesetzlich vorgegebenen 22 % entfernt. In den fünf Jahren von 2012 bis 2017 hat es hier so gut wie keine Fortschritte gegeben. Die fünf Jahre der SPD-Regierungszeit waren hier ein absoluter Totalausfall. Es bedarf eines ganzen Maßes an Chuzpe, sich hier hinzustellen und angesichts dieser desaströsen eigenen Bilanz eine Heraufsetzung der Ziele zu verlangen.

Auch bei der Stromerzeugung ist zwischen 2020 und 2025 ein deutlich stärkerer Ausbau der erneuerbaren Energien erforderlich, um zunächst einmal das Ziel von 37 TWh so erzeugten Stroms im Jahr 2025 zu erreichen. Dann können wir über eine Heraufsetzung auf 44 TWh im Jahr 2030 diskutieren.

Immerhin konnten im letzten Jahr trotz Moratorium 70 Ausnahmegenehmigungen für neue Windkraftanlagen erteilt werden. Das ist der drittbeste Wert bundesweit.

Entgegen der Fake News des Kollegen Hölck, der gestern auch im Offenen Kanal behauptete, es habe

(Tobias Koch)

im letzten Jahr einen Rückgang bei der Erzeugung der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein gegeben - auch das ist falsch, Herr Kollege Hölck -, ist die Erzeugung der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein im letzten Jahr weiter angewachsen.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mit dem mittlerweile in der öffentlichen Auslegung befindlichen dritten Entwurf für die Regionalplanung Wind haben wir gute Chancen, im Laufe dieses Jahres das Moratorium zu beenden. Wenn wir dann wieder über eine rechtskräftige Planungsgrundlage für den Windkraftausbau verfügen, wenn wir die Auswirkungen der aktuellen bundesgesetzlichen Regelungen kennen und wenn wir Klarheit über die Anhebung der Offshore-Ausbauziele haben, dann können wir realistischerweise neue Ziele für das Jahr 2030 festlegen.

Selbstverständlich werden wir zum gegebenen Zeitpunkt das Energiewende- und Klimaschutzgesetz über 2025 hinaus anpassen müssen. Das ist gar keine Frage. Zum jetzigen Zeitpunkt stünde aber ein solcher Landtagsbeschluss, wie ihn die SPD hier vorschlägt, bloß auf dem Papier, ohne dass dem Klima damit irgendwie geholfen wäre.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Konkreter als von der SPD, aber auch nicht wirklich zielführend, ist der Vorschlag des SSW zum Klimaschutz im Straßenverkehr. Der Vorschlag einer Kraftstoffverbrauchsgrenze, wie Herr Kollege Harms vorgetragen hat, übersieht nämlich, dass sich Ende letzten Jahres - vielleicht habt ihr das während der Feiertage nicht mitbekommen - auf europäischer Ebene bereits darüber verständigt wurde, verschärfte CO₂-Grenzwerte für Pkws einzuführen. Bereits ab diesem Jahr müssen Pkws einen Grenzwert von 95 g CO₂/km erfüllen. Bis zum Jahr 2030 sollen die CO₂-Emissionen von Neuwagen um 37,5 % gegenüber 2021 sinken.

Das ist ein Innovationsanreiz wie der, den ihr eben eingefordert habt. Einer zusätzlichen Kraftstoffverbrauchsgrenze bedarf es deshalb nicht. Für das Klima ist nicht entscheidend, was vorne in den Tank reinkommt, sondern was hinten aus dem Auspuff rauskommt. Das ist bereits auf europäischer Ebene geregelt.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Genauso wenig zielführend ist auch ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen. Das Umweltbundesamt geht davon aus, dass dadurch gerade einmal

2 bis 3 Millionen t CO₂ eingespart würden, allerdings auch nur dann, lieber Herr Harms, wenn das Tempo noch weiter gesenkt würde, nämlich auf 120 km/h. Wenn überhaupt, reden wir hier also über eine Einsparung 0,2 bis 0,3 % des bundesdeutschen CO₂-Ausstoßes.

(Lars Harms [SSW]: Wir wollen hier nicht übertreiben!)

Also ist dieser Vorschlag eher von Aktionismus geprägt als faktenbasiert.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Bohn?

Tobias Koch [CDU]:

Ja, dann habe ich Zeit zum Luft holen. Herzlichen Dank, liebe Kollegin.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gerne. Das ist sehr freundlich. Ich habe noch eine Frage: Wie sieht es mit Verkehrsunfällen bei Tempo 130 auf Autobahnen aus?

- Wir diskutieren über Tempo 130 gerade unter Klimaschutzgesichtspunkten. Aber Ihr Argument ist natürlich nicht neu. Das ist in der Vergangenheit auch immer wieder vorgetragen worden. Ich glaube, die Antworten sind aber auch bekannt: Im Vergleich zu anderen Ländern, in denen es Tempolimits auf Autobahnen gibt, sind in Deutschland die wenigsten Verkehrstoten zu verzeichnen. Wir weisen auch insgesamt weniger Verkehrstote auf. Insofern scheint mir auch das kein Argument für ein Tempolimit zu sein.

(Beifall CDU und FDP - Unruhe)

Meine Damen und Herren, wenn wir zum Klimaschutz überwiegend Verbotsdebatten führen, wird das nicht für die erforderliche Akzeptanz in der Bevölkerung sorgen. Was wir brauchen, ist eine kluge Klimapolitik, die sich durch konkrete, wirksame Maßnahmen auszeichnet anstatt durch Scheinlösungen. Zu einer klugen Klimapolitik gehört selbstverständlich auch, dass wir Klimaschutz mit den Menschen betreiben und nicht gegen sie.

(Beifall CDU und FDP - Unruhe)

Wie das gelingen kann, dafür ist der Jamaika-Antrag zum biologischen Klimaschutz geradezu ein Paradebeispiel. Wir wollen unsere Natur, die Moore und Wälder in Schleswig-Holstein, noch stärker als bisher für den Klimaschutz nutzen. Bis wir im Jahr

(Tobias Koch)

2050 in Europa CO₂-neutral leben werden, sind Moore und Wälder perfekte Kohlenstoffsenken, die CO₂ binden und damit dem Klimawandel entgegenwirken. Hier können wir konkret ansetzen, indem wir unser Moore schützen, ehemalige Moorflächen renaturieren, Wiesen vernässen, neue Wälder aufforsten und bestehende Wälder klimaangepasst umbauen.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Solche Maßnahmen sind wirksam, sie leisten einen effektiven Beitrag zum Klimaschutz und sind zudem positiv belegt. Das hat der große Zuspruch beim Einheitsbuddeln im letzten Jahr bewiesen.

Beim Waldgipfel der CDU-Landtagsfraktion im vergangenen Jahr hat sich sehr schnell herauskristallisiert, dass für umfangreiche Neuwaldbildung zwei Faktoren entscheidend sind, nämlich die erforderlichen Flächen und die notwendige Finanzierung.

(Christopher Vogt [FDP]: Die Bäume!)

Während die Lage der aktuellen und ehemaligen Moore bekannt ist, stellt sich für Aufforstungsmaßnahmen zuallererst die Frage: Woher sollen die 15.000 ha kommen, die wir brauchen, um den Waldanteil in Schleswig-Holstein, dem waldärmsten Bundesland, von 11 % auf 12 % zu erhöhen?

Das Beispiel der Freien und Hansestadt Lübeck zeigt, dass es gelingen kann. Allein auf öffentlichen, städtischen Flächen sind mehrere Hundert Hektar identifiziert worden, die für eine Neuwaldbildung in Betracht kommen.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Eine solche Flächenaufstellung wollen wir für ganz Schleswig-Holstein, damit fehlende Flächen nicht länger ein Hinderungsgrund für neue Wälder sind.

(Beifall Heiner Rickers [CDU])

Die Finanzierung für den Wald haben wir uns in der Tat beim Moorschutzprogramm abgeguckt. Die Finanzierung im Moorschutz beruht auf drei Säulen: auf öffentlichen Geldern, auf privaten Spenden und auf Einnahmen aus dem Verkauf von CO₂-Zertifikaten von Unternehmen, die damit den CO₂-Ausstoß ihrer Produktion ausgleichen können. Letzteres nicht irgendwo auf der Welt, sondern bei uns in Schleswig-Holstein, für alle sichtbar und erlebbar. Genau das schafft positive Identifikation mit Klimaschutzmaßnahmen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Was die Stiftung Naturschutz heute mit dem Verkauf von Moor-Futures möglich macht und damit auf 68 ha das Königsmoor im Kreis Rendsburg-Eckernförde renaturiert, das könnten zukünftig auch die Schleswig-Holsteinischen Landesforsten mit dem Verkauf von Waldzertifikaten anbieten.

(Beifall Heiner Rickers [CDU] - Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Frau Redmann, das ist ein guter Vorschlag. - Daneben gibt es noch die Spendenplattform „Wir bewegen Schleswig-Holstein“ bei der Investitionsbank. Auch hier lässt sich ansetzen, indem für Moorschutz und Neuwaldbildung um private Geldgeber geworben wird. Wir wollen deswegen die Spendenplattform zur zentralen Anlaufstelle für Klimaschutzprojekte in Schleswig-Holstein ausbauen.

Meine Damen und Herren, Jamaika zeigt, wie es geht. Lassen Sie uns gleich zu Beginn dieses Jahres damit einen weiteren, echten Schritt für mehr Klimaschutz in Schleswig-Holstein machen! Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Oppositionsführer, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

(Unruhe)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Klimawandel ist menschengemacht und nicht mehr zu stoppen. Die Brände in Australien sind ein aufrüttelnder Start in das neue Jahr beziehungsweise neue Jahrzehnt. Die Mehrheit der Forscher sagt uns: Wir müssen etwas ändern. Der Blick nach Australien zeigt, dass sich die Argumente der Klimaskeptiker überall gleichen: Selbst wenn der Mensch verantwortlich sei, könne man nichts ändern. - Das ist entlarvend und sachlich falsch. Es ist ein beklemmendes Zeichen der Verwirrung dieser Zeiten, dass in Davos die 17-jährige Greta Thunberg der Welt sagt, was zu tun ist, und sich der Präsident der USA als Einfallspinsel darstellt und immer neue Peinlichkeitsrekorde erzielt.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beim Kampf gegen den Klimawandel wird am Ende jedes Zehntelgrad Erwärmung mehr oder weniger darüber entscheiden, wie dramatisch die Folgen werden. Unsere Generation hat die Verantwortung gegenüber Kindern und Enkeln, diesen Planeten zu erhalten. Darum gibt es keine Ausrede für echten und wirksamen Klimaschutz, es muss um beides gehen: Einsatz für globalen Klimaschutz, aber auch Engagement vor Ort, denn Klimaschutz beginnt in Schleswig-Holstein. Deswegen ist es gut, dass wir heute darüber diskutieren.

Im vergangenen Frühjahr haben wir im Plenum über unseren Antrag diskutiert, den Klimaschutz in die Verfassung aufzunehmen. Ja, es ist richtig: Wenn wir Klimaschutz wirklich ernst nehmen wollen, wird er für unzählige landespolitische Entscheidungen in den kommenden Jahren Dreh- und Angelpunkt sein. Es mag auch Symbolpolitik sein, den Klimaschutz in die Verfassung zu schreiben. Denn allein dadurch retten wir nicht das Klima, Herr Kollege Koch. Aber wenn wir es mit konsequentem Klimaschutz ernst meinen, müssen wir ihn überall mitdenken. Egal, woher wir kommen: Entweder ist der Klimaschutz ohnehin selbstverständlich, dann kann man es festhalten und in die Verfassung schreiben, oder er ist es noch nicht, dann müssen wir es erst recht in die Verfassung schreiben.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

In Hamburg kommt der Klimaschutz jetzt in die Verfassung. Die haben eine ähnliche Ausgangslage wie wir. Dort sind es nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Linke, Grüne und die CDU, die sich dafür einsetzen. Andernorts scheinen Christdemokraten beim Thema Bewahrung der Schöpfung im Konfirmationsunterricht besser aufgepasst zu haben als hier.

Der grüne Landesvorsitzende hat recht, wenn er vor wenigen Tagen sagte:

„Aus unserer Sicht muss die Koalition 2020 beim Klimaschutz mehr erreichen ... Dafür wäre der Verfassungsrang ein guter Anfang.“

Die Kollegin von Kalben hat es gestern ähnlich formuliert. - Was sagt das eigentlich über eine Koalition aus, die nicht einmal in einer solchen Frage einigungsfähig ist?

Minister Albrecht hat in einem Interview konkretisiert, wie er sich das mit dem Klimaschutz vorstellt. Für alle, die das nicht gelesen haben, fasse ich es noch einmal zusammen - das geht schnell, keine

Angst -: Im Kern geht es um Zuschüsse für Lastenfahräder und Unterstützung bei der Anschaffung von Ladeboxen für Tesla-Fahrer. - Bravo! - Unbürokratisch und schnell - das kennen wir von den Tierheimen, darüber werden wir in dieser Woche noch sprechen. Dass die Vorschläge noch nicht der Weisheit letzter Schluss sind, weiß der Umweltminister wohl auch selbst, denn er sagt im Interview wörtlich:

„Wir müssen auch im Kleinen etwas tun und für den Klimaschutz begeistern. Das bedeutet ja nicht, dass wir bei den großen Themen wie dem Ausbau der erneuerbaren Energien, dem Kohleausstieg oder der Agrarwende nachlassen.“

Das ist wirklich spannend; es lohnt sich, die drei Punkte einzeln zu betrachten.

Der Kohleausstieg ist ein richtig gutes Beispiel für das, was ich schon bei den Haushaltsberatungen gesagt habe: Bei Jamaika läuft die PR auf Hochtouren, aber die Ergebnisse sind dürftig. Bei der GroKo ist es umgekehrt.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun kann man zwar sagen, der Kohleausstieg könnte schneller und konsequenter sein, aber aus Berlin kommt immerhin ein Plan, wie ein gesellschaftlicher Großkonflikt vermieden, der Ausstieg verbindlich auf den Weg gebracht und die Kohleverstromung gesetzlich beendet werden. Das passiert in Berlin.

(Beifall SPD - Zurufe)

Aber Jamaika in Kiel hat mit dem Kohleausstieg denkbar wenig zu tun. Was lesen wir heute in der Zeitung? - Der Kollege Arp macht den famosen Vorschlag, den Atomausstieg zur Disposition zu stellen.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Ich glaube, mein Schwein pfeift. Mit welchem Koalitionspartner wollen Sie das eigentlich durchsetzen, Herr Kollege Arp? Herbert Wehner, der vor 30 Jahren gestorben ist, hätte Ihnen zugerufen: „Sie sind doch Parlamentarischer Geschäftsführer und nicht parlamentarischer Geschwätzführer!“ Herr Kollege Arp, was ist das für ein Unsinn mit dem Atomausstieg! Da kann man nur sagen: Sie wollen keine goldenen 20er, Sie wollen strahlende 20er; aber auf diese Art von Strahlung können wir wirklich verzichten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Man kann sehen: Die MS Jamaika fährt auf den Eisberg zu, und die Bordkapelle spielt fröhlich weiter. Wir trinken einen Champus und warten auf die Flut. - So gehen Sie mit dem Thema Atomenergie um. Ich kann nur sagen: nicht mit uns!

(Christopher Vogt [FDP]: Klingt nach SPD!)

Zum zweiten Punkt des Ministers: Agrarwende. Ohne Zweifel für den Klimaschutz von Bedeutung. Ich habe mir die Mühe gemacht nachzulesen, was Sie in der letzten Woche anlässlich von Bauernprotesten und der Grünen Woche geäußert haben. Agrarwende, gemeinsame Position von Jamaika? - Fehlanzeige! Sie sind meilenweit davon entfernt. Mit einer Agrarpolitik, die ökologisch verträglich, sozial gerecht und ökonomisch für die Bauern trotzdem rentabel ist, wie das meine Kollegin Kirsten Eickhoff-Weber hier immer wieder sagt, haben Sie nichts zu tun. Im Vergleich zu Ihrer Einigkeit in der Agrarpolitik sind Katze und Hund in der gemeinsamen Hütte eine harmonische Veranstaltung. Das ist wirklich schwach.

Kommen wir zu Punkt drei: Ausbau der erneuerbaren Energien. Es ist geradezu Realsatire, wenn man Sie hier zum Thema erneuerbare Energien reden hört. Es steht nicht gut um die erneuerbaren Energien in Deutschland. Das muss sich ändern, und es ist ein schlechtes Zeichen für den Klimaschutz. 2019 war ein verlorenes Jahr. Ja, das gilt für alle Bundesländer, und es liegt auch an der Bundespolitik.

Aber es gibt genau ein Bundesland, das bei der Windenergie nicht nur stagniert, sondern sogar zurückgefallen ist. Das ist bitter genug. Dass dieses Land Schleswig-Holstein ist, das unter SPD-Führung Vorreiterland war, ist beschämend, es ist eine Katastrophe für die Politik in diesem Land.

(Beifall SPD und SSW)

Der Bundesverband Windenergie hat vollkommen recht, wenn er darauf verweist, dass Schleswig-Holstein - anders, als es die Landesregierung immer behauptet - sehr wohl ein Sonderfall ist. Der entscheidende Bremsklotz ist der Ausbaustopp der Landesregierung. Die Letzten, die bei Ihnen noch Wind machen, sind Ihre Leute in der Regierungspressestelle. Auch wenn Sie es ungern hören: Wir alle wissen, worum es geht. Sie haben das deswegen gemacht, weil Sie die unhaltbaren Versprechen von Ministerpräsident Daniel Günther sonst über den Haufen geworfen hätten.

Deswegen machen Sie das, und deswegen musste die Windplanung der Küstenkoalition über den Haufen geworfen werden. Wenn heute bei der

Windenergie der Rückwärtsgang eingelegt wird, kann ich nur sagen: Auf den Engholm-Ausbau und Albig-Ausbau folgt nun der Günther-Rückbau. Eine tolle Leistung dieser Landesregierung! Das muss man Ihnen bescheinigen.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Die Regionalplanung kommt nicht voran. Wie soll man unter diesen Bedingungen eigentlich in Schleswig-Holstein investieren? Sie machen ein grandioses Jobvernichtungsprogramm bei einer Zukunftstechnologie. Das passt wunderbar in unsere Zeit. Sie verbinden nicht Ökonomie und Ökologie, wie Sie immer großspurig erzählen, sondern schaffen es, beides gleichzeitig an die Wand zu fahren. Das ist die Leistung, die von Ihrer Landesregierung in Erinnerung bleiben wird.

Wir machen Ihnen heute das Angebot, den Weg zur Einhaltung der Klimaziele bis 2030 festzuschreiben. Unser Antrag liegt vor. Wir wollen, dass bis 2030 die Erneuerbaren bei der Wärmeversorgung ein Viertel übernehmen und die Stromerzeugung aus Erneuerbaren bei mindestens 44 TWh liegt. Wir sind sehr gespannt, was Sie dazu sagen werden.

Beim Moorschutz greifen Sie immerhin auf, was wir in den Haushaltsberatungen beantragt hatten. Da hatten Sie das noch abgelehnt. Jetzt bringen Sie das ganz ohne Schamfrist selbst. Am Ende wird es darauf ankommen, es wirklich zu tun und nicht nur Konzepte zu schreiben.

Wir sind dem SSW dankbar, dass er mit dem Antrag zum Straßenverkehr noch einmal aufgegriffen hat, was wir im letzten Jahr ein paar Mal hier eingebracht hatten. Es liegt auf der Hand: Mit keinem Mittel kann man so simpel und ohne Aufwand CO₂ einsparen. Wir haben dann, nebenbei bemerkt, weniger Verkehrstote, der Verkehrsfluss ist besser, und wir stehen bei diesem Thema nicht mehr an der Seite von Mauretanien, Afghanistan und Nordkorea. Es ist ein solcher Unfug, dass Sie nicht einmal das zusammen schaffen. Man muss sich wirklich wundern, wozu Sie überhaupt in der Lage sind.

9 % minus würde allein das Tempolimit bei den CO₂-Emissionen bringen. Noch nicht einmal das schaffen Sie.

(Zuruf Tobias Koch [CDU]: Bezogen worauf? - Weitere Zurufe CDU und FDP)

Der Kampf gegen den Klimawandel zeigt, dass wir es machen müssen, und zwar nicht nur so, dass diejenigen, die einen Tesla als Zweitwagen haben, es sich leisten können, sondern die Gering- und Nor-

(Dr. Ralf Stegner)

malverdiener, von denen sich viele überlegen, ob sie ihre Miete bezahlen können.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Christopher Vogt?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ja, bitte.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Dr. Stegner, es würde mich interessieren, worauf sich die 9 % beziehen, die dort angeblich eingespart werden.

- Auf den CO₂-Ausstoß.

- Auf den CO₂-Ausstoß in Deutschland? Wenn das Tempolimit eingeführt wird?

- Allein durch ein Tempolimit kann 9 % vermieden werden. Das sagen uns in der Tat die Experten. Ich habe nicht „in Deutschland“ gesagt.

(Zurufe CDU und FDP)

- Bleiben Sie doch einen Moment stehen! „Weltweit“ heißt, sich die Liste derjenigen Länder anzugucken, in denen es kein Tempolimit gibt. Da finden Sie in Europa kein einziges Land. Nicht einmal in den Vereinigten Staaten wird ohne Tempolimit gefahren. Es sind Afghanistan, Mauretanien, Bhutan, Nordkorea und zwei oder drei weitere.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, nun möchte der Herr Abgeordnete Tobias Koch eine Bemerkung machen.

(Martin Habersaat [SPD]: Es geht um Zahlen, Herr Koch ist da!)

Tobias Koch [CDU]: Sie haben gerade nur den Textbaustein aus Ihrer Rede wiederholt. Worauf beziehen sich die 9 %? Ihre Antwort war: auf den CO₂-Ausstoß. In Deutschland?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Wenn Sie Ihre Frage zu Ende gestellt haben, beantworte ich sie gern.

- Das war sie schon.

- Das war sie schon. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Mir ist es schnurz, ob es 9 % oder 7 % sind.

(Stephan Holowaty [FDP]: Die Zahl stimmt nicht, und das ist Ihnen schnurz! - Unruhe CDU und FDP)

Für mich ist wichtig, dass wir es tun. Sie wollen es nicht tun. Das unterscheidet uns voneinander.

(Zurufe CDU und FDP)

Streiten Sie einmal mit den Forschern darüber, wie viel es ist. Deutschland ist jedenfalls das einzige Land ohne Tempolimit in Europa, und CDU und FDP wollen kein Tempolimit. Sagen Sie das doch!

(Wortmeldung Tobias Koch [CDU])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, nun möchte Herr Koch eine weitere Frage stellen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Das will ich jetzt aber nicht mehr zulassen, sondern in meiner Rede fortfahren. Mir geht es bei diesem Thema nicht um die kleinen Prozente. Ich habe selbst gesagt: Es ist ein kleiner Beitrag. Es ist aber ein einfacher Beitrag.

(Tobias Koch [CDU]: 0,2 %!)

Wir haben im letzten Monat 53 Millionen € für den Klimaschutz im Haushalt beantragt, allein 6 Millionen € für den Austausch von Ölheizungen für Menschen mit kleiner Rente oder kleinem Einkommen. Jamaika hingegen nimmt in den kommenden Jahren sage und schreibe 1,6 Millionen € für ein eigenes Förderprogramm in die Hand, das der Ministerpräsident stolz präsentiert hat. Wenn ich dazu einen Musiktip abgeben sollte, wäre es „Money For Nothing“ von Dire Straits. Es ist im Vergleich wirklich lächerlich wenig.

Der Landesregierung fehlen die Gemeinsamkeit und der Wille, obwohl der Spielraum da wäre. Mini-Projekte werden aufgeblasen. Sie halten sich weniger an den großen Gegenwartsphilosophen Robert Habeck, sondern mehr an seinen Kollegen Boris Becker:

„Ich mag, wenn es rundgeht. Wenn Stimmung ist, egal, ob gegen mich oder für mich, baut mich das auf.“

Es scheint Sie sehr aufzubauen, ständig über Ihre Differenzen zu reden, es kommt aber nichts Gemeinsames dabei heraus.

Sie fahren die Windenergie an die Wand. Alle reden über Klimaschutz, in Schleswig-Holstein geht die Leistung zurück - nirgendwo sonst in Deutschland. Noch nicht einmal für symbolische Gesten reicht Ihrer Koalition die Kraft: kein Tempolimit. Wir haben am Ende hier ein sehr trauriges Fazit zu ziehen.

(Dr. Ralf Stegner)

Jamaika ist beim Klimaschutz ein richtiger Totalausfall. Das freut keine Opposition, denn wir können es uns überhaupt nicht leisten. Was nützt es, über den Auftritt von Donald Trump in Davos zu schimpfen und im eigenen Land nicht das zu tun, was man tun könnte? Sie versagen komplett. Die Alternativen heißen in diesem Fall SPD und SSW. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und SSW - Lachen CDU und AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber, sehr geschätzter Herr Kollege Stegner, das war ein Feuerwerk, das Sie hier losgelassen haben.

(Heiner Rickers [CDU]: Feuerwerk ist klimaschädlich!)

Aus meiner Sicht war es ein Viel-Lärm-um-nichts-Feuerwerk. Uns vorzuwerfen, im Klimaschutz nichts zu machen, ist eine Erzählung aus Absurdistan. Ich bin mir sicher, dass wir nachher ausführlich einiges vom Minister zu diesem Thema hören werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Es ist richtig gut, dass durch die Kraft der jungen Leute das Thema Klima eine neue Bedeutung bekommen hat und in der Breite der Bevölkerung angekommen ist, bis hin zu den Diskussionen am Weihnachtstisch, ob man jetzt noch einen Baum aufstellen oder was man essen sollte.

Trotz des einen oder anderen Klimapakets oder -päckchens, das im letzten Jahr geschnürt wurde, kommen immer wieder Zweifel daran auf, ob es wirklich gelingen kann, die Klimaziele einzuhalten. Was aber kann die Konsequenz aus solchen Zweifeln sein? Es kann nicht die Konsequenz sein, zu sagen: Alles egal, wir können eh nichts machen, also setzen wir auf Stillstand. - Es kann uns eben nicht egal sein, dass auch schon heute, in diesem Moment, viele Menschen unter den Folgen des Klimawandels leiden. Australien ist Beweis genug dafür, was passieren kann, wenn wir es nicht ernst nehmen.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Das ist doch kein Beweis!)

Ich denke eher wie Goethe:

„An unmöglichen Dingen soll man selten verzweifeln, an schweren nie.“

Wir sehen, dass es eine schwierige Herausforderung ist. Deswegen ist es gut, dass wir dazu immer wieder viele Anträge im Landtag haben. Wir hätten Sie auch sicherlich gut einzeln beraten können, haben sie aber jetzt hier zusammengefasst.

Da ist zum einen der SPD-Antrag, Klimaschutz in unsere Verfassung aufzunehmen. Es ist kein Geheimnis, dass auch wir Grüne uns die Verankerung als Staatsziel gewünscht hätten. Ich finde es nach wie vor sehr bedauerlich, dass wir dafür in Jamaika keine Mehrheit gefunden haben. In Hamburg aber hat die CDU in der letzten Woche dafür gestimmt. Vielleicht findet sich also auch in diesem Haus zukünftig eine Mehrheit, wer weiß.

Ich habe an der Anhörung und den Beratungen im Ausschuss teilgenommen. Wir waren dort, glaube ich, auf einem guten Weg, eine Formulierung zu finden. Ich wünsche, dass wir noch einmal daran anknüpfen.

Aber allein durch die Nennung in der Verfassung ist dem Klima nicht geholfen. Es braucht konkrete Maßnahmen und Taten, durch die der CO₂-Ausstoß verringert werden kann. Damit komme ich zu unserem Antrag der Jamaika-Koalition für biologischen Klimaschutz. Können Moore und Wälder wirklich allein das Klima retten? - Natürlich nicht. Es ist aber mehr als der billige Versuch, ein paar Bäume zu pflanzen und damit davon abzulenken, dass wir beim Ausbau von Wind- und Solarenergie und bei den anderen Sektoren noch nicht so weit sind, wie wir gerne wollen. Wir müssen nicht nur auf Erneuerbare umstellen und im Wärmebereich und in der Mobilität weiterkommen. Moore und Wälder können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, mehr Klimaschutz in Schleswig-Holstein zu realisieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Für Schleswig-Holstein gilt: Vor allem im Moorschutz gibt es dafür ein großes Potenzial, das wir ausschöpfen sollten, zumal wir damit gleichzeitig auch einen Beitrag für den Erhalt der Vielfalt und der Eigenart der Landschaft, zum Erhalt der Biodiversität und zum Gewässerschutz leisten können. Mit der Wiedervernässung von Mooren und Moorböden können wir rund 700.000 t CO₂-Äquivalente einsparen. Unter solchen Zahlen kann man sich oft

(Eka von Kalben)

wenig vorstellen, manche bringen die Zahlen auch durcheinander. Das ist so viel, wie ein Fünftel des Straßenverkehrs in Schleswig-Holstein ausstößt. Das ist wirklich eine erhebliche Summe, das kann sich jeder vorstellen. Auch mit der Neuwaldbildung und dem Umbau bestehender Wälder können rund 12.500 t eingespart werden.

In Schleswig-Holstein sind rund 9 % der Fläche vermoort. Das ist sehr erstaunlich, weil man nicht das Gefühl hat, dass man auf 9 % der Fläche des Landes im Matsch stünde.

(Martin Habersaat [SPD]: Komm mal bei mir vorbei!)

Das hat damit zu tun, dass der Boden zwar vermoort ist, aber eben nicht mehr vernässt, sondern ausgetrocknet, damit man darauf Häuser und Straßen bauen konnte. Viele Bereiche sind entwässert, und entwässerte Moore blasen große Mengen an klimaschädlichen Gasen in die Luft.

Deshalb ist die Wiedervernässung so wichtig. In anderen Bundesländern - Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel - wurde dazu viel geforscht, und aus den Erfahrungen können auch wir lernen.

Moore zu schützen, die Wasserstände hoch- und den CO₂-Ausstoß runterzufahren, bedeutet nicht, dass die Flächen nicht mehr genutzt werden können. Das ist oft eine große Sorge in der Landwirtschaft. Es gibt Forschungen, die zeigen, dass es möglich ist, wiedervernässte Flächen zu nutzen, zum Beispiel für Schilfanbau, der wiederum für erneuerbare Energien genutzt werden kann. Eine optimierte Moorbewirtschaftung kann also doppelt helfen - sowohl dem Klimaschutz als auch nachhaltiger Wirtschaft, zum Beispiel in der Landwirtschaft.

Alle Maßnahmen, die mit dem Forschungsprogramm vorgeschlagen werden, sind freiwillig. Es stehen dafür Bundes- und Landesmittel zur Verfügung. Insofern war unser Abstimmungsverhalten beim Haushalt an der Stelle genau richtig.

Ich komme zum Antrag des SSW zu „Klimaschutz im Straßenverkehr“. Hört, hört! Das war eine der bemerkenswertesten Reden, die ich in den letzten sieben Jahren gehört habe, von meinem werten Kollegen Lars Harms,

(Beifall Lars Harms [SSW])

mit dem ich ja einmal zusammen in einer Koalition war und der bisher nicht dadurch aufgefallen ist, dass er auf den Straßen in irgendeiner Form eine Beschränkung für Autofahrer wollte.

(Heiterkeit FDP - Beifall Christopher Vogt [FDP])

Lieber Lars Harms, so etwas hätte ich mir in der Küstenkoalition einmal gewünscht. Ein Tempolimit von 130 km/h kostet nichts, bringt Sicherheit, bringt etwas für den Klimaschutz, und mir ist es ehrlich gesagt ein völliges Rätsel, wie man dagegen sein kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Mir nicht!)

Ich habe gestern in der Presse deutlich gemacht, dass ich Verständnis dafür habe, dass Menschen gerne schnell fahren.

(Zurufe FDP)

Das ist wie Achterbahnfahren; das macht auch Spaß, ist aber trotzdem nicht vernünftig oder sinnvoll. Wenn Achterbahnfahren schlecht fürs Klima wäre, könnte ich doch nicht sagen: Kinder, fahrt Achterbahn, weil es so lustig ist!

(Tobias von der Heide [CDU]: Nichts gegen HANSA-PARK!)

Genauso ist es mit dem Rasen auf der Autobahn. Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, dass man schneller als 130 km/h auf der Autobahn fahren muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Christopher Vogt?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gerne.

Christopher Vogt [FDP]: Liebste Frau Kollegin, ich habe gestern mit leichtem Erschrecken in einer Agenturmeldung gelesen, dass auch Sie gerne schneller als 130 km/h fahren. Jetzt frage ich mich: Wollen nicht Sie erst einmal anfangen, freiwillig vorzulegen? Dann kommen wir vielleicht hinterher. Ich zöge das Prinzip der Freiwilligkeit erst einmal vor.

(Beifall FDP, CDU und Jörg Nobis [AfD] - Zuruf: Sie würden ja vorneweg fahren!)

- Lieber Christopher Vogt, wie mir gestern Abend von Ihrem Fahrer bestätigt wurde,

(Eka von Kalben)

(Zurufe: Oh!)

der mich vor dem Neujahrsempfang auf der Autobahn überholt hat, weil wir nicht so schnell gefahren sind wie Sie, halte ich mich schon an das, was ich verspreche. Ehrlich gesagt geht es nicht anders, weil mein E-Auto sonst nicht weit genug fahren würde.

(Lachen FDP - Zurufe)

Ich bin dadurch sowieso gezwungen, langsamer zu fahren. Aber im Ernst: Was ich damit gemeint habe, ist, dass ich Verständnis dafür habe, dass Leute Spaß daran haben. Aber es ist trotzdem unsinnig, wenn es auf Kosten der künftigen Generationen und der Sicherheit auf den Straßen geht

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD] - Weitere Zurufe)

und dadurch - das ist auch ein wichtiger Punkt - die Autoindustrie immer weiter riesige Karren baut, die schnell fahren und dadurch natürlich viel mehr Energie verbrauchen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, es drängt den Herrn Abgeordneten Christopher Vogt, Ihnen eine zweite Zwischenfrage zu stellen.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gerne.

Christopher Vogt [FDP]: Ich lasse jetzt den Teil weg, was mein Fahrer dazu gesagt hat, als wir gestern gemeinsam nach Hause - also zu anderen Terminen - gefahren sind.

(Heiterkeit Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber in vollem Ernst: Es gibt - das kann man gut finden oder nicht - die Begrenzung beim Schadstoffausstoß der Fahrzeugflotten in der EU. Das ist im Kern das, was Sie fordern. Dass es Begrenzungen geben wird, ist auf EU-Ebene schon beschlossen, aber es wird im Zweifel technologisch gelöst.

Wir sehen bei den Unfallstatistiken - auch im Vergleich mit anderen europäischen Ländern -, dass in Deutschland, wo man frei fahren kann und ungehindert ist - es ist übrigens eine Zeitersparnis; dass es nichts kostet, ist nicht ganz richtig -, die erfahrenen Fahrer,

die auch wir zum Glück haben, ermessen können, dass man in wenigen Abschnitten auch einmal schneller fahren kann, wenn freie Bahn ist und man niemanden gefährdet. Das sollte man doch weiterhin der Freiwilligkeit der Fahrer überlassen, die das vernünftig und eigenverantwortlich machen.

(Lars Harms [SSW]: Dann kann man alle Schilder abbauen!)

- Selbstverständlich kann man vieles der Freiwilligkeit überlassen. Ich bin der Meinung, dass an dieser Stelle - wie übrigens in allen europäischen Ländern - eine Regelung möglich ist und es den Menschen nicht so weit in seiner Individualität einschränkt, wenn er das Gaspedal nicht so tief durchdrücken kann.

Ich will noch auf einen anderen Punkt antworten, den sie nebenbei angebracht haben, nämlich, dass es diese Schadstoffgrenzen schon gibt. - Ja, es gibt sie, aber die Schadstoffgrenzen beziehen sich darauf, dass ich ein großes Fahrzeug habe - ich zum Beispiel habe ein relativ großes Auto mit sehr geringem CO₂-Ausstoß. Aber gerade bei diesen Schadstoffbegrenzungen wird der klimatische Fußabdruck der Herstellung dieser Autos nicht berücksichtigt. Da sind riesige Batterien drin, die, wie Sie wissen, aus Seltenen Erden hergestellt werden, unter zum Teil wirklich schrecklichen Bedingungen. Insofern ist die Lösung eben nicht: „Wir machen weiter so mit riesigen Karren, in denen jeweils jemand allein sitzt und so schnell fährt, wie er will“, sondern die Lösung muss eine Verkehrswende sein, wonach weniger Autos und kleinere Fahrzeuge auf der Straße sind, in denen mehrere Menschen sitzen. Nur so kriegen wir eine nachhaltige Verkehrswende hin.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tja, meine Damen und Herren, ich könnte das jetzt wiederholen oder überspringe einfach den Teil der Rede, zu dem mir Christopher Vogt Zwischenfragen gestellt hat.

(Christopher Vogt [FDP]: Entschuldigung!)

Ich komme abschließend zu dem Antrag der SPD „Für eine mutige Energiewende bis 2030“. Liebe SPD, natürlich müssen wir laufend nachbessern. Dazu arbeitet der Energiewendebeirat, der mit dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz eingesetzt wurde, laufend. Mit der Vorlage einer umfassenden Evaluierung im zweiten Quartal dieses Jahres wird geschaut werden, wie, wann und ob das Gesetz novelliert werden muss.

(Eka von Kalben)

Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie die Ziele entsprechend dem Koalitionsvertrag verfolgt. Deshalb haben wir jetzt schon Finanzmittel in IMPULS für energetische Sanierung, Moorschutz und den Ausbau des ÖPNV. Wir haben ein Programm für Bildung für nachhaltige Entwicklung, über das hier noch debattiert wird. Ich sehe nicht, dass diese Regierung nichts für Klimaschutz macht, sondern sie macht es in allen Ressorts genau so, wie es beschlossen wurde. Das wird uns dann mit dem Klimaschutzbericht vorgelegt werden.

Ich komme zum Schluss. Hochentwickelte und wirtschaftlich starke Länder wie Deutschland müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Auch wenn wir manchmal das Gefühl haben, dass es nur kleine Schritte sind, die wir gehen können - sowohl persönlich als auch als Bundesland, Kommune oder Deutschland -: Wenn wir nicht vorangehen, wer denn dann?

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Ja, ja!)

Wir sind auch bei anderen Themen, wie zum Beispiel beim Atomausstieg, vorangegangen und - bis gestern - weitgehend dabei geblieben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich lasse mich da nicht irremachen, obwohl ich natürlich entsprechende Äußerungen, die von Herrn Arp vielleicht nicht so ernst gemeint waren -

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Vielleicht!)

das weiß ich nicht -, aber zumindest nicht so ernst zu nehmen sind - -

(Weitere Zurufe SPD - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Hans-Jörn Arp, das Gefährliche daran ist, dass so eine Position von anderen Teilen in der Bevölkerung immer einmal wieder eingebracht wird und durchaus die Debatte anheizt.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Das ist doch gut!)

Deswegen ist es vielleicht lustig gemeint, aber nicht witzig, sondern sehr problematisch, weil Sie Applaus von denen bekommen, von denen Sie hoffentlich keinen Applaus haben wollen.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Diskussion ist doch gut!)

- Sehen Sie? - Meine Damen und Herren, ich höre immer wieder: Müssen wir nur über Klima reden? - Klima, Klima, Klima - das waren die Schwerpunkte, die ich für uns Grüne für die nächsten Jahre in der Presse veröffentlicht habe.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Kein anderes Thema!)

Wo bleiben die sozialen Fragen? - Klimaschutz ist eine soziale Frage. Wenn wir nichts gegen den Klimawandel tun, trifft es die Ärmsten zuerst. Es geht eben nicht nur um Flora und Fauna, sondern - seien wir einmal ehrlich - in erster Linie um die Zukunft der Menschen. Die Tiere und die Pflanzen werden sich bei Klimawandel eher anpassen können als die Menschen. Es ist das Thema, das die Gegenwart und die Zukunft jedes einzelnen Menschen betrifft und vor allem die Lebensqualität unserer Kinder und Kindeskinde.

Ich will, dass Schleswig-Holstein das Vorzeigeland in Sachen Klimaschutz bleibt. Lippenbekenntnisse reichen nicht aus. Nur politisches Handeln kann das Klima noch retten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einer guten Nachricht beginnen: Im vergangenen Jahr sind die CO₂-Emissionen Deutschlands stärker gesunken als erwartet, und die Treibhausgasemissionen Deutschlands liegen jetzt 35 % unter dem Niveau von 1990. Wir sind also bei der CO₂-Minderung auf einem guten Weg, das kann man gern auch einmal betonen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben wir vor allem dem EU-weiten Emissionshandel im Energiesektor zu verdanken, und zwar demselben Emissionshandel, dem unsere Bundesregierung nicht zutraut, auch in den Bereichen Wärme und Verkehr zu wirken.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Nicht nur die GroKo in Berlin vertraut nicht auf die wissenschaftlich belegbare Wirksamkeit dieses Instruments, nein, auch die Opposition im Schleswig-Holsteinischen Landtag hält es offensichtlich für besser, an einem Werkzeugkasten aus Verbots- und Planpolitik festzuhalten. Das ist auch der Grund, warum wir Ihre Anträge heute nicht annehmen werden.

(Oliver Kumbartzky)

(Beifall FDP)

Es wäre wirklich einfach, EU-weit zu definieren, wie viel CO₂ wir in den kommenden Jahren auch in den Sektoren Wärme und Verkehr ausstoßen dürfen. Wie effizient wäre es, für diese CO₂-Menge Zertifikate zu versteigern, und wie technologieoffen wäre es auch, auf all die Regulierungs- und Subventionierungsprogramme zu verzichten, die für die Energiewende bislang wie ein Klotz am Bein sind.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, die richtige emissionsarme Technologie würde sich dann durchsetzen. - Aber nein, die Opposition hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt und schlägt einfach wieder einmal vor, neue Planziele in das Landesrecht zu übernehmen oder die x-te Runde in der Verbotsdiskussion im Verkehrssektor zu drehen.

Ich möchte Ihnen gern darlegen, warum wir Ihre Anträge heute nicht beschließen werden. Ich werde mit dem Antrag des SSW beginnen. Die Abgeordneten des SSW schlagen einen ganzen Katalog an Forderungen vor, der schon häufig diskutiert und abgelehnt worden ist.

Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ist weder hier im Land noch im Bund mehrheitsfähig. Wir hatten vor Kurzem die Abstimmung dazu im Bundestag. Die Argumente sind bekannt. Das erste Argument ist: Die Unfallschwerpunkte liegen auf Landes- und Kreisstraßen, nicht auf Autobahnen. Das hatten wir eben schon. Das zweite Argument ist: Ein generelles Tempolimit rettet das Klima nicht einmal im Ansatz. Der weltweite Beitrag Deutschlands zum Klimaschutz durch ein generelles Tempolimit würde laut Studien - Achtung, Herr Dr. Stegner! - 0,14 % bis 0,2 % betragen.

(Beifall FDP - Zurufe SPD)

- Ja, das sind grob gerundet 9 %, das ist richtig.

(Heiterkeit)

Aber Studien sagen eben, dass es nur diese niedrige Zahl sein wird. Dasselbe Ergebnis, die Absenkung in derselben Höhe, könnte man auch mit verhältnismäßigeren Maßnahmen erreichen.

Unverhältnismäßig sind auch ein pauschales Überholverbot für Lkw und Verbrauchsobergrenzen für einzelne Pkw. Lkw werden durch ein pauschales Überholverbot gezwungen, sich nach dem langsamsten Lkw in der Kolonne zu richten. Längere Fahrzeiten und ein gefährlich dichtes Auffahren wären die Folge. Sogenannte Elefantenrennen, Herr Kollege Harms, also Überholmanöver mit zu gerin-

ger Geschwindigkeitsdifferenz, sind bereits jetzt untersagt.

Die Idee einer nationalen Verbrauchsobergrenze läuft dem derzeitigen EU-Regelungsrahmen entgegen. Die EU reguliert Flottenverbräuche und den maximalen CO₂-Ausstoß. Die EU setzt also am Auspuff an. Das ist auch richtig so. Schon jetzt bedeutet die geltende Grenze von 95 g CO₂ pro gefahrenem Kilometer eine effektive Verbrauchsobergrenze von 4 l Benzin auf 100 km. Der SSW-Antrag passt also nicht zu dem, was schon längst läuft.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich möchte ausdrücklich feststellen: Das Auto ist auch nicht der Feind bei dem Thema. Wir sollten weiter die Emissionen bekämpfen, nicht einzelne Antriebstechnologien und schon gar nicht das Fahrzeug an sich.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das Auto ist in seiner Funktionalität nicht durch Bus und Bahn zu ersetzen. Gerade in Schleswig-Holstein im ländlichen Raum zeigt das der Alltag deutlich. Das eigene Auto bedeutet Unabhängigkeit und auch Freiheit, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Harms, mit einem Augenzwinkern könnte man auch feststellen: Wenn man Ihre ganzen Forderungen umsetzen würde, würde der Begriff Autoschieber eine ganz andere Bedeutung bekommen.

(Heiterkeit und Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das Auto hat also eine Zukunft, angetrieben mit Strom, mit Wasserstoff oder synthetischen Kraftstoffen. Dafür müssen wir weiter den Weg bereiten.

Auch ein Tesla steht heute im Stau. Staus kosten der Volkswirtschaft durch die Folgekosten der im Stillstand verbratenen CO₂-Emissionen jährlich mehr als 80 Milliarden €. Das sind umgerechnet 1.770 € pro Autofahrer im Jahr, nur weil die Straßen überlastet sind. Diese Probleme müssen wir angehen. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir Autobahnen wie die A 20 als Nordwest-Umfahrung von Hamburg bauen. Wir müssen das Nadelöhr Hamburg nämlich dringend entlasten.

(Beifall FDP und CDU)

Ein fließender Verkehr ist auch gut für das Klima. Das sieht man an der A 7 mit ihrer neuen Spur. Da fließt jetzt der Verkehr. Ich freue mich immer, wenn ich 120 km/h fahre und mich Elektroautos mit Pin-

(**Oliver Kumbartzky**)

neberger Kennzeichen überholen. Das zeigt, dass der Verkehr gut fließt.

(Beifall und Heiterkeit FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, die Antworten für mehr Klimaschutz heißen: Emissionshandel, Innovation, bessere Alternativen und eben nicht Tempolimit, Verbote und Rückschritt.

Apropos Rückschritt, das führt mich jetzt zum SPD-Antrag. Hier erwartet uns - wie wir das von den sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen auch gewohnt sind - ein gründlich ausformulierter Antrag. Er enthält eine Begründung, ist also wirklich gründlich formuliert. Aber - das kennen wir auch von Ihnen - er ist komplett wirkungslos. Sie wollen neue Klimaschutzziele in das Landesklimaschutzgesetz reinschreiben. Wie der Weg dahin erfolgen soll, diese Antwort sind Sie uns wieder einmal komplett schuldig geblieben.

(Beifall FDP und Lukas Kilian [CDU])

Ich möchte Ihnen gern dazu einen Hinweis geben. Wesentliche Rahmenbedingungen werden nicht auf Landesebene gesetzt: Emissionshandel, Kohleausstieg, Reform der Energieabgaben, Reform der Energieumlagen, Reform des Energiesteuersystems - alles klar Bundessache. Hier verweigert schon seit Jahren die GroKo den großen Wurf.

(Beifall FDP)

Es ist unbestritten, dass der Wärmesektor in Zukunft stärker in die Energiewende eingebunden werden muss. Das wäre durch die Einbeziehung des Wärme- und Gebäudesektors in den EU-Emissionshandel auch möglich gewesen. Die SPD verantwortet seit Jahrzehnten nicht nur Klimapolitik im Bund, sondern oft auch auf Länderebene. Schauen wir zum Beispiel zu unseren Nachbarn nach Hamburg. Dort scheitert bislang der Plan, die Wärmeversorgung der Stadt umzubauen. Das hat auch Auswirkungen auf das Kohlekraftwerk Wedel, das wir gern bis 2020 abgeschaltet wissen würden.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie titeln in Ihrem Antrag mit „mutig“. Es ist nicht mutig, einfach neue Ziele in den Raum zu blasen. Das ist eine reine Beschäftigungstherapie, die Sie uns hier aufdrücken wollen. Wir haben genug Ziele, und es besteht ein breiter politischer Konsens für mehr Klimaschutz und für die Energiewende. Deshalb halte ich auch nichts von Ihren Anwürfen: Oh, die stimmen nicht für die Änderung der Landesverfassung, die sind ja alle gegen Klimaschutz! - Nein,

wir sind alle für Klimaschutz. Was Sie hier betreiben, ist reine Symbolpolitik, die null Auswirkungen hat.

(Beifall FDP und CDU)

Gerade die Sozialdemokratie sollte endlich einmal bei Klimaschutzprojekten konkret werden. Wenn ich Ihre Anträge einmal auflisten würde, müsste man konstatieren: Da kommt nicht viel bei herum.

(Beate Raudies [SPD]: Haushaltsanträge!)

- Ja, Haushaltsanträge. Toll!

(Beate Raudies [SPD]: Ja, was denn? - Weitere Zurufe SPD)

Sie sollten wirklich einmal mutige Vorschläge unterbreiten, wie wir die Energiewende konkret voranbringen können, mit Gesetzen und Initiativen und nicht einfach nur mit Geldsummen, die man in den Haushalt einstellt.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kumbartzky, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Mit dem größten Vergnügen.

(Christopher Vogt [FDP]: Jetzt kommt Mister Neunprozent!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Kumbartzky, Ihre Büttredenqualitäten sind ja unbestritten. Um zu den Fakten zu kommen: Wir beantragen Moorschutz im Haushalt. - Sie lehnen das ab. Wir beantragen Geschwindigkeitsbegrenzungen. - Sie lehnen das ab. Wir finden, Sie können die Windenergieplannungen der alten Regierung fortsetzen. - All das lehnen Sie ab. Wir sagen, der Ausstoß der deutschen Pkw würde sich durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung um 9 % verringern. - Sie lehnen das ab.

(Zurufe CDU und FDP)

Alles konkrete Anträge, überall sagen Sie: Nein, das ist Symbolpolitik. Sie versagen in der Sache. Sie mögen ja Ziele haben, aber Sie erreichen nichts davon. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

- Erst einmal vielen Dank für das Lob bezüglich der Büttreden. Ich trete da ja in große Fußstapfen,

(**Oliver Kumbartzky**)

gerade auch beim Marner Karneval. Schauen wir einmal, wie das wird.

(Vereinzelter Beifall FDP - Zurufe SPD)

Jetzt aber ganz im Ernst: Die Anwürfe, die Sie hier machen, sind immer die gleiche Leier. Das ist die Verfassungsdebatte. Das ist immer der gleiche Textbaustein zur Windenergie. Ja, wir haben da Kriterien geändert. Dann dauert das ein bisschen länger. Unser Ziel ist aber, rechtskräftige Pläne und eine Akzeptanz zu erreichen. Wir wollen keinen Windkraftausbau mit der Brechstange, wir wollen die Menschen mitnehmen, und dafür setzen wir uns ein.

(Beifall FDP)

Viele Punkte, die geändert werden müssten - das sind beispielsweise die bürokratischen Hemmnisse; wir haben gestern Abend beim Parlamentarischen Abend des Unternehmensverbands wieder das Thema Wasserstoff gehabt -, scheitern daran, dass wir so viele Hemmnisse auf Bundesebene haben. Ich würde mir wünschen, dass Ihre Bundes-SPD da ein bisschen mehr Wumms einbringt und diese Bürokratie abschafft. Das würde die Energiewende voranbringen, und das wäre auch mutig.

(Vereinzelter Beifall FDP und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wortmeldung Dennys Bornhöft [FDP])

Ich will Ihnen gern noch etwas sagen, bevor ich gleich Herrn Bornhöft drannehme. Das Thema der Strompreise ist auch ein Punkt, bei dem ich mir gerade von einer sozialdemokratischen Partei noch viel mehr Engagement wünschen würde, nämlich die hohen Strompreise anzugehen. Das hat auch etwas mit Akzeptanz für die Energiepolitik zu tun.

(Vereinzelter Beifall FDP und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kumbartzky, ich entnehme Ihrer Zwischenbemerkung, dass Sie die Bemerkung des Abgeordneten Bornhöft jetzt auch gestatten.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja.

Dennys Bornhöft [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege Kumbartzky. - Ich beziehe mich auf die 9 %, die hier immer wieder herumgrasieren. Das Bundesumweltamt hat 1996 Zahlen veröffentlicht. Damals ist die Pkw-Flotte eine andere gewesen als im Jahr 2020. Da-

mals war der Golf 3 noch der in Deutschland meistgefahrte Wagen. Sind Sie auch der Meinung, dass sich die Verbrauchswerte und die Motorenteknik seit 1996 bis heute verändert haben und insofern die 9 % heute wahrscheinlich nicht mehr zu halten sind?

- Ich danke ganz herzlich für die Klarstellung. Mir lagen die Zahlen auf der Zunge. Danke, dass Sie sie noch einmal genannt und der Sozialdemokratie noch einmal verdeutlicht haben, was es mit diesen Prozentzahlen auf sich hat.

Meine Damen und Herren, Sie können auf Ihren Antrag „mutige Energiewende“ schreiben. Das macht ihn noch lange nicht mutig. Der Inhalt zählt. Beim Inhalt sind Sie - das habe ich eben ausgeführt - nach wie vor sehr mutlos.

Sie sollten endlich anfangen, Energiewende neu zu denken, wie wir es eben tun. Ein Bekenntnis von Ihnen zum Thema Emissionshandel im Gebäude- und Wärmebereich wäre mutig gewesen.

Jetzt komme ich zum Jamaika-Antrag, der mit mehreren konkreten Punkten die Energiewende voranbringt. Das ist der biologische Klimaschutz. Damit können wir tatsächlich etwas zur CO₂-Reduktion beitragen. Wir wollen das Potenzial von Mooren und Wäldern zur CO₂-Minderung nutzen. Wir bitten die Landesregierung, bestehende Maßnahmen zusammenzuführen und so auszubauen, dass wir aktiv biologischen Klimaschutz durchführen können.

Dafür wollen wir auch registrieren, welche öffentlichen Flächen für Neuwaldbildung benutzt werden können, und prüfen, welche Bundes- und EU-Programme wir dafür anzapfen können. Die aktive Waldwirtschaft spart Deutschland schon jetzt 127 Millionen t CO₂-Ausstoß. 1 m³ Holz zieht über 1 t CO₂. Das sind ganz wichtige Punkte, die wir bedenken müssen.

Der EU-Emissionshandel berücksichtigt die CO₂-Minderungsleistung von Wäldern und Mooren bisher leider nicht. Ich bin dafür, dass sich das ändert.

(Beifall FDP und CDU)

Gut wäre ein Waldbonus zur CO₂-Reduzierung im Rahmen des EU-Emissionshandels.

Ich werbe dafür, unserem Antrag zuzustimmen. Es ist ein aktivierender Beitrag für mehr Klimaschutz. Wir beschäftigen uns eben nicht mit künstlich erzeugten Debatten über neue Planziele. Wir schreiten mit konkreten Projekten voran. Das will ich gern wiederholen. Das kann man nicht oft genug

(**Oliver Kumbartzky**)

sagen. Wir gehen gemeinsam als Koalition mit der Landesregierung voran und tun etwas dafür, dass wir die definierten Ziele, die wir schon haben, auch erreichen.

Klar ist aber auch, dass auf Bundesebene und auf EU-Ebene mehr geschehen muss. Das betrifft den Emissionshandel. Für diese Ziele wollen wir weiter streiten. Ich werbe sehr dafür, dass wir unserem Antrag heute zustimmen. Die anderen Anträge können wir gern im Ausschuss beraten und Ihnen dort erläutern, wie wir dazu stehen. - Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags eine weitere Gruppe von Schülerinnen und Schülern des Friedrich-Schiller-Gymnasiums aus Preetz. - Herzlich willkommen bei uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion der AfD hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Nach dem Ausstieg aus der Kernenergie kommt nun der Ausstieg aus der Kohle bis 2038. Nach Entschädigungsleistungen in Milliardenhöhe an die Kernkraftwerksbetreiber kommen nun also mindestens 4,35 Milliarden € Entschädigungszahlungen an die Kohlekraftwerksbetreiber. Damit ist es amtlich: Der Kohleausstieg wird uns Strom- und Steuerzahler noch teuer zu stehen kommen, und zwar viel teurer als der Ausstieg aus der Kernenergie.

Hinzu kommen dann noch, wie wir hören konnten, 45 Milliarden € für den Strukturwandel in den Kohleregionen. Wir werden es alle schon bald merken. Diese gescheiterte Energiewende, die schon heute sauteuer ist, wird noch teurer werden. Wenn zukünftig Ihre Stromrechnung zum Anlageobjekt wird, dann wissen Sie: Sie befinden sich im klimahysterischen Deutschland, meine Damen und Herren.

Nur bei uns in Deutschland denken Politiker überhaupt darüber nach, nagelneue, gerade erst gebaute Kraftwerke wie beispielsweise das Kraftwerk Datteln 4 in NRW nicht ans Netz zu nehmen. In keinem anderen Land der Erde plant und baut man ein

Kraftwerk und denkt sich dann, wenn es fertig ist: Ach nee, lieber nicht, ist zu viel CO₂.

Nur dem minimalen Restverstand einer schwarz-gelben Landesregierung in NRW ist es zu verdanken, dass Datteln 4 überhaupt ans Netz geht, aber dann auch nur für 18 Jahre, denn 2038 soll ja Schluss sein, was vor dem Hintergrund der Investitionskosten in Höhe von 1,5 Milliarden € für dieses Kraftwerk an sich schon ein volkswirtschaftlicher Irrsinn ist. Solch ein hysterischer und energiepolitischer Unsinn! Alle anderen Staaten zeigen uns dafür doch einen Vogel.

(Beifall Claus Schaffer [AfD])

Aber der deutsche Michel und Stromverbraucher ist bekanntlich leidensfähig. So wird er vermutlich auch die weiteren Strompreissteigerungen und Kostenexplosionen bei Heizöl und Sprit weitgehend ohne Murren hinnehmen. Fragt sich nur, wie lange noch. „Deutschland, Tacka-Tucka-Land“, schrieb die „Süddeutsche Zeitung“ letzte Woche: Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt.

Schon sehr bald wird der Ruf, die geplante Abstandsregelung für Windkraftanlagen wieder vom Tisch zu nehmen, vermutlich unterstützt durch Sie, Herr Günther, republikweit zu hören sein. Sämtliche Abstandsregelungen sollen fallen, damit der Windkraftausbau munter weitergehen kann - ohne Rücksicht auf die Anwohner. Die fette Rechnung bekommt dann der heute schon hochbelastete Steuerzahler und arg gebeutelte Stromkunde.

Während viele Milliarden Kilowattstunden - wir reden wirklich über Milliarden Kilowattstunden - Wegwerfstrom aus erneuerbaren Energien 2019 abgeregelt werden mussten, weil sie eben nicht ins Stromnetz eingespeist werden konnten, steigen die Preise für den Endverbraucher stetig weiter. Strom wird zum Luxusgut, obwohl Milliarden Kilowattstunden abgeriegelt werden. Da stimmt doch was nicht, müsste man sich eigentlich sagen.

Genau deshalb ist die Energiewende, die nur eine Stromwende ist, bereits heute gescheitert. Der Kohleausstieg wird das Fass zum Überlaufen bringen. Ich bin gespannt, ob der Stromkunde am Ende wirklich so leidensfähig sein wird, wie Sie sich das denken. Ich glaube das nämlich nicht.

Spätestens wenn die heutigen Fridays-for-Future-Kinder in einigen Jahren ihre erste eigene Stromrechnung selbst bezahlen müssen, weil sie eben nicht mehr bei Mama oder Papa wohnen, kommen die auch wieder zur Vernunft. Wer es im Erwachsenenalter immer noch nicht zur Vernunft gebracht

(Jörg Nobis)

hat, der hüpf halt weiter bei Extinction Rebellion auf der Straße rum oder klebt sich - wie letzte Woche im Landtag in Düsseldorf - auf der Haupttreppe fest.

Am deutschen Klimaalarmismus soll das Weltklima genesen. Das ist Klimanationalismus auf Kosten der deutschen Steuerzahler und der gebeutelten Stromverbraucher. In diesem ganzen Irrsinn ist die AfD der Gegenpol der Vernunft, und zwar wirklich der einzige Gegenpol der Vernunft.

(Zurufe - Beifall)

Für uns gibt es daher nur einen Weg: Wir müssen endlich die Notbremse ziehen. Wir müssen zu einer faktenbasierten Energiepolitik zurückkehren. Meine Damen und Herren, ein gesunder Energiemix ist für Deutschland überlebensnotwendig.

(Zuruf FDP: Was ist gesund?)

Herr Günther, Ihr Ministerpräsidentenkollege Herr Kretschmer hat es offensichtlich verstanden. Herr Arp hat es, wie ich der Presse jetzt entnehmen konnte, auch verstanden.

(Zuruf Dennis Bornhöft [FDP])

Aber im Ernst: Wir können doch nicht einzig und allein darauf vertrauen, dass unsere Nachbarländer uns durch jede zukünftige Dunkelflaute bringen. Ich rate daher zu mehr Gelassenheit in der Energiefrage und beim vermeintlichen Klimaschutz. Nagelneue Kraftwerke gehören ans Netz, und zwar so schnell wie möglich und ohne Diskussion. Moderne Kraftwerke, die 2038 mit einem guten Wirkungsgrad immer noch gut laufen, müssen nicht abgeschaltet werden. Sie bleiben natürlich laufen. Alles andere ist nämlich volkswirtschaftlicher Irrsinn.

Während in jeder deutschen Durchschnittsfamilie mittlerweile jeder Euro fünfmal umgedreht werden muss, wollen Sie den Kraftwerksbetreiber Milliardenentschädigungen aus Steuermitteln zahlen. So eine Politik grenzt wirklich schon an eine Verhöhnung der Steuerzahler, meine Damen und Herren. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Weiter erhält das Wort für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die sogenannte Energiewende - wir

haben es gerade von meinem Vorredner gehört - ist ineffektiv, sie ist teuer, und sie ist unsozial. Während die übertriebenen Hoffnungen darauf, dass Wind und Sonne genügend kostengünstige und stabile Energie produzieren würden, um ein Industrieland wie das unsere zuverlässig zu versorgen, sich gerade in Luft auflösen, versuchen die Umgestalter unserer Gesellschaft, immer mehr Bereiche unseres Alltags über den Haufen zu werfen. Nun soll also der Straßenverkehr dazu beitragen, den sogenannten Klimaschutz zu sichern.

Das ist genauso abwegig wie alle andern Ideen, die bisher zu diesem utopischen Ziel hervorgebracht wurden, denn am Ende wird nur eines passieren: Es wird mehr Verbote geben, die Bürger werden geängelt und dafür sogar noch zur Kasse gebeten. Am Ende wird all das überhaupt keinen Effekt auf das Weltklima haben.

(Beifall AfD)

Am Ende soll ein Umbau der Gesellschaft stehen und ein gigantischer Geldtransfer von Nord nach Süd. Das einzig umweltfreundliche an diesem Antrag zum Straßenverkehr ist, lieber Herr Harms, dass er überwiegend recycelt ist, denn über die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen wird beinahe im Jahresrhythmus debattiert. Der Erkenntniswert bleibt dabei immer der Gleiche.

Unsere Verkehrsinfrastruktur ist europaweit noch immer besonders sicher, und auf solchen Autobahnabschnitten, auf denen derzeit ein Tempolimit nicht besteht, sind die Fahrbahnen darauf ausgerichtet. Auf das oft vorgebrachte Argument, dass ein generelles Tempolimit den Verkehrsfluss verbessern würde, greift zu kurz. Auf Autobahnabschnitten mit hoher Verkehrsdichte bestehen bereits jetzt Tempolimits.

Was den Umwelteffekt anbelangt, würde ein Tempolimit nur minimal - wir haben es gerade gehört - dazu beitragen, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

Bereits in einer der ersten Debatten dieser Legislatur im Juli 2017 haben wir uns mit dem Überholverbot für Lkw auseinandergesetzt. Wir halten zeitlich und örtlich beschränkte Lkw-Überholverbote für durchaus sinnvoll, um den Verkehrsfluss zu verbessern, Staus zu vermeiden und die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Von einem grundsätzlichen Festschreiben eines Überholverbots halten wir dagegen nichts, zumal es in der Praxis auch nicht überwacht und sanktioniert werden könnte.

Schließlich lehnen wir die Forderung aus Ihrem Antrag nach Verbrauchsobergrenzen für neu zuge-

(Volker Schnurrbusch)

lassene Pkw ab. Sie haben selbst festgestellt, dass die Durchschnittsverbräuche in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken sind - dank der Innovationskraft der deutschen Autoindustrie. Diese braucht ganz sicher keine Inspiration aus der Politik. Seit zehn Jahren legt die EU für Fahrzeughersteller Obergrenzen für den Flottenverbrauch fest. Auch diese Obergrenze sinkt kontinuierlich.

Jetzt sollen auch einzelne Fahrzeuge einer Obergrenze unterliegen. Das bedeutet, dass - wenn es nach Ihnen geht - bestimmte Fahrzeugtypen vom Markt verschwinden müssten, obwohl der Bürger sie nachfragt. Das Beispiel SUV dürfte bekannt sein. Trotz anhaltender Diffamierungen durch sogenannte Umweltaktivisten steigen die Zulassungszahlen für diese Autos. Herr Harms, wenn es nach Ihnen geht, werden bald nur noch leichte Kleinwagen erlaubt. Warum nicht gleich wieder Trabis? Die gibt es dann in zwei oder drei Farben, und die wären dann erlaubt.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

- Genau. - Oberverbrauchsgrenzen sind vor allem eines: Eine Beschneidung der Marktwirtschaft und eine Gängelung des Bürgers, und dies ist mit der AfD nicht zu machen. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag aus vollem Herzen ab.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem ersten Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Wenn man sich die Debatte hier anschaut, dann stellt man wieder fest, dass man in Schleswig-Holstein gern und viel über Dinge diskutiert, aber dass wir uns dabei ab und zu eher über Bundesrecht unterhalten als über konkrete Maßnahmen, die bei uns im Land möglich sind. Der Antrag der Jamaika-Koalition bezieht sich ganz massiv auf die Möglichkeiten, die wir hier im Land haben. Deshalb ist er zu begrüßen: konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass es wichtig ist, anzuerkennen, dass auch der Verkehrssektor einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Hier aber eine bundespolitische Diskussion nachzuspielen, indem man Anträ-

ge wiederverwertet, die im Bundestag abgelehnt wurden? - Ich weiß nicht, ob das so sinnvoll ist.

Wenn man sich jetzt die Debatte anschaut, dann stellt man fest: Herr Dr. Stegner braucht Nachhilfe in Prozentrechnung. 9 % oder 0,2 % - das ist schon ein erheblicher Unterschied. Aber, Herr Dr. Stegner, spätestens wenn die Zeit kommt, in der die Frage gestellt wird, ob 5 % oder 4,9 % für die SPD anstehen, dann wissen Sie, wie Prozentrechnung funktioniert.

(Zurufe)

Aber nun zur Klimadebatte: Klimaschutz durch Tempolimit - wir können lange darüber debattieren oder nicht. Der Bundestag hat dies abgelehnt. Wir sollten uns aber darüber Gedanken machen, was wir in Schleswig-Holstein machen können. Herr Dr. Stegner, Sie sagten: Mit keinem Mittel wäre es so simpel, CO₂ einzusparen wie mit dem Tempolimit. Dabei bleiben Sie. Ich sage Ihnen: Es gibt ein sehr viel einfacheres Mittel, in Schleswig-Holstein jedes Jahr 1,4 Millionen t CO₂ einzusparen. Das ist ganz einfach. Das ist seit Jahren in der Diskussion, und es ist ein roter Bürgermeister in Hamburg, der das verhindert.

(Beifall CDU und FDP)

Wir könnten nämlich das älteste und dreckigste Kohlekraftwerk Schleswig-Holsteins abschalten. Wir feiern uns immer als Land der Energiewende. Wir haben Überschussstrom aus Windenergieanlagen, und wir betreiben ein uraltes Kohlekraftwerk direkt an der Stadtgrenze von Hamburg, um für Hamburg Fernwärme zu produzieren. Das ist Irrsinn, die Anlage gehört abgeschaltet.

(Beifall CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da muss man sich nicht aus der Verantwortung ziehen und sagen: Jetzt ist gerade Wahlkampf. Wenn man sich die Presselage in Hamburg dazu ansieht, dann heißt es jedes Jahr kurz vor der Bürgerschaftswahl, wir können dazu jetzt keine Entscheidung treffen, es ist gerade Wahlkampf. Hamburg wird seit Jahrzehnten von Sozialdemokraten regiert. Aktuell gibt es eine Regierung gemeinsam mit den Grünen. Ich würde mich sehr freuen, wenn es eine aktive Bewegung dahin gäbe, dieses Kohlekraftwerk abzuschalten, denn das ist noch viel simpler.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn Sie einen Vorschlag haben wollen: Es wäre zum Beispiel möglich, Moorburg anzuschließen. Dort wird auch aus Kohle Wärme produziert. Diese

(Lukas Kilian)

wird aber einfach in die Elbe geleitet. Die Elbe wird damit aufgewärmt. Wenn man hier eine Leitung anschließen würde, dann könnte man diese Wärme nutzen und diese ganze Menge von 1,4 Millionen t CO₂ im Jahr ganz simpel speichern. Herr Dr. Stegner, Ihre Rede war schlecht. Es gibt ein anderes, ein simpleres Mittel. Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass wir das hinbekommen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP und Burkhard Peters
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

Stephan Holowaty [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Stegner, zunächst einmal lassen Sie uns eine kleine Gemeinsamkeit feststellen: Ich finde auch, Dire Straits ist eine coole Band. Ansonsten haben Sie mich mit Ihrer Rede sehr davon überzeugt, dass ein Tempolimit auf Autobahnen eben nicht sinnvoll ist. Sie waren sich nicht im Klaren darüber, ob es 9 % oder 7 % sind. Die richtigen Zahlen haben Ihnen die Kollegen Kumbartzky und Bornhöft gerade deutlich genannt. Sie haben dann gesagt: Wie viel das auch sei, es sei Ihnen schnurz. Ihr nächster Satz war: Der CO₂-Beitrag sei nur eine symbolische Geste, mehr nicht.

Ihre eigene Bundesministerin, Umweltministerin Svenja Schulze, die ja nun nicht im Verdacht steht, irgendwelche CO₂-Beiträge kleinzureden, hat im April letzten Jahres festgestellt, das sei nur ein ganz kleiner Beitrag.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Holowaty, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Stephan Holowaty [FDP]:

Herr Kollege Stegner, es tut mir leid, da müssen Sie jetzt mal durch, denn ich habe noch ein paar mehr Dinge für Sie, die ich Ihnen hier mitgeben möchte.

Meine Damen und Herren, für symbolische Gesten eine Freiheitseinschränkung vornehmen? - Ich weiß nicht, ob das der richtige Weg ist. Freiheit, und das sei einmal sehr deutlich gesagt, ist nicht damit zu begründen, dass sie ein Gnadenakt des Staates ist, sondern Freiheit ist etwas, bei dem der Staat sehr

genau begründen muss, wenn er eine Einschränkung macht. Es muss einen echten Grund geben und eine Wirkung haben.

(Beifall FDP)

In dem Zusammenhang: Herr Dr. Stegner, was mich sehr erschüttert, ist, dass Sie stets und immer wieder das Beispiel Nordkorea bringen: In Nordkorea gebe es auch kein Tempolimit. Ich finde es wirklich entsetzlich, und es trifft mich persönlich sehr hart, dass Sie Menschen, die gegen ein Tempolimit eintreten, auf das moralische Niveau einer der schlimmsten Diktaturen dieser Welt stellen wollen. Herr Dr. Stegner, das nehme ich Ihnen in der Tat sehr übel.

(Beifall FDP, CDU und AfD)

Meine Damen und Herren, deshalb gibt es für mich viele Gründe, ein Tempolimit nicht generell einzuführen. Ich sehe keine Argumente, die dies in irgendeiner Form begründen würden. Ich habe in der Zeit des Clubs of Rome begonnen, mich mit Politik zu beschäftigen. Es ist in der Tat so, es ist völlig egal, um welches Problem dieser Welt es ging und welches Problem zu lösen war: Tempolimit, das war immer die Lösung der SPD. - Vielen Dank!

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Thomas Hölck.

Thomas Hölck [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kilian, Sie müssen sich schon besser informieren, wenn Sie über Hamburg und über die Politik in Hamburg reden. Es gibt ein Ausstiegsszenario und einen Fahrplan, das Heizkraftwerk in Wedel abzuschalten.

(Lukas Kilian [CDU]: Seit Jahren! - Weitere Zurufe)

Es ist wirklich Schwachsinn, ein altes Kohlekraftwerk durch ein neues Kohlekraftwerk zu ersetzen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen erneuerbare Energien in dem System, und das hat der rot-grüne Senat beschlossen. Das wird umgesetzt, und das Kraftwerk wird abgeschaltet.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe CDU)

(Thomas Hölck)

Ich will hinzufügen: Es gibt einen Bürgerentscheid aus dem Jahr 2013 zum Rückkauf der Netze und auch zur Funktion der Fernwärme. Da ist beschlossen worden, dass die Fernwärme nur noch aus erneuerbaren Energien erzeugt werden solle. Insofern passt die Kohleenergie nicht mehr.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Hölck, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kilian?

Thomas Hölck [SPD]:

Ja, gern.

Lukas Kilian [CDU]: Herr Hölck, ich möchte da etwas korrigieren. Ich habe nicht gesagt, dass man ein neues Kohlekraftwerk durch ein altes ersetzen soll. Ich habe nur gesagt, dass man die Abwärme eines neuen Kohlekraftwerks nicht in die Elbe ableiten und dafür ein uraltes Kohlekraftwerk laufen lassen sollte.

Ich stimme durchaus mit Ihnen überein, dass es sinnvoll ist, in Zukunft Wärme aus erneuerbaren Energien zu produzieren. Für die Zwischenzeit, deren Zeitraum auf Betreiben der SPD in der Stadt immer wieder verlängert wurde, und das ist unproblematisch nachlesbar, sollte man allerdings nicht Abwärme wegschmeißen und uralte Kohlekraftwerke nutzen, sondern das bestehende Kohlekraftwerk nutzen und das uralte Kraftwerk abschalten.

(Beifall CDU und FDP)

- Herr Kollege, Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass es in Hamburg im Jahre 2013 einen Bürgerentscheid gab, der genau das ausschließt, nämlich die Erzeugung von Fernwärme aus fossiler Energie. Sie soll nur noch aus erneuerbarer Energie kommen.

(Stephan Holowaty [FDP]: Haben die Bürger in Wedel da mitgestimmt?)

Diesen Weg beschreitet Rot-Grün in Hamburg. Und das ist gut so.

(Zurufe CDU)

Jetzt komme ich zu dem Kollegen Koch. Herr Kollege Koch, hätten Sie den Pressespiegel aufmerksam gelesen, dann hätten Sie gewusst, dass am 16. Januar 2020 in den „Kieler Nachrichten“ ein Artikel mit folgender Überschrift veröffentlicht

worden ist: „Windkraft verliert erstmals Leistung“. Diese Leistung ist in Schleswig-Holstein nämlich um 12 MW zurückgegangen. Das liegt daran, dass mehr Anlagen abgebaut als aufgebaut worden sind. Das zeigt eben das Totalversagen dieser Landesregierung und Ihrer Koalition im Bereich Windenergie.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Tobias Koch?

Thomas Hölck [SPD]:

Nein, jetzt nicht. Ich will fortfahren.

Natürlich gab es Probleme bei der Akzeptanz. Aber was wir tun müssen, ist doch dieses: Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger sowie die Kommunen, die dort investieren, an den Gewinnen der Unternehmen beteiligen. Insofern könnten wir dann auch die Akzeptanz verbessern.

(Zuruf CDU: Gehen Sie doch mal da hin und stellen Sie sich der Diskussion dort!)

Ich will mich jetzt nicht in die Diskussion über die Zahlen beim Thema Tempolimit einmischen. Auch eine Diskussion über die Geschwindigkeit der Dienstfahrzeuge ist ziemlich peinlich, muss ich sagen. Am Freitag demonstrieren hier die Schülerinnen und Schüler, und Sie diskutieren hier über die Geschwindigkeit Ihrer Dienstfahrzeuge. Das ist wirklich unterstes Niveau.

(Beifall SPD)

Aber ich will auch hinzufügen: Es ist doch egal, wie viele Hunderttausende Tonnen eingespart werden oder nicht. Wenn wir nicht begreifen, dass wir jede Tonne CO₂-Einsparung wertschätzen müssen, werden wir die Klimaschutzziele nicht erreichen. Deshalb ist es richtig, das Tempolimit einzuführen. Das kostet nichts und wird uns bei den Klimaschutzziele voranbringen.

Nun zu unserem Antrag, eine mutige Energiewende bis 2030 für Schleswig-Holstein voranzubringen. Das sind Werte, Frau Kollegin von Kalben, die wir bereits in der guten alten Landesregierung in dem Bericht zum Energiewende- und Klimaschutzgesetz aufgeschrieben haben; die standen da drin. Nun sind Sie mutlos geworden und wollen das nicht mehr unterstützen? Das ist ziemlich schwach. Da sieht man, wohin Sie gekommen sind.

(Thomas Hölck)

Der Klimaschutz gehört in die Landesverfassung. Er ist im Übrigen, Herr Kilian, eine Landesangelegenheit und nicht eine Bundesangelegenheit.

(Zurufe CDU)

Wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Klimaschutz wichtig ist für das künftige Zusammenleben auf diesem Planeten, dann gehört er in die Verfassung. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema Tempolimit ist für meine Partei seit vielen Jahren ein wichtiges Thema. Wir haben das seit 30 Jahren immer wieder gefordert.

Aber nicht nur die Grünen fordern das, meine Damen und Herren. Der Deutsche Verkehrstag sagt, es gebe im Wesentlichen einen wichtigen Punkt: europäische Harmonisierung. Es sei nicht einsehbar, in Europa verschiedene Geschwindigkeiten auf den Autobahnen zu haben. Das ist ein wichtiges Argument.

Ein zweites Argument ist mindestens genauso wichtig. Der Klimaschutz ist unbestreitbar auch in der Debatte über Prozenkte, Lärm, Sicherheit und Verkehrsfluss wichtig. Das sind die Themen, die aus wissenschaftlicher Sicht immer wieder genannt werden.

Aber warum habe ich mich eigentlich zu Wort gemeldet? - Meine Damen und Herren, am 17. Oktober 2019 hat meine Fraktion im Deutschen Bundestag einen Antrag zum Tempolimit 130 km/h eingereicht. Die Diskussion hat gezeigt: Im Deutschen Bundestag - und der entscheidet über ein Tempolimit und nicht die Landtage in Deutschland - haben wir keine sehr großen Befürworter für ein Tempolimit. Von 708 Abgeordneten, die abgestimmt haben, haben sich 498 gegen ein Tempolimit ausgesprochen, 126 dafür. Zu den 126 Stimmen dafür gehörten die gesamte grüne Fraktion und die gesamte Fraktion der Linken. Es gab außerdem zwei Befürworter aus der CDU/CSU-Fraktion, zwei Befürworter aus der SPD-Fraktion, niemand aus der AfD-Fraktion, niemand aus der FDP-Fraktion. Wir haben also in der Tat 126 Befürworterinnen und Befürworter im Deutschen Bundestag. Das sind

17,8 %. - Ich habe das für Sie einmal in Prozenten ausgerechnet.

(Heiterkeit CDU)

Am 30. Dezember 2019 gab es eine deutschlandweite Umfrage: Wie stehen die Deutschen eigentlich zum Tempolimit? 69,1 % haben gesagt, sie befürworteten ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen. 69,1 %!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

30 % haben eisern gesagt: Nein, wir wollen kein deutsches Tempolimit.

Herr Dr. Stegner, nur 17,8 % der gewählten Mitglieder einer repräsentativen Demokratie sind dafür, dass es ein Tempolimit gibt; nur 17,8 % der Mitglieder des Deutschen Bundestages lehnen also ein Tempolimit nicht ab. Das ist ein großes Ungleichgewicht im Vergleich mit einer Zweidrittelmehrheit in der Bevölkerung, die für ein Tempolimit ist, zumal die Menschen jeden Tag auf deutschen Autobahnen darunter leiden, wenn plötzlich jemand mit hoher Geschwindigkeit angeschossen kommt; wir erleben das ja jeden Tag. Also: Die Vernunftentwicklung in der deutschen Bevölkerung ist viel weiter als das Bewusstsein der gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Deutschen Bundestag.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Meine Damen und Herren, ich will das gar nicht bewerten, aber es ist doch interessant, dass wir uns hier hinstellen und nicht sagen: „Auch wir sind bereit, in dieser Frage unser Denken ein wenig zu ändern.“ Darum geht es nämlich.

Ich sage auch: Wenn man im Deutschen Bundestag so eklatant gegen eine Zweidrittelmehrheit in der Bevölkerung eine solche Politik macht, wird man dafür irgendwann auch einmal die Quittung bekommen. Deshalb sage ich Ihnen an dieser Stelle: Ein Tempolimit in Deutschland einzuführen ist ein Gebot der Vernunft, aber auch ein Gebot der Mehrheitsfähigkeit in Deutschland.

(Lachen und Zurufe SPD)

- Ja, das ist doch dieses Spiel, warum man im Deutschen Bundestag unseren Antrag nicht umsetzt.

(Zuruf SPD: Genau! - weitere Zurufe)

- Das ist doch alles Unsinn. Der Deutsche Bundestag entscheidet.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich sage an dieser Stelle nur: Ein Tempolimit - -

Präsident Klaus Schlie:

Ihre Redezeit ist schon seit einiger Zeit abgelaufen.

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was der Kollege Tietze hier gerade gemacht hat - Sie kennen sich ja gut aus in der Bibel -, das wird den Pharisäern zugeschrieben, muss ich Ihnen sagen, nämlich auf der einen Seite darauf hinzuweisen, dass wir im Bund leider keine Vereinbarung mit der Union und der Koalition hinbekommen haben für ein Tempolimit, und uns das vorzuhalten. Ich habe Ihren Ausführungen aber auf der anderen Seite nicht entnommen, dass Sie heute dem Antrag des SSW zustimmen wollen. Das müssten Sie nämlich, wenn das, was Sie gerade zum Tempolimit gesagt haben, gelten würde.

(Beifall SPD und SSW)

Das ist also insofern pharisäerhaft. Ich bin in der Sache bei Ihnen, aber es ist pharisäerhaft, das so darzustellen.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Beifall SPD)

Für den Kollegen Kilian und für andere will ich aber noch einmal langsam und zum Mitschreiben Folgendes ausführen: Das Umweltbundesamt hat sich mit den Folgen eines allgemeinen Tempolimits für den CO₂-Ausstoß beschäftigt. Bei einem Limit von 120 km/h würden die CO₂-Emissionen der Pkw auf deutschen Autobahnen von heute auf morgen um 9 % sinken. Auch bei Tempo 130 km/h hätte keine andere Maßnahme in so kurzer Zeit einen vergleichbaren Effekt. Das ist Fakt. Das wiederhole ich noch einmal zum Mitschreiben.

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Punkt eins.

(Weitere Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Überlassen Sie jetzt bitte dem Redner das Wort. Wenn es weitere Wortbeiträge oder Dreiminutenbeiträge gibt, dann melden Sie sich bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Der Verkehr hat übrigens zugenommen, meine sehr verehrten Damen und Herren, um auch das noch einmal zu sagen.

Punkt zwei. Als die Kollegen Koch und Vogt hier intelligente Zwischenfragen gestellt hatten, habe ich konzidiert, dass es darauf am Ende gar nicht ankommt, wie viel das von der Weltbevölkerung ist. Nur, wenn allein durch eine solche Maßnahme 9 % CO₂ bei deutschen PKW eingespart werden können, man aber nicht in der Lage ist, das zu tun, dann ist das ein politisches Versagen, nicht mehr und nicht weniger.

Und, Herr Kollege Holowaty, wenn Sie sagen: „Jetzt vergleichen Sie das schöne Deutschland mit dem finsternen Nordkorea“, dann ist das ein schöner Versuch. Aber nichts dergleichen habe ich getan. Ich sage nur: Es gibt Tempolimits überall in Europa, selbst in den Vereinigten Staaten von Amerika. Tempolimits gibt es aber nicht im Iran, in Nordkorea, in Staaten wie Vanuatu und in Mauretanien. Es sind noch einige mehr, es sind aber nicht mal zehn Staaten weltweit. Das hier am Ende nicht zustande zu bringen - dies muss ich Ihnen ehrlich sagen -, das ist für Deutschland ein Armutszeugnis.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte schön.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Stegner, da Sie mich hier als „Pharisäer“ bezeichnet haben, frage ich Sie: Würden Sie auch 122 Abgeordneten der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag diesen Vorwurf machen?

- Ich habe nicht Sie als Pharisäer bezeichnet, sondern ich habe darauf hingewiesen, dass das, was Sie gemacht haben, von der Methodik her in der Bibel den Pharisäern zugeschrieben wird.

(Lachen Werner Kalinka [CDU])

(Dr. Ralf Stegner)

Sie beschreiben das eine und tun das andere. Wir sind hier übrigens im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Herr Kollege Tietze.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau!)

In diesem Landtag wollen wir über die Frage reden: Starten wir eine Bundesratsinitiative zum Tempolimit - ja oder nein? Dazu kann man sich verhalten, wie man möchte.

Kollege Tietze hätte sagen können: Ja, wir wären dafür; aber das geht in dieser Koalition nicht. „Mögen hätten wir schon wollen, aber dürfen haben wir uns nicht getraut“, wie Karl Valentin es formuliert hat. Damit wäre die Sache beendet gewesen.

Stattdessen stellen Sie sich hier hin, halten uns vor, wie viel Prozent der Bevölkerung für ein Tempolimit sind, und behaupten, dass es ausschließlich grüne Helden im Deutschen Bundestag seien - im Bund sind die Grünen in der Opposition -, die dafür stimmten. Diese Methodik, nichts anderes, habe ich als das bezeichnet, als was sie in der Bibel zu Recht bezeichnet wird: pharisäerhaft.

In der Sache finde ich Ihre Haltung ganz wunderbar. Jeder, den wir für ein Tempolimit gewinnen können, leistet einen Beitrag dazu, dass der Klimaschutz ein bisschen zunimmt. Billiger und einfacher als durch ein Tempolimit ist Klimaschutz in Deutschland nicht zu haben. „Freie Fahrt für freie Bürger“ ist wirklich von vorgestern!

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Dr. Tietze?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte schön. Vielleicht kommen wir noch zu anderen Bibelstellen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich würde gern eine Bibelstelle zitieren - Johannes, Kapitel 8 -: „Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie.“ Also, lieber Herr Dr. Stegner, immer beachten, dass auch Ihre eigene Fraktion nicht von dem Vorwurf, den Sie uns machen, frei ist!

Präsident Klaus Schlie:

Darauf gibt es keine Antwort, wie ich merke.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich will keine Steine werfen. Insofern - -

Präsident Klaus Schlie:

Dann gestatten Sie sicherlich auch eine Bemerkung des Abgeordneten Kilian?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte schön.

Lukas Kilian [CDU]: Vielen Dank, auch ich möchte keine Steine werfen. - Ich wollte Sie allerdings fragen: Stimmen Sie mir zu, dass es sinnvoller ist, über konkrete Maßnahmen in Schleswig-Holstein zu sprechen und zum Beispiel Verhandlungen mit der Stadt Hamburg über die Abschaltung eines Uralt-Kohlekraftwerks, das wir in Schleswig-Holstein nicht brauchen, zu führen, statt eine Bundesratsinitiative zu starten, obwohl der Bundestag eine entsprechende Forderung erst vor Kurzem abgelehnt hat?

- Herr Kollege Kilian, ich habe Ihnen doch aufgezählt, was man alles in Schleswig-Holstein tun könnte. Erstens. Wir haben in den Haushaltsberatungen mehr Gelder für Moore und Wälder beantragt. CDU, FDP und Grüne sagten dazu: Nein! Jetzt schieben Sie - ohne Schamfrist; okay, Sie lernen - einen ähnlich gelagerten Antrag nach. Das ist ein Beispiel dafür, was man konkret tun kann.

Zweitens. Die Küstenkoalition ging mit ihrer Windkraftplanung auf das Gerichtsurteil ein. Diese Planung liegt ganz in der Hand des Landes. Was machen Sie? Sie stoppen das. Arbeitsplatzvernichtung und Rückbau - wirklich Rückbau in Schleswig-Holstein - kommen dabei heraus. Alle wissen, dass die erneuerbaren Energien entscheidenden Anteil an der Energiewende und damit am Klimaschutz haben.

Das waren nur zwei Beispiele. Sie könnten in sich gehen und sagen: Das haben wir vielleicht falsch gemacht.

Drittens. Kollege Hölck hat zu Recht darauf hingewiesen, was der rot-grüne Senat beschlossen hat. Ich finde, das sind gute Beschlüsse; wir sollten sie unterstützen.

Ich glaube, dass die CDU in Hamburg ein bisschen Wahlkampf nötig hat. Das verstehe ich. Aber den sollten Sie nicht hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag, noch dazu mit schlechten Argumenten,

(Dr. Ralf Stegner)

führen. Damit helfen Sie Ihren Genossen - nein, Kameraden heißen die bei Ihnen - jedenfalls nicht.

Präsident Klaus Schlie:

Sie können fortfahren. Weitere Fragen sehe ich nicht.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Das ist sehr nett. - Um es auf den Punkt zu bringen: Von Ihnen hören wir immer ganz große Ankündigungen, was Sie eigentlich alles wollen. Aber in der Sache geht beim Klimaschutz sehr, sehr wenig voran. Wer das nicht glaubt, der möge das Interview des Umweltministers lesen. Ich werbe ja nicht immer für Mitglieder dieser Landesregierung; aber für Ihr Interview, Herr Minister Albrecht, will ich ausdrücklich werben. Lesen Sie es sich durch; dann sehen Sie den Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit in Sachen Klimaschutzpolitik in Schleswig-Holstein. „Das ist wirklich Pepita-Niveau!“, hätte hier ein anderer Sozialdemokrat gesagt, das ist wirklich Pepita-Niveau. Nichts Geseheites kommt dabei heraus. Der Klimawandel wird durch Schleswig-Holstein nicht gebremst, jedenfalls nicht durch diese Koalition, sondern Jamaika versagt!

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Lars Harms, ich würde gern einmal die Tachonadel Ihres Dienstwagens beobachten, um festzustellen, wie weit es bei Ihnen mit Freiwilligkeit und gutem Willen in Sachen Tempolimit gedihten ist.

(Lars Harms [SSW]: Das können wir machen!)

- Ich lasse das auslesen. Sie können mir die Daten zur Verfügung stellen. Dann können wir wieder darüber sprechen.

(Heiterkeit Lars Harms [SSW])

Ich will noch auf einen ganz anderen Punkt eingehen. Ihnen wird bekannt sein - Sie brauchen einfach nur in die Natur zu schauen -, dass Photosynthese nachweislich das einzige zuverlässige System ist, um CO₂ mit Hilfe von Wasser und Sonneneinstrahlung

in Sauerstoff und Nährstoffe für das Pflanzenwachstum umzuwandeln. Wir müssen doch einfach nur in die Natur schauen, um eine Lösung präsentieren zu können.

(Beifall CDU und FDP)

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ kommt aus der Forstwirtschaft - darin steckt der Wortbestandteil „Wirtschaft“ -, nicht aus der Nichtbewirtschaftung. Achtung, meine lieben Kollegen aus der grünen Fraktion: Ein Hans Carl von Carlowitz hat vor 303 Jahren diesen Begriff geprägt. Die Erklärung ist relativ schlicht: Sie dürfen der Natur nur so viel entnehmen, wie unter natürlichen Verhältnissen nachwächst. - Das wäre quasi ein natürliches Perpetuum mobile. Mit diesem hätten wir die Chance, die Probleme im Bereich Klimaschutz zu einem großen Teil zu lösen.

Was müssen wir also machen? Wir haben vor einiger Zeit 300 Jahre Nachhaltigkeit gefeiert, und zwar zu Ehren derjenigen, die damals den Wald angepflanzt haben, lieber Lars Harms, nicht zu Ehren derjenigen, die, so wie Sie, theoretisch einmal Wald pflanzen wollen. Die Menschen damals haben den Wald wirklich gepflanzt. Der Wald ist heute noch da; deshalb haben wir ja 300 Jahre Nachhaltigkeit gefeiert. Diesen Menschen sollten wir dankbar sein, und den Erfahrungen, die sie uns hinterlassen haben, sollten wir ein bisschen mehr Gehör schenken.

(Beifall CDU und FDP)

Deswegen unterstützen wir eindeutig die Initiative für Aufforstung und Nutzung. Wenn ein Baum 100 Jahre alt wird, kann er in dieser Zeit viel CO₂ binden. 1 ha Wald bindet pro Jahr bis zu 15 t CO₂. Nach der Rodung kann das Holz 200 Jahre lang als Bauholz für den Dachstuhl oder als Holz für ein Möbelstück verwendet werden. Eine bessere CO₂-Bindung als durch dieses menschliche Nutzverhalten können Sie nirgendwo auf der Welt finden. Deshalb plädieren wir für mehr Aufforstung.

(Beifall CDU und FDP)

Sehr geehrter Herr Dr. Stegner, ich will auch etwas zum Geld sagen: Das Geld ist doch da. Wir müssen es nur einsammeln und abrufen. Ein Bonussystem im Rahmen der CO₂-Bilanzierung kann zur Anwendung kommen. Wenn wir das Geld für die Aufforstung nutzen können, dann sollten wir das machen. Das organisieren wir auf unserem Waldgipfel ganz hervorragend. Wir präsentieren Ihnen demnächst Lösungen.

Auch zu den Mooren will ich noch etwas sagen: Natürlich sind Moore sinnvoll. Aber Moore ohne

(Heiner Rickers)

Nutzung neu anlegen? Über diese Frage müssen wir streiten. Das kann jedenfalls nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Wir müssen auch an den Wiesenvogelschutz denken. Eine Nutzung - das habe ich schon im Zusammenhang mit dem Thema Wald beschrieben - kann durchaus sinnvoll sein.

Lassen Sie uns die Herausforderungen gemeinsam angehen! Wir wollen nicht der Landwirtschaft das Land klauen. Denken Sie daran: In den letzten 30 Jahren sind jährlich über 1.000 ha in den Naturschutz gegangen. Jetzt wollen wir Lösungen finden, dass der Naturschutz sich noch mehr für den Wald engagiert. Darüber sind wir uns hoffentlich alle einig. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin meinem Vorredner sehr dankbar, dass er nach dem Straßenverkehr, den wir zuvor durchgehechelt hatten, auch das Thema Wälder und Moore angesprochen hat. Wälder und Moore sind wichtige Landschaftsräume für Tiere, Pflanzen, das Klima und nicht zuletzt für den Tourismus; denn sie sind attraktive Gebiete.

Wir müssen aber ehrlich sein: Es gibt eigentlich keine naturbelassenen Moore mehr. Der Mensch hat schon überall seine Spuren hinterlassen. Viele Moore sind überbaut worden und werden auch landwirtschaftlich genutzt. Heute machen die Moore 9 % der Landesfläche aus, wobei nur noch wenige davon Naturmoore sind.

Wir lassen uns die Moore heute schon viel Geld kosten. 700.000 € gehen an die Stiftung Naturschutz. Dazu kommen noch einmal 3 Millionen € für die Wiedervernässung. Man muss aber klar sagen: Die Wiedervernässung eines Moores, um den Naturzustand wieder zu erreichen, dauert Jahrzehnte.

(Sandra Redmann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Da brauchen wir nicht falsche Hoffnungen zu schüren.

Renaturierung, so gut und so sinnvoll sie sein mag, darf nicht dazu führen, dass den Landwirten vorgeschrieben wird, was sie mit ihren Flächen tun dür-

fen. Sie müssen die Verfügungsgewalt über ihr Eigentum behalten.

(Sandra Redmann [SPD]: Etwas anderes sagt doch niemand!)

Eine Enteignung durch die Hintertür unter dem Rubrum „Klimaschutz“, der ja für alles erhalten soll, was die Politik im Moment den Bürgern aufnötigen will, wird es mit uns nicht geben.

Falls Landwirte aufgrund steigender Wasserstände Ertragseinbußen auf ihrer Fläche haben, müssten sie dafür angemessen entschädigt werden. Diese Option wird gerade in Mecklenburg-Vorpommern diskutiert.

Nun zum Wald: Der Wald spielt eine besondere Rolle für den Wasserhaushalt, das Klima, den Boden, die saubere Luft. Deswegen ist es sehr sinnvoll, ihn zu bewahren und unterbewaldete Flächen, gerade in unserem waldarmen Bundesland, aufzuforsten und - wie gerade bereits gesagt - eine nachhaltige Bewirtschaftung zu gewährleisten. Das ist das Stichwort.

Wir finden es richtig, dass zunächst Flächen in öffentlicher Hand ermittelt und genutzt werden sollen und nicht etwa landwirtschaftliche Nutzflächen in Wälder umgewandelt werden. Diesen Punkt möchte ich gern ergänzen: Auch die Kirche verfügt über große Flächen, die sie bestimmt gern zur Aufforstung oder Neuwaldbildung zur Verfügung stellt. Auch diese Flächen sollten berücksichtigt werden, wenn wir alle Potenziale zur Neuwaldbildung ausschöpfen wollen. Neuwaldbildung voranzubringen und unsere Moore zu schützen, sind sinnvolle Vorhaben jenseits aller hektischen oder hysterischen Klimadebatten. Daher stimmen wir diesem Antrag gerne zu. - Danke.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich möchte mich nicht zu den verkehrspolitischen Aspekten dieser Debatte äußern, obwohl es einige interessante Dinge gab, zum Beispiel den Vorschlag zum Verbot von Klimaanlage in Autos, die Interpretation von geschichtlichen Daten, das Tempolimit oder die Lust an Verboten. Ich möchte auf etwas anderes eingehen, was mir sehr am Herzen

(Kay Richert)

liegt, nämlich auf den biologischen Umweltschutz und hier genauer auf die Sukzession, also das natürliche Nachwachsen.

Beim Wiederherstellen natürlicher Landschaften ist es eigentlich immer am besten, wenn man die Natur selber machen lässt. Bei der Wiedervernässung von Mooren bedeutet das: Am besten vernässe ich ein Moor wieder, indem ich die Entwässerungsmöglichkeiten, die geschaffen wurden, zurückbaue und das Moor wieder volllaufen lasse. Bei Wäldern bedeutet das eine Sukzession, ein natürliches Nachwachsen.

Wälder stehen ja für vieles, was wir in der heutigen Zeit für verloren glauben. Wenn ich zum Beispiel mit meiner Frau oder meinen Kindern, mit meinem Hund oder mit allen zusammen einen Waldspaziergang mache, dann finde ich auch innere Ruhe und kann meine Gedanken ordnen. Ich glaube, das geht vielen von uns so. Ich glaube, das ist auch der Grund, warum für uns Menschen der Wald eine so hohe Bedeutung hat.

Aber der Wald hat auch noch andere Funktionen, und zwar für die Natur. Der Wald hält zum Beispiel das Regenwasser zurück. Er speichert Regenwasser und trägt so zur Neubildung von Grundwasser bei.

Der Wald ist auch gut für die Artenvielfalt. Am größten ist die Artenvielfalt übrigens in einem naturgewachsenen Wald, und dort an den Waldrändern und auf den Lichtungen. Wir sehen also: Ein Sukzessionswald hat die besten Voraussetzungen, die Dinge zu erfüllen, die wir hier alle umsetzen wollen.

(Beifall FDP)

Natürlich gewachsener Wald muss meiner Auffassung nach immer die erste Wahl sein, weil er diese Dinge am besten erfüllt. Die zweitbeste Wahl ist übrigens der bewirtschaftete Wald. Ich weiß - das ist klar -, dass Sukzession nicht überall möglich ist. Aber sie ist bereits überall da möglich, wo wir ohnehin Flächen für den Naturschutz vorhalten. Wir sollten uns entschließen, hier Sukzession zuzulassen. Wenn wir über Aufforstung reden, fragen sich viele: Welche Baumarten sollen wir denn wählen, damit sie den Klimabedingungen in 30 Jahren, in 40 Jahren, in 50 Jahren oder in 100 Jahren gewachsen sind? Auf Sukzessionsflächen stellt sich diese Frage nicht, weil dort genau die Bäume nachwachsen, die den Klimabedingungen gewachsen sind.

Eine Sukzessionsfläche braucht keine Bewirtschaftung. Es bedarf keines teuren Umbaus und keiner Neubewirtschaftungsmaßnahmen, keines Unterhalts

oder bezahlbarer Betreuung. Es ist also nicht nur die beste Lösung für Artenvielfalt und Umweltschutz, sondern sie kostet auch nichts. Mit dem eingesparten Steuergeld könnten wir zum Beispiel weitere Flächen für Sukzession erwerben oder andere sinnvolle Dinge machen.

(Sandra Redmann [SPD]: Das ist der Punkt!)

Da sehe ich nicht nur die Landesforsten, sondern auch die Stiftung Naturschutz in der Pflicht.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Kay Richert [FDP]:

Jawohl, ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - In diesem Sinne sage ich: Lassen Sie die Natur einfach in Ruhe. Sie weiß selbst am besten, was gut für sie ist.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Stegner, schön, dass Sie hier erst gesprochen und sich dann schlau gemacht haben, was Sie eigentlich gesagt haben. Es wäre vielleicht besser gewesen, es andersherum zu handhaben und sich die Studie vorher anzuschauen.

(Unruhe SPD)

Dann hätten Sie vielleicht gewusst, dass sich die von Ihnen genannten 9 % nicht auf den CO₂-Ausstoß der Autos in ganz Deutschland beziehen. Sie beziehen sich nicht auf den CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor. Sie beziehen sich nicht auf den CO₂-Ausstoß im Bereich der Pkws. Sie beziehen sich ausschließlich auf den Vergleich des CO₂-Ausstoßes von Pkws auf Autobahnen ohne Tempolimit und mit Tempolimit, und das auch nur dann, wenn dieses nicht auf 130 km/h, wie hier beantragt, sondern auf 120 km/h festgesetzt würde. Das Ganze gilt auch nur vor dem Hintergrund der Motortechnik aus dem letzten Jahrhundert, nämlich von 1996. Darauf hat mein Kollege bereits hingewiesen.

(Beifall CDU)

(Tobias Koch)

Wenn Sie das auf das Erreichen der Klimaziele, auf die Verringerung des CO₂-Ausstoßes übertragen, macht das einen Unterschied von 0,1 % bis 0,3 % aus, wie Herr Kumbartzky und ich heute genannt haben. Das sind die richtigen fachlichen Zahlen.

Wenn der SPD-Fraktionsvorsitzende solche Falschmeldungen verbreitet, wollte der Kollege Hölck dem nicht nachstehen. Selbstverständlich, Herr Kollege Hölck, habe auch ich den Artikel in den „Kieeler Nachrichten“ gelesen. Schon diesem Artikel können Sie entnehmen, dass Ihre Aussage falsch war. Denn dem Rückgang von 12 MW installierter Leistung, onshore erbracht, stehen 104 MW integrierte Leistung Photovoltaik gegenüber, wie allein aus der dazu abgebildeten Grafik ersichtlich ist; das bedeutet mehr integrierte Leistung durch regenerative Energien.

Sie haben gestern noch etwas ganz anderes behauptet. Sie haben behauptet, es gebe einen Rückgang bei der erzeugten Menge regenerativer Energien in Schleswig-Holstein. Das ist total falsch. Hier geht es um installierte Leistung. Die erzeugte Energie ist etwas ganz anderes, von offshore erzeugter Energie ganz zu schweigen. Ich finde es erschreckend, mit welchen Falschmeldungen, mit welchen falschen Zahlen und Behauptungen die SPD hier diese Klimadebatte führt. So helfen wir dem Klima nicht. Mit falschen Argumenten ist dem Klima nicht gedient. Das erzeugt nur Widerstände. Das sollten wir wirklich vermeiden. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können feststellen: Egal von welcher Grundlage man ausgeht, ein Tempolimit auf Autobahnen wird auf jeden Fall dazu beitragen, den CO₂-Ausstoß zu senken. Das ist Fakt. Ich glaube, das bestreitet niemand hier in diesem Hause.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei ist es egal, ob man Zahlen von 1996 nimmt, ob man das gestiegene heutige Verkehrsaufkommen berücksichtigt, ob man von einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von 0,1 % oder von 0,3 % ausgeht: Das alles ist völlig egal. Ein Tempolimit wird dazu

führen, dass etwas weniger CO₂ ausgestoßen wird. Jede Verringerung hilft, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und SPD)

Zweiter Punkt: Es wird immer gesagt, die Autobahnen seien die sichersten Straßen, die anderen Straßen seien so fürchterlich unsicher. Das ist sicherlich richtig. Aber man muss bedenken, dass auf den Autobahnen auch nur Motorräder, Pkws und Lastwagen fahren. Fußgänger, Fahrradfahrer, Scooter-Fahrer, all die richtig gefährdeten Verkehrsteilnehmer, die keinen entsprechenden Schutz haben, sind nicht auf den Autobahnen. Damit ist es logisch, dass die Statistik entsprechend aussieht. Die Frage bei den Unfällen auf den Autobahnen ist doch: Wo gibt es viele Unfälle und wo wenige? Wenige Unfälle gibt es dort, wo es Verkehrsbeschränkungen dergestalt gibt, dass die Geschwindigkeit begrenzt ist. Viele Unfälle gibt es entweder, wenn die Geschwindigkeit freigegeben ist oder bei Baustellen. Das ist einfach so. Da muss man entsprechend mit den vernünftigen Zahlen arbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dritter Punkt: Wir schlagen nichts vor, was vom Mond ist. Wenn Sie sich anschauen wollen, wie ein Tempolimit von 130 km/h und ein Überholverbot von Lastwagen aussieht, fahren Sie nach Norden über die Grenze. Schauen Sie sich an, wie das dort aussieht. Sie erzählen mir alle immer, wie gemütlich es in Dänemark auf den Autobahnen war, wie nett die Leute sind, wie schön das Fahren dort ist. Dann machen Sie es hier doch auch! Dann ist es hier auch schön. Das ist genau das, was wir wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese schöne Erfahrung machen viele Bundesbürger in anderen Ländern. Deswegen sind zwei Drittel der Menschen dafür, dass wir ein Tempolimit auf Autobahnen einführen. So verkehrt können 50 Millionen Menschen nicht liegen, meine Damen und Herren. Vielleicht sollten wir ein bisschen auf das Volk hören.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Lars Harms [SSW]:

Mit Freude.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. Sie haben sich auf das positive Beispiel Dänemarks bezogen. Das finde ich sehr gut.

- Das mache ich ja nicht so oft.

- Würden Sie mir weiter folgen? In Dänemark gilt Tempo 80 auf Landstraßen. Ich kenne die letzte Verkehrsstatistik. Tatsächlich haben wir in Deutschland, auch in Schleswig-Holstein, hohe Unfallzahlen auf Landstraßen, wo das Tempolimit 100 km/h gilt. Wäre auch das dänische Modell, Tempo 80 auf Landesstraßen, interessant?

- Herr Tietze, wie können über viele Modelle nachdenken. Ich habe jetzt zunächst den Vorschlag gemacht, wie wir ein Problem auf den Autobahnen lösen können. Wenn nachweisbar ist, dass Tempo 80 tatsächlich sowohl CO₂ einspart als auch die Unfallzahlen senkt, kann man darüber gern nachdenken, es einzuführen. Wir können die Argumentation aber auch umdrehen. In Polen gibt es beispielsweise im innerörtlichen Verkehr auf großen Straßen die Regelung, dass man 60 km/h fahren soll, um den Verkehrsfluss zu erhöhen.

Dort werden Ampeln so geschaltet, dass durchgehende Verkehre schnell durch eine Stadt fahren können. Auch das müsste man diskutieren. Es gibt viele gute Ideen in Europa, die zu diskutieren sich lohnt. Die Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h auf der Autobahn ist für mich allerdings so frappierend, weil wir das einzige Land in Europa sind, das das bisher nicht hat. Da sollten wir uns die Mühe machen, den anderen Europäern zu folgen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich wollte aber nicht nur zum Tempolimit sprechen. Der Kollege Rickers hat den Wald angesprochen, und es ist alles richtig, was er gesagt hat. Wenn man aber in den Haushaltsberatungen unseren Antrag, den Haushaltsansatz für Neuwaldbildung von 210.000 € auf 1 Million € zu erhöhen, damit Privatwaldbesitzer, Forstgemeinschaften, die Stiftung Naturschutz etwas machen können, ablehnt, redet man hier zwar gut, tut aber nichts. Das kann es einfach nicht sein.

Ähnliches gilt für die Moorflächen. Kollege Rickers hat gesagt, man sollte nur so viel aus der Natur entnehmen, wie sich neu bilden könne. - Wer sich in

der Geschichte Schleswig-Holsteins ein bisschen auskennt, der weiß, dass es im 18. Jahrhundert die Moorkolonisation gegeben hat; alles auf der Geest waren riesige Moor- und Heideflächen. Die gibt es alle nicht mehr. Das heißt, die letzten 200 Jahre haben wir entnommen, jetzt wird es Zeit zurückzugeben. Das bedeutet, dass wir auch Moor schaffen müssen. Wir müssen nicht nur ein paar Wasserläufe sperren, sondern wir müssen uns die Mühe machen und Geld einsetzen, dass Moor geschaffen werden kann. Das ist tatsächlich der beste CO₂-Speicher.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, danke schön.

Lars Harms [SSW]:

Ich bleibe gern.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

In den Moment, als Sie gingen, wollte ich Sie erinnern, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Lars Harms [SSW]:

Das ist doch nett, dass Sie mich noch einmal daran erinnert haben. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Sehr gern. - Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, eine kleine Sachverhaltsaufklärung zu machen, nachdem hier so viele Zahlen umhergewirbelt sind, was das Tempolimit und den CO₂-Ausstoß anbetrifft.

Die Zahl 9 % stammt aus einer Veröffentlichung des Umweltbundesamts aus dem Jahr 1996 und ist bis heute nicht aktualisiert worden; das hat Herr Koch gerade erwähnt. Darauf beziehen sich nicht nur die Verbrauchswerte von 1996, die erfreulicherweise besser geworden sind, sondern auch die damalige Verkehrsdichte. Darüber hinaus ging es nicht um eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 130 km/h, sondern 120 km/h, worüber wir heute gar nicht gesprochen haben, weil eine Begrenzung auf 130 km/h beantragt worden ist.

Zu den heutigen Zahlen gibt es eine Studie, die von „ZEIT“ veröffentlicht wurde, die zusammen mit Navigationsherstellern durchgeführt wurde. Da

(Dennys Bornhöft)

wurde mehrere Tage gemessen, wie schnell auf deutschen Autobahnen ohne Geschwindigkeitsbegrenzung gefahren wird. Dabei wurde im März 2019 eine durchschnittliche Reisegeschwindigkeit von 122 km/h festgestellt, also unterhalb der Richtgeschwindigkeit von 130.

(Beifall Peer Knöfler [CDU])

Damit geht einher, dass die Prozentzahl dieser Maßnahme immer weiter absinkt - auch wenn klar ist, was Herr Harms gesagt hat, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung zu einer Reduzierung führt, aber aufgrund der besseren Motorentechnik und aufgrund der höheren Verkehrsdichte - ich habe gar keinen Platz, schneller zu fahren - wird das immer schmaler.

Wir Freie Demokraten finden ein Tempolimit schwierig, weil es sich um eine Maßnahme handelt, die mehrere Millionen Menschen in die Verantwortung nimmt, dafür Sorge zu tragen, das entsprechend umzusetzen. Maßnahmen, die beim Verhalten von Einzelpersonen ansetzen, sind schwierig zu ahnden. Wie ist es beispielsweise, wenn ich nicht gut schalte, wenn ich bis zu einer Geschwindigkeit von 130 km/h häufig noch den vierten Gang nutze? Dann habe ich einen deutlich höheren Verbrauch und stoße mehr CO₂ aus. Da würde man ja auch nicht auf die Idee kommen und sagen, man müsse immer den optimalen Gang eingeschaltet haben - -

(Tobias Koch [CDU]: Automatikwagen!)

- Auch die Automatik hat unterschiedliche Geschichten, aber das ist in Ordnung.

(Weitere Zurufe)

Auch bei Herrn Koch kommt es an, wie schwierig es wäre, aufgrund von Klimaschutzmaßnahmen in das persönliche Fahrverhalten einzugreifen. Richtiger ist es - das wird von der EU ja auch teilweise gemacht -, bei den Herstellern und den Verbrauchswerten direkt anzusetzen.

(Zuruf)

- Ja, genau, es geht darum, was aus dem Auspuff rauskommt. Es ist doch völlig egal, was reingesteckt wird, es kommt darauf an, was hinten rauskommt, zumindest fürs Klima. Der Atmosphäre ist es egal, wie viel du in deinen Tank reinfüllst, sehr geehrter Herr Lars Harms. Das Klima ist traurig, wenn hinten aus dem Auspuff viel rauskommt. - Aber da sind wir uns mittlerweile ja auch alle einig.

Ich würde mich freuen, wenn das Umweltbundesamt seine Zahlen aktualisiert, damit wir die Debatte auf der Grundlage aktueller Zeitwerte führen kön-

nen. Vielleicht trägt das dann ja auch zu anderen Entscheidungen bei. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Andreas Hein.

Andreas Hein [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei „Pharisäer“ hatten Sie die uneingeschränkte Aufmerksamkeit meines Kollegen, der das wohlwollend zur Kenntnis genommen hat. Die Liste meiner Energiehelden ist heute größer geworden.

Wir haben schon beim letzten Mal darüber gesprochen, und der Kollege Hölck braucht 10 GW, um 700 MW betreiben zu können. In Ihrer Sprache: Wenn ich ein größeres Haus bauen will, brauche ich ein Zementkraftwerk. Herr Meyer sagt, wir steckten bei der Wasserstofftechnologie noch in den Kinderschuhen. Das ist nicht der Fall, sondern die Regulatorik, die Rahmenbedingungen stecken noch in den Kinderschuhen; wenn wir die hätten, wären wir entschieden weiter.

(Beifall CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Nobis, Arbeit und Leistung im Energiebereich zu verwechseln - ich hoffe, das ist nur da so, aber es obliegt anderen, das zu beurteilen.

Der Kollege Stegner kümmert sich um Nordkorea und Mauretanien, auch super. Herr Tietze fährt demnächst rückwärts zum Landtag, 80 km/h sind angesagt. Du kannst ja auch mit dem Fahrrad kommen, das ist überhaupt kein Problem, das steht dir ja frei.

(Beifall CDU - Heiterkeit Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn ich eine Klammer um die Debatte mache und mir angucke, welche konkreten Anträge vorliegen und worüber wir heute gesprochen haben, stelle ich fest: Während wir mal wieder schöne Schaufensteranträge haben, die zwar Ziele enthalten, aber letztlich inhaltslos sind, machen wir schon die letzten Jahre etwas, indem wir inhaltvolle Anträge gestellt, Strategien verabschiedet, Maßnahmenpläne aufgestellt und das Ganze am Ende mit Förderprogrammen unterlegt haben. Wir machen das auch weiter. So bringen wir Schleswig-Holstein voran. Anpacken für Schleswig-Holstein - da machen wir weiter.

(Andreas Hein)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht, das Wort.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Endlich! - Unruhe)

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt viel zu sagen; ich hoffe, dass meine Stimme so weit reicht.

Die meisten von Ihnen - mit Ausnahme der Kollegen der AfD - muss ich nicht für ambitionierten Klimaschutz überzeugen; das ist gut so, das hat die Debatte gezeigt. Aktuell hat auch der Risikobericht des Weltwirtschaftsforums, das derzeit in Davos tagt, bestätigt: Die größten Bedrohungen gehen von klimawandelbedingten Umweltrisiken wie Extremwetter und Naturkatastrophen aus. Reale Bedrohungen waren zuletzt in Australien unmittelbar erlebbar. Bei der Klimakrise nicht zu handeln, sei viel teurer als Klimaschutz. Das zeigt: Wir handeln im eigenen Interesse.

Meine Damen und Herren, das bestätigt uns auf unserem beharrlichen Weg für den Klimaschutz mit den zahlreichen konkreten Maßnahmen, die wir ergreifen und schon ergriffen haben. Herr Stegner, im Gegensatz zu Ihnen handeln wir tatsächlich und nörgeln nicht nur substanzlos rum,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

während die eigene Partei in Berlin eine knallrote Negativbilanz bei all den heute genannten Themen hat.

Der biologische Klimaschutz etwa, der unter anderem die Wiedervernässung von Mooren und die Neuwaldbildung umfasst, leistet einen immens wichtigen Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und zum Erhalt der Kohlenstoffvorräte und damit zum Klimaschutz.

Wir werden mit der Optimierung bereits vorhandener Moorflächen der Stiftung Naturschutz kurzfristig CO₂-Einsparungen in Höhe von bis zu 400.000 t jährlich generieren. Vernässungsrechte werden zu einem Einsparpotenzial von bis zu 300.000 t pro Jahr führen. Gleichzeitig werden wir gemeinsam

mit den Landesforsten, der Stiftung Naturschutz und dem privaten Wald in Neuwaldbildung investieren, um weitere Einsparpotenziale heben zu können und CO₂ langfristig zu binden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Mittel für eine Anschubfinanzierung stehen bereits in diesem Jahr zur Verfügung. Darüber hinaus werden wir sowohl neue Finanzierungsmöglichkeiten, auch marktwirtschaftliche Instrumente, prüfen und bestehende EU- und Bundesförderprogramme nutzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Dennoch ist dieses Programm nur einer von vielen Bausteinen, der den Klimaschutzvorreiter Schleswig-Holstein auszeichnet. Neben den wichtigen Förderrichtlinien zur Wärmewende und zur E-Mobilität setzen wir ein Programm auf, mit dem wir Bürgerinnen und Bürger unbürokratisch per Online-Antrag unterstützen, die ihren eigenen Beitrag zum Klimaschutz leisten wollen, etwa beim Kauf einer Ladebox für Elektroautos, bei der Installation eines Speichers für erneuerbare Energien im Haus, bei Regenwasserzisternen oder Photovoltaikanlagen an Balkonen. Und ja: Auch der Kauf eines Lastenfahrads wird unterstützt, um künftig Autofahrten - wie bei Herrn Tietze - ersetzen zu können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zurufe FDP)

Im Vordergrund steht dabei die Idee, dass jeder etwas für den Klimaschutz tun kann und der Umstieg auf emissionsfreie Alternativen belohnt werden sollte. Gemeinsam werden all die privaten Investitionen in die regenerative Zukunft einen beträchtlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten. Es ist unsere Bringschuld als Politik, den Rahmen für den Klimaschutz zu setzen, aber gelingen wird er nur, wenn alle nach ihren Möglichkeiten mitwirken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Übrigens, Herr Stegner: Die Hamburger Grünen haben - offenbar gegen den Widerstand der SPD - dort ein vergleichbares Programm auf den Weg gebracht. Da kann man sehen, auf wen es beim Klimaschutz wirklich ankommt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein macht auch beim Netzausbau seine Hausaufgaben. Trotz - oder vielleicht auch gerade wegen - des umfangreichen und frühzeitigen

(Minister Jan Philipp Albrecht)

Bürgerdialogs kommen die zentralen Projekte der Energiewende hierzulande zügig voran.

Neue, innovative Projekte der Sektorenkopplung - Speichertechnologien, Power-to-Heat-Anlagen und Wasserstoffproduktion - entstehen landesweit in beeindruckender Breite. Die beim Bund eingereichten Projektskizzen für die Reallabore tragen dazu bei, dass Schleswig-Holstein nicht nur Pilotregion für erneuerbare Energien, sondern auch für ihre Integration in alle Bereiche ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Deshalb erarbeiten wir unter Federführung von Energiestaatssekretär Tobias Goldschmidt eine Wasserstoffstrategie für Schleswig-Holstein, die den Standort als Experimentierfeld für grüne Wasserstofftechnologien stärken wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzeln CDU)

Wir wollen rein in die erneuerbare Zukunft, damit wir möglichst schnell aus der fossilen und natürlich auch der atomaren Energieerzeugung herauskommen. Bereits vor 2030 wird der Kohleausstieg in Schleswig-Holstein Realität werden. Auch hier sind wir früher als der Bund und setzen alles daran, die fossile Verbrennung so gering wie möglich zu halten. Das gilt auch für Wedel, da sind wir im Gespräch mit den Hamburger Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das kann man übrigens von dem vorgelegten Ausstiegsplan der GroKo nicht sagen. Er fällt hinter das zurück, was beim Kohlekompromiss gemeinsam erreicht wurde. Das spricht gegen die Glaubwürdigkeit Ihrer Aussagen, Herr Stegner.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Bürgerenergiefonds haben wir die Förderlücke zwischen der ersten Projektidee und der Umsetzung des Projektes geschlossen. Mit der Förderrichtlinie zur nachhaltigen Wärmeversorgung können kommunale Projekte der Wärmewende umfangreich in die Realität umgesetzt werden.

An vielen Stellen setzen wir als Landesregierung auf den kommunalen Klimaschutz, etwa durch Qualifizierungsprogramme oder durch Städteförderungsprogramme. Da arbeite ich mit meinem Kollegen Grote eng zusammen. Dort wird in Zukunft beispielsweise Software zur kommunalen Treibhausgasbilanzierung bereitgestellt werden. Auch

bei der Digitalisierung tun wir also gemeinsam mit den Kommunen etwas für den Klimaschutz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Bei der Elektromobilität fördern wir die Umstellung von Bus-Betriebshöfen auf E-Bus-Betrieb, die Etablierung von Dorpsmobilen im ländlichen Raum und die Schaffung weiterer Ladesäulen. Bereits heute liegen wir - gemessen an der Bevölkerung - im Ländervergleich auf Platz zwei bei der Ladesäulendichte und auf Platz eins bei der Zulassung von Elektrofahrzeugen. Genau dort wollen wir auch bleiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzeln CDU)

Uns allen muss klar sein, dass es für die Umsetzung dieser Vorhaben eines braucht: den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Es wurde hier ganz richtig gesagt: Obwohl Schleswig-Holstein heute bereits einen Anteil von etwa 160 % erneuerbarem Strom - gemessen am eigenen Bruttostromverbrauch - hat, liegen wir bundesweit noch weit hinter dem 65%-Ausbauziel der Bundesregierung zurück. Umso verheerender ist es, dass mit den EEG-Reformen von 2014 und 2017 - beides mit SPD-Umweltressorts im Bund - die Bremsen beim Ausbau von Windkraft und Photovoltaik angezogen worden sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist das!)

Genau die Auswirkungen dieser Änderungen spüren wir heute nach diesen zwei bis drei Jahren, die es braucht, damit solche Änderungen durchschlagen. Jetzt liegt der Zubau der Windenergie bundesweit am Boden. Auch wir mussten im vergangenen Jahr - ja - eine Stagnation in diesem Bereich hinnehmen.

Auch, wenn wir im Norden - das ist wichtig - trotz allem auf Platz drei der genehmigten Windenergieleistung im Jahr 2019 gelandet sind,

(Zuruf FDP: Hört, hört!)

würde auch ich mir ein schnelleres Tempo wünschen, Herr Hölck.

Klar ist aber auch: Für die Windvorrangflächen brauchen wir vor allen Dingen ein rechtssicheres Verfahren. Der dritte Entwurf für die Regionalpläne wurde von der Landesregierung im Dezember beschlossen und befindet sich jetzt in der Anhörung. Wir wollen auf dieser Grundlage in der zweiten

(Minister Jan Philipp Albrecht)

Jahreshälfte eine rechtsverbindliche Regelung erreichen. Ich bin mir sicher, dass wir dies schaffen und damit erneut zum Vorzeigebispiel bei der Windenergie werden - sowohl, was den Ausbau angeht, als auch, was die Akzeptanz der Anlagen angeht.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Noch im ersten Quartal werden die von der EKSH beim Fraunhofer ISI beantragten integrierten Klimaschutz- und Energiewendeszenarien veröffentlicht. Dabei werden wir sehen, wie die Szenarien bei einem Basisszenario mit einer Treibhausgas-minderung um 80 % bis 2050 und einem zweiten Szenario mit einer Treibhausgas-minderung um 95 % bis 2050 aussehen werden. Wir werden diese Szenarien als Startpunkt einer Diskussion über die weitere Klimaschutzpolitik in Schleswig-Holstein nehmen.

Klar ist bereits jetzt: Mit dem Ziel der EU, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, werden auch wir in Schleswig-Holstein unsere Anstrengungen deutlich steigern müssen. Auf der Grundlage dieser Debatte werden wir das im Koalitionsvertrag vorgesehene integrierte Klimaschutz- und Energiewendekonzept der Landesregierung vorlegen, und auch eine Überprüfung und Fortschreibung des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes wird dann im Lichte dieser Schlussfolgerungen erfolgen können.

(Zuruf SPD: Wann denn?)

- Dies soll bis zum Sommer abgeschlossen sein, so dass ein entsprechender Gesetzentwurf noch in diesem Jahr vorgelegt werden kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir sind beim Klimaschutz bundesweit die Spitze der Bewegung. Das zeigt auch die erfolgreiche Rolle, die die Jamaika-Koalition bei der Einigung des nachverhandelten Klimapakets in Berlin gespielt hat. Während wir noch im Januar vergangenen Jahres einen Vorschlag für eine Absenkung der Stromkosten durch eine stärkere CO₂-Bepreisung in den Bundesrat eingebracht haben, ist dies im Dezember desselben Jahres zur Grundlage einer Einigung zwischen Bund und Ländern geworden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Durch die Flure schallt es sehr eindeutig, wer sich bei diesen Verhandlungen vehement gegen eine stärkere Bepreisung und damit auch für die Absenkung der EEG-Zulage eingesetzt hat: Es waren die

Vertreter der SPD im Vermittlungsausschuss. Da sollte man sich überlegen, welchen Ton man hier an den Tag legt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir fühlen uns dadurch als Landesregierung bestärkt, weiter konsequent für eine weitsichtige Klimaschutzpolitik einzutreten, und haben bereits weitere Initiativen auf den Weg gebracht - das alles übrigens ohne deutlichen Auftrag in der Landesverfassung.

(Beifall CDU und FDP)

Der gefundene Kompromiss beim Klimapakets mit einem Einstiegspreis von 25 €/t CO₂ und einem Anstiegspfad auf 55 €/t bis 65 €/t bis 2026 ist eine deutliche Verbesserung. Zukünftig wird es darauf ankommen, im Emissionshandelssystem für Wärme und Verkehr einen wirklichen Handel - ohne Festbeziehungsweise Höchstpreise - zu etablieren, die ausgegebene Zertifikatmenge an den Klimaschutzverpflichtungen zu orientieren und die Systeme EUweit zusammenzuführen, um einen sektorübergreifenden CO₂-Preis zu erreichen. Diese Hausaufgabe hat die Bundesregierung jetzt. Wir werden sie dabei weiter voranbringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Tobias Koch [CDU])

Meine Damen und Herren, die Vorreiterrolle in diesen Fragen hat Schleswig-Holstein auch, weil wir es in Jamaika wagen, gemeinsam neue Perspektiven zu eröffnen und dabei pragmatisch aufeinander zuzugehen. Dass Ihnen, Herr Dr. Stegner, das nicht passt, weil es Ihnen vielleicht an neuen Perspektiven mangelt, verstehe ich.

(Zuruf CDU: Ja!)

Dazu gehören in unverzichtbarer Weise übrigens auch Differenzen und Diskussionen. So hat mich mein Kollege Bernd Buchholz zum Beispiel gebeten, Ihnen in meiner Rede auszurichten, dass er Ihnen und allen Bürgerinnen und Bürgern auch weiterhin gern schnelles Autofahren auf den Autobahnen ermöglichen möchte. Dem will ich natürlich nachkommen.

(Beifall FDP - Volker Schnurrbusch [AfD]: Sehr schön!)

Aus klimapolitischer Sicht sei mir aber die Anmerkung erlaubt, dass ein Tempolimit von 120 km/h auf der Autobahn natürlich CO₂ einspart - völlig egal, wie viel es ist.

(Minister Jan Philipp Albrecht)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Serpil Midyatli [SPD])

Durch ein Tempolimit erfolgt eine unmittelbare Reduktion des Energieverbrauchs und damit des Treibhausgasausstoßes auf Autobahnen, völlig egal, wie dieser Treibstoff hergestellt wurde. Außerdem hätte ein Tempolimit natürlich zur Folge, dass ein Anreiz zum Bau leichter und damit effizienterer Fahrzeuge geliefert würde.

Klar ist aber auch: Das Tempolimit wurde im Bundestag mit den Stimmen der SPD abgelehnt. Die Federführung hierzulande liegt beim Verkehrsminister, und der hätte noch ein paar andere Argumente dazu beizutragen.

Am Ende aber müssen wir uns beim Klimaschutz alle klar sein: Wir müssen bereit sein, neue Wege zu gehen. Wer weiß, wie diese Debatte in Zukunft weitergeht.

Meine Damen und Herren, wie die SPD in ihrem Antrag formuliert hat, müssen sich die

„Erarbeitung von Zielszenarien wie der Ausbau erneuerbarer Energien und die Minderung von Treibhausgas-Emissionen ... am aktuellsten wissenschaftlichen Sachstand orientieren“.

Genau deshalb widmen wir uns der Auswertung von Klimaschutzszenarien und der Entwicklung von Schlussfolgerungen in einem seriösen Verfahren. Gleichzeitig ist aber auch vollkommen klar: Im Jahr 2020 müssen entscheidende Weichenstellungen vorgenommen werden, um die 20er-Jahre dieses Jahrhunderts zum Klimaschutzjahrzehnt und die international vereinbarten Ziele tatsächlich realistisch erreichbar zu machen.

Es liegt in unserer Hand. Wir werden als Land Schleswig-Holstein dabei vorbildlich vorgehen. Wir werden nicht nachlassen, auch auf Bundesebene für die notwendigen Rahmenbedingungen zu sorgen. Denn bei all den Anstrengungen hierzulande ist klar: Die maßgeblichen Hebel für relevante Fragen liegen in Berlin. Dafür ist es gut, dass es Jamaika im Norden gibt und wir in Schleswig-Holstein Wege aufzeigen, was möglich ist. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten 30 Sekunden überzogen. Diese Zeit steht al-

len Fraktionen zu, aber ich sehe nicht, dass davon Gebrauch gemacht werden soll. Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse über den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1273, abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Sehe ich nicht.

(Zurufe: Doch! Der SSW!)

- Verzeihung, Danke für den Hinweis. - Damit ist der Gesetzentwurf, Drucksache 19/1273, mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung des SSW abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Drucksache 19/1899, das ist der Antrag der Abgeordneten des SSW. Es ist beantragt worden, den Antrag dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen.

(Zuruf)

- Mitberatend in den Wirtschaftsausschuss, höre ich gerade. - Da besteht Einigkeit. Dann bitte ich um das Handzeichen, wer dieser Überweisung zustimmen möchte. - Gibt es Gegenstimmen? - Dann ist der Antrag einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1919. Es ist beantragt worden, den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1935. Es ist beantragt worden, diesen Antrag in den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag gegen die Stimmen der AfD in den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen worden.

Die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben vereinbart, dass nunmehr der Tagesordnungspunkt 10 behandelt werden soll. Ich rufe also den Tagesordnungspunkt 10 auf:

Arbeits- und Gesundheitsschutz in Schleswig-Holstein

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1756

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich dem Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich am Anfang ein herzliches Dankeschön an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten, die, wie ich meine, nicht nur mit unglaublichen Fleiß, sondern auch mit unglaublichem Fachwissen die sehr umfangreiche Große Anfrage der Sozialdemokraten beantwortet haben. Dafür meinen aufrichtigen und herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine ganz wesentliche Voraussetzung für gute Arbeit sind gute Arbeitsbedingungen. Dazu gehört ein wirksamer Arbeitsschutz, sodass Gesundheit und Sicherheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht gefährdet werden. Für uns als Jamaika-Koalition ist Arbeitsschutz somit ein wesentlicher Bestandteil der Sozialpolitik. Er trägt auch wesentlich zu fairen Wettbewerbsbedingungen bei, denn nicht die sollen belohnt werden, die arbeitsschutzrechtliche Vorschriften umgehen und sich darüber einen Vorteil verschaffen, sondern es muss ein fairer Wettbewerb dadurch entstehen, dass alle Arbeitsschutzvorschriften eingehalten werden. Ich komme später noch einmal darauf zu sprechen.

(Beifall FDP und Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Anforderungen in der Arbeitswelt sind durch Automatisierung und Digitalisierung ständig im Wandel. Dies hat selbstverständlich auch Auswirkungen auf den Arbeitsschutz. Körperlich belastende Arbeiten sind zwar in vielen Branchen zurückgegangen, in bestimmten Bereichen wie beispielsweise in der Alten- und Krankenpflege oder in der Langzeit- und Akutpflege aber nach wie vor unerlässlich.

Neue Techniken sind häufig auch mit neuen Risiken verbunden, wie das Beispiel von Arbeiten an Offshore-Windenergieanlagen zeigt. Gerade bei neuen Technologien mangelt es an Erfahrungswerten und

müssen Standards erst erstellt werden, was eine enge Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und Kontrollbehörden erfordert. Die Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften in den Betrieben überwacht die Staatliche Arbeitsschutzbehörde bei der Unfallkasse Nord - die sogenannte StAUK -, die als untere Landesbehörde der Aufsicht meines Hauses untersteht. Die Verantwortung für die tatsächliche Einhaltung des Arbeitsschutzes in den Betrieben liegt allerdings - das muss klar gesagt werden - bei den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern.

So vielfältig die Gefahren für Sicherheit und Gesundheit in der Arbeitswelt sind, so unterschiedlich sind die Rechtsvorschriften beim Arbeitsschutz. Die Aufsichtstätigkeit der Arbeitsschutzbehörde hat sich daher in den vergangenen Jahren deutlich gewandelt. Sie ist komplexer und zeitaufwendiger geworden. Im Unterschied zu früher steht es weniger im Vordergrund, die Einhaltung einzelner Vorschriften zu überprüfen. Die Aufsichtskräfte der Arbeitsschutzbehörde führen heute in erster Linie Systemkontrollen durch. Auf die Einführung dieser Strategie haben sich damals die Bundesländer geeinigt, um den Arbeitsschutz einheitlich zu gestalten.

Bei diesen Systemkontrollen wird unter anderem überprüft, ob eine betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung sichergestellt sind, ob eine Gefährdungsbeurteilung erstellt wurde, ob Defizite behoben wurden oder ob ein Arbeitsschutzausschuss eingerichtet wurde. Grundsätzlich gilt dabei: Nur, wenn eine funktionierende betriebliche Arbeitsschutzorganisation vorhanden ist, kann es einen wirksamen betrieblichen Arbeitsschutz geben und können Arbeitsschutzvorschriften eingehalten werden.

Im Vollzug und in der Fachaufsicht setzt Schleswig-Holstein die Grundsätze und Standards für die Überwachungs- und Beratungstätigkeit der Arbeitsschutzbehörden der Länder um, was insbesondere für bundesweit tätige Unternehmen und die Sicherung gleicher Wettbewerbschancen wichtig ist. Außerdem organisiert mein Haus Schwerpunktaktionen und Fortbildungsveranstaltungen etwa für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsschutzbehörde sowie für Arbeits- und Betriebsmedizinerinnen und -mediziner.

Eine solche Schwerpunktaktion gab es beispielsweise zu Unterkünften und Arbeitsbedingungen in der Fleischwirtschaft. In diesem Zusammenhang habe ich mich - das wissen die meisten von Ihnen inzwischen - auch auf Bundesebene für einen verbesserten Arbeitsschutz eingesetzt. Ich habe auf der

(Minister Dr. Heiner Garg)

Arbeits- und Sozialministerkonferenz im November letzten Jahres einen Beschlussvorschlag mit dem Ziel eingebracht, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für osteuropäische Beschäftigte von Werkvertragsunternehmern zu erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Beschlussvorschlag ist einstimmig angenommen worden. Sie sehen: Schleswig-Holstein geht beim Thema Arbeitsschutz vorneweg. Ich bin dankbar dafür, dass dies mit dem Jamaika-Bündnis möglich ist.

(Beifall FDP)

Ich sage auch sehr deutlich: Neben dem Gesundheitsschutz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leistet das auch einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung fairer Wettbewerbschancen, gerade für die kleinen und mittelständischen Betriebe, die sich an die Vorschriften halten, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ordentlich behandeln und diese ordentlich bezahlen. So sollte es weitergehen. - Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ich eröffne die Aussprache. - Für die SPD-Fraktion hat Professor Dr. Heiner Dunckel das Wort.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, auch von uns aus vielen Dank für Ihre umfangreiche und durchaus informative Antwort auf unsere Große Anfrage. Mein Dank richtet sich natürlich auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Hauses, denn eine Große Anfrage in diesem Umfang bedeutet viel Arbeit. Ich hoffe sehr, dass das nicht zu einer zusätzlichen anlassbezogenen Gefährdungsbeurteilung bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führt, aber wenn, wäre das juristisch auch korrekt.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Denny Bornhöft [FDP])

Sicherlich hat unsere Große Anfrage auch einigen Aufwand bei den Kolleginnen und Kollegen der StAUK verursacht. Ich möchte mich bei diesen explizit bedanken und schon einmal vorab festhalten, dass sich kritische Anmerkungen explizit nicht auf die engagierte Arbeit dieser Kolleginnen und Kollegen vor Ort beziehen.

Natürlich ist mir bewusst, dass die Geschichte des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Schleswig-Holstein nicht erst mit der derzeitigen Landesregierung beginnt, aber - wie im Folgenden zu zeigen ist - wir müssen spätestens jetzt für den Arbeits- und Gesundheitsschutz in Schleswig-Holstein mehr tun. Sie, sehr geehrter Herr Minister, können das auch.

Stellen wir zunächst anhand großer repräsentativer Studien, zum Beispiel der der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung, kurz BAuA, oder des DGB im Rahmen des „Index gute Arbeit“ fest, dass sich die Belastungen im Allgemeinen und die psychischen Belastungen im Besonderen seit Jahren auf einem hohen Niveau bewegen - mit steigender Tendenz.

In der Untersuchung beispielsweise der BAuA aus dem Jahr 2018 wird festgestellt, dass etwa die Hälfte der Beschäftigten angibt, häufig unter Termin- und Leistungsdruck zu arbeiten, häufig bei der Arbeit gestört oder unterbrochen zu werden oder Verschiedenes gleichzeitig bearbeiten zu müssen. Außerdem zeigt sich, dass die wahrgenommenen Belastungen durch die Arbeitsbedingungen über die Jahre zugenommen haben. Die Folgen dieser Belastungen für die Gesundheit sind bekannt, nicht zwangsläufig - wie es in Ihrer Antwort heißt -, aber statistisch absolut gesichert.

So ist zum Beispiel in vielen internationalen Studien belegt, dass Arbeitsstress, insbesondere Zeitdruck, ständige Unterbrechungen, hektische Arbeitsumgebung und so weiter ein eindeutiger Risikofaktor für kardiovaskuläre Erkrankungen, also Herzerkrankungen, ist. Wenn also die psychischen Belastungen, die aus gutem Grund 2013 in das Arbeitsschutzgesetz aufgenommen wurden, auf konstant hohem Niveau bleiben oder sogar steigen, dann können wir eben nicht - wie in Ihrer Antwort mehrfach formuliert - davon ausgehen, dass die Aufsichtsbehörde und die StAUK ihrem gesetzlichen Auftrag mit dem zur Verfügung stehenden Personal nachkommen. Das können wir eben nicht, denn das Gesetz verpflichtet doch jeden Arbeitgeber zur Beurteilung der Arbeitsbedingungen, insbesondere auch der psychischen Belastungen, zur Entwicklung von Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes - und dies nicht erst seit gestern.

Für mich ist der gesetzliche Auftrag - so steht es zumindest im Arbeitsschutzgesetz -, die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Beschäftigten bei der Arbeit durch Maßnahmen des Arbeitsschutzes zu sichern und zu verbessern. Wenn dies offensichtlich nicht erreicht wird, dann wird der gesetzliche Auftrag auch nicht erfüllt.

(Dr. Heiner Dunckel)

(Vereinzelter Beifall SPD)

Irritierend finden wir auch, dass bei vielen Antworten im Bericht darauf verwiesen wird, dass keine Statistiken vorliegen beziehungsweise die StAUK keine Statistiken führt. Ich erwarte aber von einer Fachaufsicht oder von der für den Arbeitsschutz zuständigen höchsten Landesbehörde, dass wenigstens genaue Zahlen vorliegen beziehungsweise die StAUK veranlasst wird, derartige Zahlen zu ermitteln.

So ganz stimmen Ihre Aussagen dann übrigens auch nicht, denn an der einen oder anderen Stelle finden sich dann doch erstaunlich aussagekräftige Statistiken. Eine möchte ich herausgreifen. In der Antwort zu Frage 56 finden wir die erstaunliche Feststellung - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin -:

„Über alle untersuchten Branchen hinweg war festzustellen, dass bei 63,5 % der aufgesuchten Betriebe keine oder unzureichende Gefährdungsbeurteilungen hinsichtlich psychischer Belastungen vorgelegt wurden.“

Weiter wird erwähnt, dass die Zahl in einigen Branchen noch deutlich höher ist. Ich betone noch einmal: In fast zwei Dritteln - in einigen Branchen deutlich mehr - der aufgesuchten und vermutlich aller Betriebe finden keine oder unzureichende Gefährdungsbeurteilungen psychischer Belastungen statt, obwohl das Gesetz und einschlägige Urteile des Bundesarbeitsgerichts diese unmissverständlich verlangen.

Lassen Sie mich in aller Kürze noch einen weiteren Punkt ansprechen. Wenn ich richtig gezählt habe, dann sind derzeit gerade einmal gut 35 VZK der StAUK als Aufsichtsbeamte vor Ort tätig. Das heißt, eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter ist für gut 3.000 Betriebe oder knapp 29.000 Beschäftigte zuständig. Dass das zu wenig ist, sieht man auf den ersten Blick.

Aber auch ein zweiter Blick in die Veröffentlichungen des Länderausschusses für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik zeigt, dass wir bei der Personalausstattung mit Bezug auf die ILO von einem Verhältnis von einem Inspektor, einem Aufsichtsbeamten, auf 10.000 Beschäftigte ausgehen müssen, um die Aufgaben angemessen erfüllen zu können. Davon sind wir weit entfernt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen - wie eingangs schon angekündigt -, dass wir in Schleswig-Holstein noch viel für den Arbeits- und Gesundheits-

schutz tun müssen. Wir konnten heute nur an der Oberfläche kratzen. Viele weitere Fragen sind noch nicht hinreichend beantwortet und bedürfen der ausführlichen Beratung und Würdigung im Sozialausschuss und mitberatend im Wirtschaftsausschuss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeitsbedingungen, über die wir uns hier unterhalten, beziehen sich auf 79.000 Betriebe im Land mit rund 1 Million Beschäftigten, auf mindestens 44 Gesetze und Verordnungen, die einzubeziehen sind, auf die Pflicht, zu Einzelvorgängen schriftliche Aufzeichnungen zu machen, Dokumentationen und Statistiken. Dies alles machen weniger als 80 Mitarbeiter bei der Arbeitsschutzbehörde und elf im Referat des Ministeriums. Nicht einmal alle Stellen konnten besetzt werden, einfach wegen des Fachkräftemangels. - Ich muss sagen, was uns hier vorgelegt worden ist, ist trotzdem nicht nur sehr informativ, sondern qualitativ sehr detailliert und mit genauen Statistiken untermauert. Deshalb möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und dem Minister dafür danken.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es sind auch klare Aussagen enthalten. Ich zitiere - Frau Präsidentin -:

„In den Jahren 2016 und 2017 wurden in Schleswig-Holstein 716 Fälle angezeigt, in denen der Verdacht auf eine berufsbedingte Krebserkrankung besteht. Außerdem wurde in diesem Zeitraum in 312 Fällen anerkannt, dass eine berufsbedingte Krebserkrankung vorliegt. Diese verlaufen oft tödlich.“

Krebs ist nicht heilbar, nur aufschiebbar und aufhaltbar. Wir müssen doch alles dafür tun - es wird auch einiges dafür getan, wie in dem Bericht zu lesen ist -, dass informiert wird, dass diesen Dingen nachgegangen wird, um hier stärker Abhilfe zu schaffen.

Wir haben eine Reihe von Gesundheitsrisiken, die in dem Bericht aufgeführt worden sind. Ich nenne die lärmbedingten Erkrankungen, Schäden an der Lunge und Hauterkrankungen. Dies alles sind ganz

(Werner Kalinka)

wichtige Punkte, um die wir uns weiter zu kümmern haben.

Sehr positiv - das wird in dem Bericht deutlich -, ist, dass das Ministerium und die Behörden entsprechende Schwerpunkte setzen. Sie setzen diese bei den Krebserkrankungen, sie setzen diese übrigens auch bei den Biogasanlagen, von denen wir 560 im Land haben. Bei diesen besteht ein erhöhtes Risiko - von einem üblichen Verstoß ist die Rede - von Explosionen, und deshalb ist Explosionsschutz nötig.

Die Fleischindustrie wurde genannt. Sie ist Thema im Sozialausschuss. Derzeit läuft eine schriftliche Anhörung. Es ist in der Tat ein Gebot der Fairness gegenüber den Betrieben, die die Vorschriften einhalten, dass Verstöße sanktioniert werden und dass entsprechende Unterbringungsprobleme angesprochen werden. Der Minister hat dazu ausgeführt, dass auf der Konferenz in Rostock darüber gesprochen worden ist und ein gutes Einvernehmen mit Nordrhein-Westfalen besteht. Dort wurde bereits eine Reihe von Schlachthöfen sehr konzentriert und mit entsprechenden Ergebnissen durchsucht.

Zu den weiteren Antworten möchte ich nur stichwortartig einige Punkte nennen. Wir haben immerhin 18 Verstöße gegen den Mutterschutz festzustellen. Ich finde, das ist eine ganze Menge.

Wir haben immerhin festgehalten, dass wir in der Leitbranche Bau, Steine, Erden nach wie vor viele Unfallstellen auf den Baustellen haben. Auch das ist notwendig festzustellen.

Die Zahl der Arbeitsschutzverstöße hält sich bei den kontrollierten Bereichen mit sechs im Jahr 2018 vergleichsweise in Grenzen. Man muss natürlich wissen: Es ist nur ein Ausschnitt und keine vollständige Wiedergabe.

Die Landesregierung gibt den Bericht, ist aber nicht für alles verantwortlich, denn Arbeits- und Gesundheitsschutz ist etwas, wo der Bund Verantwortung trägt, wo länderübergreifend gearbeitet wird, wo ein einheitliches Vorgehen von Bund und Ländern notwendig ist, wo Kassen betroffen sind, wo Unfallversicherungsträger betroffen sind. Die Frage, die wir uns sicherlich gemeinsam stellen, ist: Müssen wir immer mehr Arbeitsverdichtung haben? Müssen wir immer mehr Druck haben? Sind dies Themen, über die wir künftig einen stärkeren Austausch machen sollten?

Sehr positiv ist die Bewertung der 1.200 Landesdienststellen. Hier gibt es keine erkennbaren Probleme. Wir haben präventives, wir haben strukturelles Vorgehen in den Kitas, in den Schulen, in den

Hochschulen, beim UKSH. Bei der arbeits- und betriebsmedizinischen Schwerpunktsetzung, der Ausbildung und Weiterbildung der Ärzte werden Schwerpunkte gesetzt. Wir geben in Schleswig-Holstein immerhin 4,6 Millionen € für den öffentlichen Bereich aus. Das entspricht einem Durchschnittswert von 104 € pro Beschäftigten. Auch dies ist ein Beitrag zur Zufriedenheit im öffentlichen Dienst.

(Zuruf)

- Das ist meine Meinung. Ich finde schon, dass das gut ist. Ich weiß nicht, was man dagegen haben kann.

(Beifall CDU und FDP)

Eine wirklich gute Grundlage für die Arbeit, die weiter zu machen ist. Ich sage noch einmal für die Ausführlichkeit, für die Detailliertheit, für die Statistiken, für die Zahlen, die, soweit es irgendwie möglich war, erarbeitet wurden, herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth das Wort.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich dem einleitenden und abschließenden Dank meiner Vorredner anschließen gerade mit Blick auf den Umfang der Beantwortung nicht nur der einzelnen Fragen, sondern auch in den Anlagen. Da ist richtig viel Material zusammengekommen. Ich weiß, dass es kein Pappenstiel ist, so etwas zu erarbeiten. Vielen Dank dafür.

In der Tat wird als einer der markantesten Punkte vorab deutlich: Natürlich kann man immer mehr Ressourcen brauchen. Das ist nicht nur beim staatlichen Arbeitsschutz so. Wir haben viele Stellen im Land, im Bund, bei den Kommunen, wo wir mehr Personal brauchen. Deutlich wird aber auch, dass mit der aktuellen Personalausstattung schon gute Arbeit geleistet wird. Das ist relevant, denn Erwerbstätige verbringen nun einmal den Großteil ihres Tages bei der Arbeit und mit ihrer Arbeit. Wenn es dort grundsätzlich zur Gefährdung ihrer Gesundheit kommt, ist das ganze Leben davon berührt, eben auch das private Leben. Insofern kommt der Sicherung guter Arbeitsbedingungen und des Ge-

(Joschka Knuth)

sundheitsschutzes am Arbeitsplatz eine besondere Bedeutung zu.

Es ist richtig, dass wir uns auch hier im Landtag einmal damit befassen, vor allem da wir in den letzten Jahren beim staatlichen Gesundheitsschutz und beim staatlichen Arbeitsschutz schon relevante Fortschritte erreicht haben. Ja, wir haben auch neue Herausforderungen, denen wir begegnen müssen und denen wir auch begegnen. Wir können jedoch glücklicherweise auch sagen, dass wir seit einigen Jahren über Legislaturperiodengrenzen hinweg - das hebe ich explizit hervor - bei Bedarf und aufgrund der gestiegenen Bedarfe Personal aufstocken, eben um den neuen Herausforderungen zu begegnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die neuen Herausforderungen, mit denen wir es zu tun haben, sind vielfältig. Wir haben es gehört. Es sind neue Technologien, neue Industrie- und Produktionszweige auch in Schleswig-Holstein, die dazu beitragen. Aber auch durch den Wandel auf dem Arbeitsmarkt entstehen zunehmend Beschäftigungsverhältnisse außerhalb des klassischen Geltungsbereiches des Arbeitsschutzgesetzes. Schauen wir uns beispielsweise die Beispiele von Soloselbstständigen oder im Rahmen von Arbeit 4.0 oder diffuse Situationen auf dem Bau an. Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen.

Mit dem Strategiepapier zum Arbeitsschutz 4.0 sowie der Erarbeitung von konkreten Maßnahmevorschlägen für die Weiterentwicklung des Arbeitsschutzes werden schon jetzt Wege und Ideen zur Lösung künftiger Herausforderungen erarbeitet. Das ist eine relevante Note, die wir in der weiteren Beratung berücksichtigen müssen.

Zu den Herausforderungen gehören aber auch Veränderungen in der Gesellschaft im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel und dem gesetzlich vorgeschriebenen steigenden Renteneintrittsalter. Das stellt auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber immer wieder vor neue Herausforderungen. Diesen neuen Herausforderungen begegnet das Land. Wir haben es vorhin gesagt: Wir haben in den letzten Jahren aufgestockt; 1,56 Millionen €zusätzlich beziehungsweise seit 2016 sogar 1,8 Millionen €zusätzlich.

Ja, die Personalausstattung reicht damit zumindest für den Vollzug der rechtlichen Aufgaben im Moment aus. Das sagt die Beantwortung der Großen Anfrage ganz deutlich. Das ist erst einmal auch zufriedenstellend. Eine Behörde, deren zentrale Aufgabe es ist, die Einhaltung von Vorschriften zu kon-

trollieren, ist bei der Erledigung dieser Aufgabe schon zufriedenstellend, wenn sie dieser Aufgabe nachkommen kann. Das ist gut und zu begrüßen.

Wir brauchen an die StAUK nicht die Erwartungshaltung haben, teure Regularien und Vorschriften zu gestalten. Auf der Landesebene haben wir das MSGJFS, aber auch das MWVATT, die dieser Aufgabe nachkommen.

Den zuständigen Behörden gelingt es auch - das hebe ich hervor -, mit der aktuellen Personalausstattung Schwerpunktkampagnen zu fahren. Das ist besonders wichtig. Ich habe vorhin das Beispiel Unterkünfte und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in der Fleischwirtschaft gehört. Das ist ein gutes Beispiel, um zu zeigen, wie trotz enger Personalausstattung eine Schwerpunktsetzung erfolgen kann. Wir haben in der Vergangenheit große Probleme gehabt. Die Unternehmen versuchen weiter, sich den Behörden zu entziehen. Das ist ein Punkt, bei dem es richtig ist, den Finger weiter in die Wunde zu legen. Es spricht doch für gutes behördliches Tätigsein, wenn genau diese aktuellen Probleme im Bereich des Arbeitsschutzes auch in Form von Schwerpunktkampagnen immer wieder aufgegriffen werden.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Professor Dr. Dunckel?

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gerne.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]: Herr Kollege, ich hätte gern eine Erläuterung. Sie sagen, im Prinzip sei es zufriedenstellend. Ich frage Sie: Wenn im Jahr 2018 nur 1,75 % der Betriebe besichtigt werden konnten, wenn offensichtlich zwei Drittel bis drei Viertel der Betriebe ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommen - sie machen keine Gefährdungsbeurteilung; das steht in dem Bericht -, wie können Sie dann von „zufriedenstellend“ reden?

- Ich rede nicht davon, dass es zufriedenstellend ist, wenn die Betriebe ihrer Verpflichtung nicht nachkommen. Ich rede davon, dass es zufriedenstellend ist, wenn uns das Ministerium mitteilt, es könne seinen Aufgaben nachkommen. Dass mehr möglich wäre und mich und wahrscheinlich uns alle noch zufriedener machen würde, habe ich einleitend gesagt. Da bin ich wahrscheinlich ganz bei Ihnen.

(Joschka Knuth)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich habe über die Schwerpunktkampagnen gesprochen. Gleiches gilt für die schon erwähnte Arbeit zur psychischen Gesundheit, die wir meiner Meinung nach immer stärker in den Fokus rücken müssen. Sie ist wichtig, weil die Bedeutung psychischer Gesundheit in der Arbeitswelt zunimmt und schon heute die zweithäufigste Ursache für Krankheitstage ist.

Mit Blick auf die Zukunft ist wichtig hervorzuheben, dass in der Beantwortung der Großen Anfrage deutlich wird, wie wichtig präventiver Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist. Das ist eigentlich das A und O. Ich freue mich darauf, dass wir in den Ausschüssen weiterberaten, welche konkreten Maßnahmen gegebenenfalls noch dazu beitragen können, noch besser zu werden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich für die Beantwortung der Großen Anfrage zum Arbeits- und Gesundheitsschutz beim Sozialministerium bedanken. Haben Sie vielen Dank für diese sehr spannende und umfangreiche Lektüre, die sicherlich im Ministerium und von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr viel Arbeitszeit erfordert hat.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte zum Thema Arbeitnehmerschutz in Deutschland einen kleinen historischen Exkurs machen. Er hat seinen historischen Ursprung mit dem Aufkommen der industriellen Revolution und der bismarckischen Sozialgesetzgebung. Bereits 1883 verabschiedete der Reichstag das „Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter“. Erstmals wurden Krankengeld, ärztliche Behandlung und Kosten für Krankenhausbehandlung geregelt. Im Folgejahr folgte die Verabschiedung des Unfallversicherungsgesetzes, und 1891 wurde das erste Arbeitsschutzgesetz - das auch so genannt wurde - verabschiedet. Hierin stand unter anderem das Ver-

bot der Sonntagsarbeit; es wurde aber auch Kinderarbeit in den Fabriken abgeschafft.

Das alles waren damals revolutionäre Schritte im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Deutschland. Revolutionäre Schritte brauchen allerdings auch Evolution, sprich, es muss regelmäßig angepasst werden. Auch heute noch muss es weiterentwickelt werden, um den ständigen Anforderungen innerhalb des Arbeitslebens Rechnung zu tragen.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP] und Kay Richert [FDP])

Der Arbeitsschutz hat sich mit der Zeit gewandelt. Vor 30 Jahren haben noch wenige von Lärmschutz oder psychischem Stress am Arbeitsplatz gesprochen, geschweige denn von Chancen und Risiken der Digitalisierung. Das sind alles neue Anforderungen, die wir im Berufsleben haben und die natürlich zu neuen Regelungen im Arbeits- und Gesundheitsschutz führen müssen.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

Unser Ziel muss dabei immer sein, einen schonenden Interessenausgleich zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern zu schaffen. Schließlich sorgt ein hoher Gesundheitsschutz für Mitarbeiterzufriedenheit und auch für reibungsfreie Betriebsabläufe. Das bedeutet, dass man immer wieder deutlich machen muss: Es ist für alle Seiten gut, hohe Arbeits- und Gesundheitsschutzanforderungen in den Betrieben umzusetzen.

Die hier ständig zu überwachenden Arbeitsschutznormen, welche von der staatlichen Arbeitsschutzbehörde bei der Unfallkasse, StAUK, durchgeführt werden, sind sehr umfangreich. Das wurde schon erwähnt. Es gibt mehrere Gesetze, die das Arbeitsschutzgesetz betreffen. Das geht vom Sprengstoffgesetz über 35 weitere Verordnungen und viele allgemeine Verwaltungsvorschriften, deren Einhaltung zu kontrollieren sind. Das führt zu einer ungeheuren Komplexität, und diese hohe Komplexität bringt natürlich hohe fachliche Anforderungen an diejenigen mit sich, die kontrollieren müssen.

Hier kommen wir zum Fachkräftemangel. Ich glaube, er wurde von Herrn Kalinka schon erwähnt. Es ist hier und da schwierig, schnell gutes Personal zu bekommen. Aber das Land ist schnell dabei, den Bedarf entsprechend zu decken. Die Vollzeitstellen wurden in den letzten Jahren aufgestockt und finanziert. Das ist sehr gut. Derzeit haben wir bei der Arbeitsschutzbehörde das Äquivalent von gut 76 Vollzeitstellen der Beschäftigten, die hier tätig sind.

(Dennys Bornhöft)

Die Regierungsantwort belegt eindeutig, dass der Gesundheits- und Arbeitsschutz seine ihm übertragenen Aufgaben voll wahrnehmen kann. Für die Wahrnehmung dieser wichtigen Arbeit und der Kontrollen hier im Land möchte ich mich an dieser Stelle nicht nur beim Ministerium, sondern auch bei der StAUK ganz herzlich bedanken.

Für mich als gesundheits- und sozialpolitischen Sprecher meiner Fraktion war die fachliche Stellungnahme zu den bekannt gewordenen Geschehnissen rund um die in unserem Land Großschlachtereien von besonderer Bedeutung. Die hier bekannt gewordenen Verstöße gegen Arbeitnehmerrechte waren schier unglaublich. Dies untermauert, wie wichtig Kontrollen hier sind. Das gilt vor allem für jene Branchen, die ihre Arbeitnehmer schwerpunktmäßig aus dem Ausland beziehen. Diese kennen seltener ihre Arbeitnehmerrechte, weshalb die Materialien der Aufklärungskampagne des Sozialministeriums „Arbeiten und Wohnen in Deutschland: Anforderungen an ihre Unterkunft“ nicht nur auf Deutsch und Englisch, sondern auch auf Rumänisch, Polnisch und Bulgarisch zur Verfügung gestellt werden, damit die Leute, die nach Deutschland kommen, wissen, was in Deutschland Recht und Gesetz ist.

Die Regelungen des Arbeitsschutzes müssen zum Wohle der Arbeitnehmer, aber auch zum Wohle der seriösen Arbeitgeber kontrolliert und durchgesetzt werden. Die Konkurrenzfähigkeit des Marktes und seiner Mitglieder darf nicht von einzelnen Marktteilnehmern unterlaufen werden. Ein jedes Unternehmen muss sich an Recht und Gesetz halten. Es gilt, schwarze Schafe konsequent zu entlarven.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um es ganz deutlich zu sagen: Wer es als Geschäftsmodell ansieht, Arbeitskräfte entgegen jeglicher arbeitsrechtlicher Vorschriften finanziell wie auch körperlich auszunutzen und auszubeuten, hat in unserer sozialen Marktwirtschaft keinerlei Platz.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hierfür treten wir als Politik ein.

Ich bedanke mich noch einmal ganz herzlich für diesen Bericht. Wir werden sicherlich in den Ausschüssen weiter darüber sprechen.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Für den Arbeits- und Gesundheitsschutz ihrer Beschäftigten sind in erster Linie die Unternehmen zuständig und auch verantwortlich. Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit sind wichtige Voraussetzungen für die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Sie sind damit ein Wirtschaftsfaktor und ein Garant für Wettbewerbsfähigkeit. Die Schaffung und Überwachung gesundheitsförderlicher Arbeitsbedingungen ist aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Bedeutung wir nicht hoch genug einschätzen können, denn negative Folgen spüren wir alle, und wir alle tragen die Lasten dann auch mit.

Schleswig-Holstein setzt sich unter anderem zusammen mit anderen Ländern, dem Bund und den Unfallversicherungsträgern im Rahmen der gemeinsamen deutschen Arbeitsschutzstrategie dafür ein, dass Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz nachhaltig gestärkt werden. Dies sind die positiven Aspekte, die sich aus der Antwort der Landesregierung ergeben. Auch ich möchte an dieser Stelle meinen ausdrücklichen Dank für die ausführliche Beantwortung dieser Großen Anfrage aussprechen.

Wie sich aus dieser Antwort allerdings auch ergibt, gibt es bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben zum Gesundheits- und Arbeitsschutz in Schleswig-Holstein eine Vielzahl von Defiziten. Eines davon ist ein alt bekanntes, das klang hier bereits an. Es ist das Vollzugsdefizit. Dem Staat mangelt es schlicht an Personal zur Umsetzung der staatlichen Arbeitsschutzaufgaben. Das Land steht hier im Wettbewerb um Experten für Arbeitsschutz, beispielsweise gut ausgebildeten Ingenieuren, nicht nur in Konkurrenz zur freien Wirtschaft, sondern auch zu anderen Bundesländern.

Wie sich aus der Antwort ergibt, kann das Land bei der Vergütung mit der freien Wirtschaft, aber auch mit der anderer Bundesländer nicht mithalten. Freie Stellen bleiben unbesetzt, Aufgaben können nicht wahrgenommen werden. Es sind jährlich etwa 11.000 Anfragen, Anzeigen und Mängelmeldungen sowie 2.750 Unfallmeldungen, die nicht hinreichend abgearbeitet werden können, weil das Personal dafür zu knapp ist. Die tarifliche Eingruppierung der ausgeschriebenen Stellen bedarf einer

(Claus Schaffer)

Neubewertung und einer Anhebung, meine Damen und Herren. Dann kann es gelingen, das erforderliche Personal für diesen Bereich auch zu bekommen.

Aus der Antwort der Landesregierung ist zudem anschaulich, dass zu bestehenden Problemen neue hinzutreten. So stehen zum Beispiel Muskel- und Skelettschäden bei Arbeitnehmern nach wie vor mit an der Spitze der Erkrankungen. Hinzu kommen jetzt psychische Erkrankungen, die eine immer größer werdende Rolle spielen. In der Bauwirtschaft spielen Erkrankungen durch Schadstoffe und Lärm nach wie vor eine große Rolle. Neu hinzugekommen sind jetzt Erkrankungen etwa durch UV-Strahlungen, die vermehrt zum Auftreten von Hautkrebs führen. Die Krebsprävention am Arbeitsplatz ist auch einer der drei selbst gewählten Schwerpunkte der staatlichen Arbeitsschutzbehörde. Daneben wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die Explosionsgefahr bei Biogasanlagen gelegt, und die Arbeitsbedingungen bei der Fleischwirtschaft wurden besonders in den Fokus genommen. Wir hörten das bereits.

Aus der Antwort der Landesregierung ergibt sich, dass es immer mehr Beschäftigungsverhältnisse gibt, die nicht in den Anwendungsbereich der Arbeits- und Gesundheitsschutzgesetze fallen oder bei denen die Überwachung von Arbeitsschutzbestimmungen nur sehr schwer möglich ist. Wir reden mal wieder über Subunternehmer oder Subsubunternehmer oder schlicht die zunehmende Anzahl der Beschäftigten, die auf der Basis von Werkverträgen tätig sind. Hier ist es mal wieder die Fleischwirtschaft, die zu nennen ist: 20 % Stammebelegschaft stehen 80 % Inhaber von Werkverträgen und Leiharbeiter bei den Branchenriesen gegenüber. Das ist keine Seltenheit.

Vergleichbare Missstände sind aber auch in anderen Branchen zu finden, bei Hotelbetrieben, Gebäudereinigung, Vergnügungsparks, Bauunternehmen, Paket- und Kurierdiensten oder auch Speditionen. Eine Feststellung der Landesregierung in der Antwort auf die Große Anfrage zu diesem Thema teilen auch wir: Bestehende gesetzliche Lücken müssen identifiziert und geschlossen werden. Die Beschäftigten in diesen Branchen dürfen nicht länger alleingelassen werden. Gesetze wie das Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft, das GSA Fleisch, und andere vergleichbare Regelungen wie die Nachunternehmerhaftung im Baugewerbe oder die neu eingeführte Nachunternehmerhaftung für die Kurier-, Express- und Paketbranche müssen nachgebessert werden, und es muss

nachgeschärft werden, wo diese Lücken erkennbar sind.

Meine Damen und Herren, gesetzliche Vorschriften müssen kontrolliert und durchgesetzt werden. Das Vollzugsdefizit muss hier behoben werden. Sonst kommen wir da nicht ran. Sonst werden wir die Kontrolldichte nicht erhöhen können. Eine gegenwärtig bestehende Kontrolldichte von nicht einmal 2 % ist definitiv nicht ausreichend. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Vorab einen herzlichen Dank für die guten und umfassenden Fragen. Die Kontrolle von Strukturen ist schließlich eine der vornehmsten Aufgaben der Opposition; vor allem, wenn sie dabei so manches Defizit im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zutage fördern. Selbstverständlich von meiner Seite auch ein Dank an die Mitarbeiter im Ministerium für die sehr ausführliche Beantwortung.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir war vorab nicht bewusst, dass 76 Vollzeitäquivalente über 79.000 Betriebsstätten in Schleswig-Holstein kontrollieren sollen. Ich wusste auch nicht, dass nur drei Standorte dafür zuständig sind - übrigens kein einziger im Landesteil Schleswig. Das beinhaltet, dass die Fahrten einen unheimlichen Aufwand mit sich bringen. Das ist bestimmt nicht unerheblich.

Tatsächlich wurden 1.389 Betriebsstätten besucht, was über den Daumen gepeilt nicht einmal 2 % aller Betriebsstätten im Land ausmacht. Bei 98 % der Betriebe würden Verstöße also gar nicht auffallen. Das muss nicht zwangsläufig bedeuten, dass in diesen Betrieben schlechte Arbeitsbedingungen herrschen, ganz und gar nicht, aber das bedeutet eben auch nicht, dass alle gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden.

Die Antworten zeigen also: Die Kontrolle aller Vorschriften erfolgt nicht flächendeckend. Das müssen die Beschäftigten dann zum Teil mit ihrer Gesundheit bezahlen. Eigentlich sollte kein Beschäftigter

(Flemming Meyer)

durch die Arbeit an einer Maschine schwerhörig werden, kein einziger.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Gehörschutz- und Schallschutzmaßnahmen sollten heute technischer Standard sein. Zwischen 2013 und 2017 wurde aber 1.123-mal die Berufskrankheit Lärmschwerhörigkeit anerkannt. Das ist ein unglaublicher Missstand; denn Schwerhörigkeit kommt nicht kurzfristig zustande, sondern ist das Ergebnis jahrelanger Verletzung gesetzlicher Vorschriften beziehungsweise unzureichender Kontrolle.

Neben den gesetzlichen Aufgaben gibt es aber auch Bereiche, die gesetzliche Lücken aufweisen. Konkret nennt der Sozialminister in diesem Zusammenhang die zunehmende Verbreitung von Werksverträgen mit Subsubunternehmen. Dort erkennt die staatliche Arbeitsschutzbehörde zwar Missstände; zu deren Beseitigung fehlt aber die gesetzliche Handhabe. Das betrifft vor allem die Schlachthöfe. Die Unterbringung der Beschäftigten aus Polen, Rumänien und Bulgarien war bei allen Großschlachtereien in Schleswig-Holstein skandalös. Die Arbeiter wohnen in großen Wohngemeinschaften ohne Privatsphäre oder Mindeststandards für Bad und WC. So lobenswert die Bemühungen der Landesregierung in diesem Bereich auch sind - ich möchte mich ausdrücklich bei dem Minister für seinen Einsatz bedanken -,

(Beifall SSW und SPD)

haben wir aber noch einen langen Weg vor uns.

Bislang wurde noch kein einziger Verantwortlicher für Mietwucher zur Rechenschaft gezogen, weil es keine gesetzliche Handhabe gibt. Die unhaltbaren Zustände sind hier inzwischen durch andere Schlagzeilen ein wenig ins Hintertreffen geraten. Aber die Antwort auf die Große Anfrage bringt noch einmal die bisherige Hilflosigkeit des Staates gegenüber skrupellosen Unternehmen auf den Punkt.

Auf dem Bau haben die Zustände dazu geführt, dass die Staatliche Arbeitsschutzbehörde wieder selbst die Kontrolle durchführt und diese nicht allein der Berufsgenossenschaft überlässt. Ein ähnlicher Systemwechsel oder alternative Maßnahmen sind allerdings in den Schlachthöfen noch nicht zu erkennen. Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf. Ich erwarte einen Einsatz, damit sich die Wohnungssituation der Schlachthofmitarbeiter spürbar verbessert.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Da reichen dann eben keine Teilnahme nur an Arbeitsgruppen oder die Verteilung von Flugblättern, sondern hier müssen der Arbeitsschutz und der Gesundheitsschutz noch eine Schippe drauflegen.

Gerade dort, wo Gewerkschaften und Berufsgenossenschaften nicht zum Zuge kommen, ist die Arbeitsschutzbehörde oftmals die einzige wirksame Kontrolle und dementsprechend von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Beschäftigten. Ihre Kapazitäten sollten dementsprechend ausgebaut werden. Leider ist dies aber noch nicht der Fall. - Jo tak.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Auch auf die Gefahr, dass ich mich jetzt hier kurz vor der Mittagspause ein bisschen unbeliebt mache,

(Zuruf: In der Tat! - Heiterkeit)

möchte ich gerne noch auf ein Thema hinweisen.

Ich muss gestehen: Ich bin bass erstaunt, ich bin eigentlich ein bisschen schockiert darüber, dass der Minister heute, während gestern Tarifverhandlungen gescheitert sind, über die Bedingungen für das Pflegepersonal im UKSH kein einziges Wort verloren hat. Ich finde das, gelinde gesagt, ignorant und nicht angemessen. - Das ist die aktuelle Situation.

Wenn ich mir dann die Antworten auf die Fragen anucke, zum Beispiel auf die Frage 68 zum UKSH, dann scheint dort ja alles gut zu sein. Da frage ich mich: Warum wird denn da überhaupt gestreikt? Aktuell geht es dieses Mal doch auch gar nicht um Geld. Die einzige Forderung, die das dortige Personal hat, ist die Forderung nach Entlastung. Das ist zu Recht die Forderung des Personals.

Wir haben die Situation, dass sich auch im UKSH die Arbeit zunehmend verdichtet. Auch durch die räumliche Veränderung haben sich Schwierigkeiten ergeben. Schrittzähler haben ergeben, dass in einer Schicht bis zu 13.000 Schritte gelaufen werden. Und was geht aus der Antwort hierzu hervor? - Daraus geht hervor, dass es wenig bis gar keinen Handlungsbedarf gebe. Ganz ehrlich: Das passt überhaupt nicht zu der Situation, die die Pflegekräf-

(Birte Pauls)

te im UKSH im Augenblick erleben; insoweit nehme ich auch die Mediziner gern dazu.

Es wäre schön, die Kleine Anfrage mit Blick auf die aktuelle Situation zu aktualisieren.

Den Kolleginnen und Kollegen im UKSH wünsche ich nicht für den Streik, sondern für die Tarifverhandlungen alles Gute. Ich wünschte mir auch, dass der Minister dies ein bisschen mehr unterstützt. Die Vertreter des UKSH fordere ich natürlich dazu auf, auf die Pflegenden zuzugehen. - Danke schön.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Solch eine Polemik kann hier nicht unwidersprochen bleiben.

(Beifall CDU und FDP)

Ich weise diese Attacke auf den Minister entschieden zurück und besonders das Wort „ignorant“.

(Beifall CDU und FDP)

Es geht hier im Übrigen, Frau Kollegin, nicht um die Beantwortung einer Kleinen Anfrage, sondern einer Großen Anfrage. Deshalb ist die Beantwortung ja auch so ausführlich gemacht worden. In dieser Debatte geht es nun um die in dieser Großen Anfrage zu beantwortenden Fragestellungen. Das ist bisher in einer sehr sachlichen und angemessenen Form geschehen.

Wenn Sie nun partout das Thema UKSH hineinnehmen wollen, dann hätten Sie doch für diese Debatte einen Antrag stellen können; das wäre doch viel klüger gewesen.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Birte Pauls [SPD])

Das haben Sie eben halt nicht gemacht, Frau Kollegin Pauls.

(Beifall CDU und FDP)

Ich sage das auch einmal an die Adresse der Frau Kollegin Raudies. Wenn die Qualität Ihrer Argumente in einem gleichen Verhältnis zur Lautstärke stünde, wäre manches bei Ihnen auch besser.

(Heiterkeit und Beifall CDU und FDP - Zuruf Beate Raudies [SPD] - Zuruf: Das ist Stalking!)

- Ja, Sie können noch ein bisschen von mir lernen, nicht wahr?

(Heiterkeit CDU und FDP)

Um es aber kurz auf den Punkt zu bringen: Wenn wir über das UKSH diskutieren wollen, dann sollten Sie wissen: Wir sind dabei, auch dazu eine Gesprächsform im Sozialausschuss zu finden mit den Mitarbeitern, die bei uns waren. Das ist eine Sache, die woanders zu besprechen ist.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Es ist eine gute Aussage, dass wir doch in unseren Landeseinrichtungen keine wesentlichen Probleme, geschweige denn strukturelle Probleme haben. Das ist doch eine gute Aussage. Freuen Sie sich doch mit unseren Mitarbeitern darüber, dass die Situation so ist, wie sie ist.

(Beifall CDU und FDP)

Das hat im Übrigen - das wird Sie noch mehr zu-friedenstellen - nicht immer nur eine Regierung gemacht; Sie waren ja auch gelegentlich an der Regierung beteiligt. Wir sollten also wirklich versuchen, keine falschen Diskussionen über solche Themen zu führen.

(Wortmeldung Dr. Heiner Dunckel [SPD])

Und jetzt höre ich ganz zu.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, jetzt stelle ich Ihnen die Frage, ob Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Professor Dr. Dunckel zulassen.

Werner Kalinka [CDU]:

Ja, gerne.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]: Gestatten Sie mir nur einen kleinen Hinweis. Ich will das gar nicht im Detail bewerten. Aber das UKSH ist explizit Thema der Großen Anfrage. Darauf hat sich meine Kollegin bezogen. Das ist also kein gesonderter Punkt, sondern wir haben explizit gefragt: Wie ist der Stand des Arbeits- und Gesundheitsschutzes im UKSH? Das ist beantwortet worden. Insofern bezieht sich das explizit auf die Große Anfrage.

- Ja, selbstverständlich. Deshalb sind wir ja auch darauf eingegangen. Aber die tarifvertragliche Situation ist nicht Gegenstand der Großen Anfrage.

(Werner Kalinka)

(Martin Habersaat [SPD]: Aber darum geht es doch!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Ich glaube, das war es jetzt schon; da kommt nicht mehr. - Gut. Dann wünsche ich guten Appetit.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Aber vorher, meine sehr verehrten Damen und Herren, stellen wir noch miteinander fest, dass weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, weshalb ich die Beratung jetzt schließe.

Es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage, Drucksache 19/1756, dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen.

(Martin Habersaat [SPD]: Und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen!)

- Mitberatend soll das außerdem dem Wirtschaftsausschuss überwiesen werden. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr und wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause.

(Unterbrechung: 13:20 bis 15:04 Uhr)

Meine Damen und Herren, wir wollen fortfahren. - Die Abgeordnete Kerstin Metzner hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Nachmittagssitzung verhindert ist.

Ich bitte um Aufmerksamkeit; denn wir wollen jetzt gemeinsam auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schüler und Schülerinnen des Gymnasiums Altenholz begrüßen. - Schön, dass Sie da sind!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Maßnahmen für mehr Friesischunterricht

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1894

(Ministerin Karin Prien unterhält sich)

- Ich bitte auch auf der rechten Seite um Aufmerksamkeit.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in der Vergangenheit große Fortschritte in der Minderheitenpolitik gemacht. Aber in einem Bereich müssen wir feststellen, dass wir keine Erfolgsgeschichte vorweisen können; das ist der Friesischunterricht. Den Höchststand, was die Anzahl der Friesischschülerinnen und -schüler angeht, hatten wir im Schuljahr 2005/2006 mit 1.455 Schülerinnen und Schülern verzeichnet. In den letzten Jahren pendelte sich die Zahl bei rund 850 Schülerinnen und Schülern ein. Das ist das Niveau, das wir Mitte bis Ende der 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts hatten. Wir können also feststellen, dass sich zwischenzeitlich ein wenig bewegt hatte, aber jüngst der Unterricht wieder eingebrochen ist. Bisher ist keine Besserung in Sicht.

Nun geht es uns nicht darum, irgendjemandem die Schuld dafür zuzuweisen. Vielmehr muss es jetzt darum gehen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Situation wieder zu verbessern und zu verstetigen.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, wir müssen erstens das Studium in diesem Bereich attraktiver machen, zweitens sicherstellen, dass modernes Unterrichtsmaterial zur Verfügung steht, und drittens, dass der Friesischunterricht tatsächlich an den Schulen implementiert wird. Genau hier setzt unser Antrag an.

Der Zertifikatskurs Friesisch an der Universität Flensburg lohnt sich nur, wenn man auch entsprechende Punkte für diesen Teil des Studiums erhält. Für den erfolgreichen Abschluss der DaZ-Ausbildung erhält ein Student zusätzlich 25 Punkte. Für Friesisch gibt es nichts, obwohl der Aufwand und das Niveau durchaus vergleichbar sind. Deshalb müssen nach unserer Auffassung Friesisch-Studenten genau so viele Punkte bekommen wie Studenten, die beispielsweise die DaZ-Ausbildung abgeschlossen haben.

Auch bei der Erarbeitung und Herstellung von Lehrmaterialien gibt es erhebliche Probleme. Die Landesfachberater sind nicht für die Erarbeitung

(Lars Harms)

von Lehrmaterialien zuständig. Das derzeitige Lehrbuch für die 1. und die 2. Klasse ist von Lehrern in ihrer Freizeit erarbeitet worden. Man stelle sich dies einmal für den Englisch- oder den Französischunterricht vor! Bei anderen Sprachfächern wird die Erarbeitung von Material über die Schulbuchverlage abgewickelt. So etwas gibt es für das Friesische nicht. Das gerade angesprochene Lehrbuch wurde hauptsächlich mit Mitteln der Bürgerstiftung Risum-Lindholm und der Ferring Stiftung ermöglicht.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch das stelle man sich einmal für andere Unterrichtsfächer vor. Wenn man Mathebücher privat finanzieren müsste, wäre der Aufschrei zu Recht riesengroß.

Deshalb muss das Land für die entsprechenden Rahmenbedingungen sorgen. Lehrmaterial muss erarbeitet werden. Für dessen Erarbeitung müssen Abordnungsstunden zur Verfügung gestellt werden. Es müssen Personen oder Institutionen benannt werden, die für die Erarbeitung zuständig sind. Die Finanzierung dieses Materials muss über den Landeshaushalt gewährleistet werden. All das gibt es derzeit nicht. Deshalb muss hier schnell etwas geschehen.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch bei den Schulen selbst müssen wir ansetzen. Mit reiner Freiwilligkeit werden wir hier nichts. Es muss schon ein bisschen mehr sein. Lehrer müssen während des Studiums einen sicheren Referendariatsplatz angeboten bekommen. Nach Abschluss ihres Studiums brauchen sie eine Jobgarantie - wie bei den Sorben - und eine entsprechende Planstelle in Nordfriesland oder auf Helgoland.

Wie bei den Lehrern, die eine Prämie bekommen, damit sie an Schulen im ländlichen Raum unterrichten, muss es auch eine entsprechende Gehaltszulage für die Friesischlehrer geben. Erst dann ist der Beruf des Friesischlehrers wirklich attraktiv.

Nur wenn wir wirkliche Modellschulen für Friesisch einrichten, haben wir eine Chance, dass sich hier etwas Nachhaltiges entwickeln kann. Deshalb muss an solchen Schulen Friesisch fester Bestandteil der Stundentafel in den Klassen 1 bis 6 werden. Friesisch muss als richtiges Fach unterrichtet werden. Ja, dazu gehört auch, dass für die Leistungen im Friesischunterricht reguläre Zeugniseinträge erfolgen; denn auch das erhöht den Stellenwert des

Friesischunterrichts und steigert die Motivation der Schülerinnen und Schüler.

Also, meine Damen und Herren, wir haben hier recht viel zu tun. Eine große, wichtige Aufgabe gilt es zu lösen. Wir haben Verantwortung für eine in Schleswig-Holstein beheimatete Minderheitensprache. Wenn wir nicht jetzt anpacken, sondern weitere zehn Jahre warten, dann werden wir einen weiteren Niedergang des Friesischunterrichts erleben. Wir brauchen feste, sichere Strukturen sowie sichere rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für den Friesischunterricht.

Deshalb bitte ich darum, dass wir darüber im Ausschuss in Ruhe beraten können. Ich bitte um Überweisung in den Bildungsausschuss und hoffe, dass wir dort zu vernünftigen Lösungen kommen können. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Birte Pauls [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von der Heide.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Bemerkenswert ist, dass die AfD in der gestrigen FördeRunde des Offenen Kanals, als es um dieses wichtige Thema ging, keine Zeit hatte. Das zeigt wieder einmal, welche Schwerpunkte sie bei bestimmten Themen setzt. Auch das wollte ich einmal angesprochen haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Zuruf Dr. Frank Brodehl [AfD])

Die nordfriesische Sprache gehört zur schleswig-holsteinischen Identität; ich glaube, das können wir hier festhalten. Gleiches gilt für Dänisch und - selbstverständlich - Hochdeutsch, aber auch für Niederdeutsch und Romanes. Das sind alles Teile unserer Heimat. Friesisch ist von der Westküste nicht wegzudenken.

Es wird geschätzt, dass auch heute noch etwa 10.000 Menschen im Kreis Nordfriesland die nordfriesische Sprache beherrschen. Nicht umsonst ist sie deshalb als Minderheitensprache geschützt. Als autochthone Sprache Schleswig-Holsteins trägt das Friesische ganz erheblich zur kulturellen Vielfalt

(Tobias von der Heide)

unseres Landes bei. Diese Vielfalt wollen wir auch für kommende Generationen bewahren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Mit der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen verpflichten wir uns dazu, Friesisch als Ausdruck unseres kulturellen Reichtums anzuerkennen, zu schützen, zu fördern und die Menschen zu ermuntern, diese Sprache zu nutzen. Im Bildungsbereich haben wir uns dazu verpflichtet, geeignete Formen und Mittel für das Lehren und Lernen der Minderheitensprache bereitzustellen.

Lieber Lars Harms, bei allem Respekt und der Richtigkeit bei vielen Themen finde ich, dass wir nicht alles schlechtreden müssen. Friesisch wird an Schulen beigebracht. Klar ist, auch da gibt es noch Luft nach oben. Aber es ist nicht nur alles schlecht.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele setzen sich dafür ein. Der SSW macht es heute zum Thema. Aber auch wir von der CDU haben auf dem vergangenen Parteitag im November über das Friesische diskutiert. Bestimmte Themen, die sich im Antrag wiederfinden, haben wir benannt. Wir haben über Friesisch als Schulfach in Klasse 5 und 6 diskutiert. In Nordfriesland - das wissen alle - hat sich der Kreistag mit diesem Thema beschäftigt. Unsere Bildungsministerin war zur Sommertour auch beim Friesenrat. Viele Themen, die sich im Antrag wiederfinden, hat sie aufgeschrieben. Sie kümmert sich darum, dass sie umgesetzt werden. Sie wird selbst noch dazu sprechen.

Ich will an dieser Stelle der Oppositionsarbeit des SSW, insbesondere des heimlichen Oppositionsführers Lars Harms, Respekt zollen, weil hier von der Opposition tatsächlich ein Thema gesetzt wird, um das sich die Regierung zwar kümmert, aber Sie versuchen, die Themen für sich einzunehmen. Im Grundsatz eint uns, glaube ich, dass wir vorankommen wollen. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Antrag, lieber SSW!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zu Ihrem Antrag will ich - wir wollen ihn auch im Ausschuss diskutieren - hier zumindest sagen: Ja, wir brauchen mehr Lehrer, die die friesische Sprache unterrichten können, wenn wir die Sprache langfristig erhalten wollen. Allerdings ist das Problem meist nicht, dass Lehrer den Weg im Landesdienst nicht finden. Ein entsprechender Lehrer fin-

det den Weg. Das Problem besteht darin, dass zu wenige Friesisch studieren und später lehren wollen. An diesem Punkt muss man eigentlich ansetzen.

Wir wollen mehr friesisches Unterrichtsmaterial. Darum wollen wir uns kümmern. Das Problem ist weniger die Freistellung - darüber kann man auch diskutieren -, sondern dass es viel zu wenig Menschen gibt, die friesisches Unterrichtsmaterial erstellen können. Verlage und bestimmte Institutionen - das ist vorhin angesprochen worden - sehen da keinen Markt. Deswegen kümmern sie sich nicht darum. Es muss eventuell um andere Modelle gehen als die, die im Antrag genannt sind. Darüber wollen wir am Ende auch im Bildungsausschuss diskutieren.

Reisen bildet. Das wissen wir alle im Landtag. Wir sind mit dem Europaausschuss in Südtirol gewesen. Dort haben wir das Ladinische Kulturinstitut besucht. Ladinisch ist eine Minderheitensprache. In Südtirol sind es eher Täler - weniger Inseln -, die zu diesen Sprachinseln führen. Es gibt aber ähnliche Themen wie die, die wir angehen sollten. Wir haben dort eine App kennengelernt, in der Kinder verschiedene Kinderlieder in unterschiedlichen Sprachen - auf Italienisch, auf Deutsch, auf Ladinisch - kennenlernen; denken Sie an das Lied „Bruder Jakob“, Sie können es sich vorstellen. Das Gleiche könnten wir vielleicht auch für Friesisch, Dänisch und andere Sprachen anbieten. Das sind, glaube ich, Ansätze, bei denen wir von anderen lernen können. Damit können wir über das hinaus, was schon angesprochen wurde, noch mehr tun, um Friesisch zu unterstützen.

In einer globalisierten Welt ist es wichtiger denn je, dass wir relativ kleine Sprachen wie das Friesische stärker unterstützen. Viele Sprachen sind heute bedroht. Ich will dem Friesischen Verein, dem Nordfriisk Instituut, aber auch der Ferring Stiftung - die wurde eben auch schon genannt - ausdrücklich für ihr Engagement danken; denn am Ende sind es solche Institutionen, die den Erhalt dieser Sprachen möglich machen. Das gehört auch in dieses Plenum.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Zum Schluss, meine Damen und Herren: Mit fünf rechtlich anerkannten Sprachen ist Schleswig-Holstein innerhalb des deutschsprachigen Raums in Europa die Region mit den meisten Sprachen. Das wissen die wenigsten. Diese Vielfalt prägt unser schönes Bundesland.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter!

Tobias von der Heide [CDU]:

Das soll auch in Zukunft so sein. In diesem Sinne: Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

Birte Pauls [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach Angaben des Nordfriesischen Instituts hat sich die Zahl der Menschen, die Nordfriesisch in einem seiner zahlreichen Dialekte sprechen, in den letzten 100 Jahren auf geschätzte 8.000 halbiert. Das bedeutet, dass der Verfassungsauftrag in Artikel 6, wonach die friesische Volksgruppe den Anspruch auf Schutz und Förderung hat, und in Artikel 12, wonach das Land den Friesischunterricht schützt und fördert, eine ständige Aufgabe ist und bleibt.

Wie in vielen anderen Bereichen erleben wir auch hier, dass der Schulunterricht an Bedeutung gewinnt, weil die Sprache immer häufiger in den Familien tagtäglich nicht mehr gesprochen wird beziehungsweise gar nicht gesprochen wird.

Auch deshalb haben wir von der Küstenkoalition den Handlungsplan Sprachenpolitik auf den Weg gebracht, der zum Ziel hat, eine durchgängige Verankerung der Regional- und Minderheitensprachen im gesamten Bildungsgang zu erreichen. Angehörige einer Sprechergruppe sollten im Laufe ihres Lebens jederzeit mit ihrer Sprache und Kultur in Kontakt bleiben. Ein geschlossener Bildungsgang ist deshalb unerlässliche Grundlage für den Fortbestand dieser Sprachen und damit des Friesischen. Unerlässlich ist er natürlich auch für den Fortbestand der Mehrsprachigkeit in Schleswig-Holstein, auf die wir mit Recht stolz sind.

Wir begrüßen es, dass der SSW an dieses Ziel anknüpft und mit seinem Antrag ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Förderung der friesischen Sprache im Unterricht schnürt. Viele der Ideen im Antrag des SSW sind gut und richtig. In jedem Schulfach ändern sich im Zuge der Digitalisierung die Unterrichtsmethoden und die Lehr- und Lern-

materialien. Das muss natürlich auch für den Friesischunterricht gelten.

Ich glaube, dass wir mit dem Nordfriesischen Institut im Zusammenwirken mit den beiden lehrerbildenden Universitäten ein Kompetenzzentrum haben, das zeitgemäße Lernmaterialien erarbeiten kann, auch wenn das möglicherweise kurzfristig nicht gleichzeitig für jeden Dialekt zu erreichen ist. Da verweise ich auch gern auf die App, die Tobias vielleicht noch auf seinem Handy hat; er hat sie sich damals heruntergeladen. Wer sich das vielleicht einmal anschauen möchte, kann sich an den Kollegen Tobias von der Heide wenden. Auch diese Idee ist bereits beim Friesischen Institut angekommen. Das weiß ich.

Die Idee der Modellschulen Friesisch geht in die richtige Richtung. Wir dürfen dabei aber eines nicht übersehen: Modellschulen scheitern, wenn sie gegen den Widerstand der Mehrzahl der Eltern eingerichtet werden. Es ist nun einmal leider so, dass viele Eltern den Wert von Friesischunterricht nicht sehen, vor allem wenn sie selbst und ihre Kinder nicht der friesischen Minderheit angehören. Da müssen wir, glaube ich, noch ganz viel Überzeugungsarbeit leisten. Da sind wir an eurer Seite.

Womit ich allerdings die größten Probleme habe - ich hoffe inständig, dass ich das missverstanden habe -, ist der Ansatz des SSW, die Minderheitensprache Friesisch in eine Konkurrenz zu DaZ zu setzen. Das finde ich eine fatale Verbindung, weil wir notwendige Leistungen für Geflüchtete und andere Migrantinnen und Migranten grundsätzlich nicht gegen soziale und kulturelle Leistungen für die einheimische Bevölkerung ausspielen sollten. Wie gesagt, ich hoffe, dass ich das missverstanden habe.

Die vom SSW geforderte bedingungslose Jobgarantie für Absolventen des Friesischen darf nach unserer Überzeugung nicht dazu führen, dass wir Qualitätsstandards übersehen beziehungsweise missachten.

Ich bin dem SSW für diesen Antrag dennoch sehr dankbar, weil er den Ansatz des Handlungsplans Sprachenpolitik aufgreift und weitergehende Vorschläge zur Umsetzung macht.

Der Schutz und die Förderung der Regional- und Minderheitensprachen sind für uns Verfassungsauftrag. Dazu haben wir uns auch mit der Unterzeichnung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen verpflichtet. Das wird uns demnächst im Europaausschuss beschäftigen. Es ist richtig, daran weiterzuarbeiten und die Förderung

(Birte Pauls)

der Sprache neuen Gegebenheiten wie der Digitalisierung anzupassen.

Der Antrag stellt eine gute Diskussionsgrundlage für unsere Beratungen dar. Ich beantrage deshalb, den Antrag federführend an den Bildungsausschuss und mitberatend an den Europaausschuss zu überweisen. Dann lassen Sie uns gemeinsam nach guten Wegen suchen, die friesische Sprache weiter zu sichern und dafür zu sorgen, dass möglichst viele Kinder diese Sprache lernen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank an die Kollegin und Kollegen vom SSW für diesen wunderschönen Antrag. Föl toonk! Dieses Mal werde ich nicht ganz so viel auf Friesisch sprechen, weil wir gemerkt haben, dass die Übertragung für den Stenografischen Dienst schwierig ist.

(Martin Habersaat [SPD]: Da sitzt Ole Schmidt, der kann das! - Weitere Zurufe)

Ich freue mich riesig über den Antrag. Wir haben neulich eine Sitzung mit dem Friesenrat gehabt, in der deutlich geworden ist, dass wir noch ordentlich etwas zu tun haben. Wir alle freuen uns hier im Landtag, loben uns dafür, dass wir in Schleswig-Holstein in der Minderheitenpolitik vorbildlich sind, und halten fraktionsübergreifend, parteiübergreifend immer schöne Reden. Auch ich war immer der Meinung, dass eigentlich alles ganz gut läuft.

Dann habe ich einmal verglichen, was die Antwort auf meine Kleine Anfrage aus der vorletzten Legislaturperiode im Vergleich zur Antwort auf die Kleine Anfrage, die Jette gestellt hat, ergibt. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die Friesisch lernen, geht zurück. Das kann doch nicht so bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Wir müssen für den Schutz der friesischen Sprache mehr tun! Deswegen freue ich mich, dass der SSW viele Ideen gesammelt hat. Ich finde, wir sollten nicht in den Duktus verfallen: ja, aber; eigentlich

finden wir das ja gut, aber im Detail müssen wir noch einmal darüber reden.

Wir sollten uns erst einmal darauf verständigen, dass wir ein gemeinsames Ziel haben, auf das wir hinarbeiten, und sagen: Dieses Ziel wollen wir erreichen. Wenn die Wege des SSW vielleicht nicht eins zu eins gehen - da habe ich mich von den Bildungsexpertinnen in unserer Fraktion beraten lassen -, dann suchen wir nach anderen Wegen. Aber das Ziel ist wichtig, und es muss alles getan werden.

Ich sage Ihnen, warum das so wichtig ist. Das Friesische teilt sich in neun Sprachgruppen auf; drei davon sind akut vom Aussterben bedroht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen in die Puschen kommen, wir müssen noch viel mehr tun, um diese schöne Sprache zu erhalten.

Jetzt kommt ein kleines Beispiel: Rüm hart - klaar kiming. Was heißt das für uns? - Mit einem weiten Herzen und klaren Horizont voranzugehen. Das ist nicht nur Verfassungsauftrag, sondern mir ist es ein Herzensanliegen, dass wir mehr für diese Sprache tun, dass auch in hundert Jahren noch Kinder auf Föhr und auf dem Festland aufwachsen, die Friesisch in ihrer Familie sprechen können. Dafür sind die Schulen wichtig, dafür ist das Studium wichtig.

Ich freue mich auf die weiteren Beratungen mit Ihnen in den zuständigen Ausschüssen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir im hohen Norden sind zu Recht stolz auf unsere kulturelle und sprachliche Vielfalt. Wenn man sich anguckt, wie viele verschiedene Sprachen und Dialekte in so einem kleinen Flecken Land wie Schleswig-Holstein gesprochen werden, dann muss man etwas Vergleichbares in Deutschland schon sehr lange suchen.

Für mich und meine Fraktion ist es daher unstrittig, dass wir uns auch zukünftig gemeinsam für den Erhalt dieser besonderen Kultur engagieren. Unverzichtbarer Bestandteil davon sind die Förderung und der Erhalt der Minderheitensprachen, die berechtigt einen besonderen Schutz und eine besonde-

(Anita Klahn)

re Förderung genießen. Aus diesem Grund setzen wir uns mit dem umfangreichen Maßnahmenkatalog für so eine Förderung ein.

Vor ziemlich genau einem Jahr wurde zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Nordfriesischen Institut eine weitere Vereinbarung geschlossen, im Übrigen auf Friesisch. Diese enthält eine Förderung von insgesamt 1,9 Millionen €, die dem Institut bis zum Jahr 2021 eine gute finanzielle Ausstattung für die Arbeit zusichert. Sicher ist mir klar: Mehr ginge immer und wäre schön.

Viele der geforderten Maßnahmen im vorliegenden SSW-Antrag werden größtenteils bereits umgesetzt oder befinden sich in der Planung für eine zeitnahe Umsetzung, zum Beispiel die Möglichkeit des Abschlusses eines Zertifikatskurses oder das Zurverfügungstellen von digitalen Unterrichtsmaterialien. Es wurde bereits erwähnt: Ich halte die Kooperationen mit der Ferring Stiftung zur Erstellung von Unterrichtsmaterialien wegen der besonderen fachlichen und sprachlichen Kompetenz für sehr wertvoll. Auch die im Antrag geforderte Ernennung von friesischen Modellschulen ist bereits in einer fortgeschrittenen Planungsphase, und die ausgewählten Schulen sollen in Kürze durch das Ministerium verkündet werden.

Wir sehen, der Antrag des SSW enthält größtenteils Forderungen, die unsere Landesregierung bereits umsetzt oder bei denen wir konkret an einer Umsetzung arbeiten. Allerdings müssen wir auch anerkennen, wo sich weitere Maßnahmen schwierig gestalten oder Grenzen haben, zum Beispiel die erhobene Forderung nach einer Jobgarantie, die sich nach kurzer Überlegung und ins Recht schauend als nicht umsetzbar erweist, denn sie würde dem Beamtenrecht fundamental widersprechen.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Sie würde auch mit unserem Wettbewerbsansatz bei der Stellenvergabe über Kreuz liegen. Das Gleiche gilt für die Referendariatsplätze. Die Planstellen werden letztendlich von den Schulen zur Besetzung ausgeschrieben. Wir können Schulen nicht zwingen, etwas gegen ihren Willen zu tun. Ich kann aber nachvollziehen, dass man an der Stelle durchaus darüber nachdenken sollte. Wir stehen hier allerdings auch in Konkurrenz zu anderen Mangelfächern, bei denen wir auch bestimmte Regelungen und Vorzüge haben. Wir müssen schauen, wie sich das in der Konkurrenzsituation verhält.

Ich bin gestern Abend in der FörderRunde gefragt worden, ob ich sagen könnte, wie es in 30 Jahren um das Friesische aussieht. Ich habe gesagt: Nein,

das kann ich nicht, aber ich würde mir wünschen, dass es in 30 Jahren immer noch Menschen gibt, die diese Sprache aus voller Überzeugung und mit voller Begeisterung sprechen.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lars Harms [SSW]: In 30 Jahren lebe ich noch!)

- Ich auch. - In Anlehnung an meine Kollegin Marret Bohn möchte ich sagen: Der Antrag ist sehr gut, aber es gibt bei vielen Punkten ein „ja, aber“. Ich halte es für sinnvoll, dass wir in den beiden Ausschüssen - Bildung und Europa - über ergänzende Maßnahmen und die weitere Ausgestaltung diskutieren. Ich bin sicher, dass wir eine konstruktive Diskussion zum Erhalt dieser Sprache führen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl das Wort.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich habe vor einiger Zeit im Radio ein Interview zum Thema Friesisch gehört. Ein älterer Herr auf der Insel Föhr äußerte sich sinngemäß: Ich wünsche mir, dass junge Leute, die in Nordfriesland leben und kein Friesisch sprechen, eines Tages out sind.

Ich würde mich dem Wunsch zwar so nicht anschließen - niemand soll out sein -, aber wir alle verstehen, um was es dem Herrn geht, nämlich darum, die Mehrsprachigkeit in Nordfriesland zu schützen und zu fördern. Genau das ist das Ziel aller Fraktionen im Landtag; alle Vorredner haben sich so geäußert, und auch die AfD steht aus tiefster Überzeugung dahinter, allein schon deswegen, weil wir alle wissen, wie identitätsstiftend Sprache sein kann.

(Beifall AfD)

Das Ziel, Friesisch lebendig zu halten, ist sowohl in der Verfassung unseres Landes als auch im schleswig-holsteinischen Schulgesetz festgeschrieben. Der rechtliche Rahmen, in dem die Landesregierung ihre Sprachenpolitik seit über zwei Jahrzehnten entwickelt, ist die 1998 von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierte Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen. Das ist bekannt, und es ist auch bekannt, dass sich Jamaika aufbau-

(Dr. Frank Brodehl)

end auf dem Handlungsplan Sprachenpolitik in seinem Koalitionsvertrag darauf verständigt hat - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis -, „die Mehrsprachigkeit und Sprachenvielfalt in unserem Land zu stärken“.

Es ist gut, dass jetzt mit dem Antrag des SSW endlich ein Antrag vorliegt. Vielen Dank von unserer Seite. Im Kreis Nordfriesland liegt er fast gleichlautend von der CDU vor; das zeigt nur, dass dort in die gleiche Richtung gegangen wird.

Besonders leicht lernen Kinder eine Sprache, wenn sie in den Familienalltag integriert wird. Zuallererst sind also Familien gefordert, wenn es darum geht, die friesische Sprache und Kultur weiterzugeben und lebendig zu halten. Die einzige Familie aus Friesland, die ich kenne, praktiziert und lebt das zumindest ganz genauso.

Kommen wir zur Schule. Eine Bestandsaufnahme des friesischen Unterrichtes in Nordfriesland und auf Helgoland zeigt, dass die Zahl der Schüler, die am Friesischunterricht teilnimmt, im letzten Schuljahr immerhin leicht gestiegen ist. Danke für ihre beiden Kleinen Anfragen, Frau Waldinger-Thiering. Es ist also begrüßenswert. Eigentlich ist es aber erstaunlich, denn Friesisch wird ja an den Grundschulen derzeit nicht als reguläres Unterrichtsfach, sondern meist als AG oder als freiwilliger Zusatzunterricht angeboten. An den weiterführenden Schulen steht Friesisch in direkter Konkurrenz zu AGs aus dem musikalischen oder sportlichen Bereich. Es ist eine harte, attraktive Konkurrenz.

Der erfreuliche - wenn auch geringe - Anstieg der Zahl der Schüler, die friesisch sprechen, ist sicherlich zum Großteil nicht auf die Förderung des Friesischen in der Schule, sondern in den Kindergärten zurückzuführen. Kleinkindern fällt das Erlernen einer neuen Sprache erwiesenermaßen besonders leicht. Genau deshalb unterstützen wir die Zuweisung für Sprachbildung der Regional- und Minderheitensprachen für diejenigen Kitas, die es den Kindern ermöglichen, die Sprache Friesisch zu lernen. Die Zuwendungen an den Kreis Nordfriesland sind naturgemäß am höchsten. Zahlreiche Kitas nutzen dies, um das Friesische spielerisch zu vermitteln. Hier wird die Basis gelegt, die dafür sorgt, dass man im späteren Bildungsverlauf wieder an den Friesischunterricht anknüpfen kann.

Meine Damen und Herren, so wichtig Friesischunterricht in Kita und Schule auch ist: Wenn wir über die Zukunftsfähigkeit des Friesischen sprechen, dürfen wir nicht nur über die Schule sprechen, sondern müssen besonders die Kultur- und Spracharbeit durch das Nordfriesische Institut, den Nordfri-

esischen Verein und die Friisk Forining hervorheben.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

- Danke. Diese Vereine und Vereinigungen halten die friesische Sprache und Kultur lebendig und bleiben auch in Zukunft unverzichtbar. Dennoch nehmen neben Elternhäusern, nordfriesischen Vereinen und Kitas natürlich die Schulen eine elementare Rolle ein. Die Landesregierung bleibt deswegen aufgefordert, die Lehrerversorgung für den Friesischunterricht auch zukünftig zu sichern. Dazu gehört zuallererst, dass das Wissen über die Möglichkeit, Friesisch zu studieren, stärker vermittelt wird, besonders in Nordfriesland. Es gibt tatsächlich junge Lehramtsanwärter und Interessenten für den Lehrerberuf, die nicht wissen, dass man Friesisch studieren kann. Zweitens gehört dazu, dass die Mehrleistung der Studenten, die in Flensburg erfolgreich den Zertifikatskurs Friesisch absolviert haben, im Bewerbungsverfahren für das Referendariat berücksichtigt wird. Das sollte genauso für diejenigen gelten, die in Kiel Friesisch als Ergänzungsfach studiert haben. Es sollte, denken wir, keinen Unterschied zum DaZ-Zertifikat geben.

Der Bildungsausschuss ist genau der richtige Ort, um darüber und über weitere geeignete Maßnahmen für den Friesischunterricht zu sprechen, damit eines Tages junge Leute, die in Nordfriesland leben und friesisch sprechen, nicht out, sondern in sind. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien, das Wort.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Diejenigen, die das Vergnügen hatten, am vergangenen Wochenende auf dem Schleswig-Holstein-Abend der Grünen Woche anwesend zu sein,

(Zurufe CDU: Ja!)

erinnern sich vielleicht an die Sängerin Norma, die von Föhr kommt - von Föhr! -,

(Beifall Klaus Jensen [CDU])

(Ministerin Karin Prien)

ihrem geliebten Eilun Feer. Sie singt ganz selbstverständlich manchmal auf Hochdeutsch, aber eben auch auf Niederdeutsch und Friesisch. Sie ist eine wunderbare Botschafterin für unsere Minderheiten- und Regionalsprachen. Sie vertritt damit unsere Heimat und unser kulturelles Erbe auf ganz besonders schöne Art und Weise.

Es ist bereits ausgeführt worden: Wir sind ein Mehrsprachenland. Manche sprechen Hochdeutsch, viele Niederdeutsch, friesisch in seinen verschiedenen Varianten, Dänisch oder Romanes. Die Sprachenvielfalt ist eine Selbstverständlichkeit bei uns im Norden. Sie ist eine unserer großen Stärken, ein wichtiger Teil unseres Heimatverständnisses und natürlich auch Teil unserer Verfassung. Auch das ist bereits erwähnt worden.

Die Sängerin Norma, finde ich, zeigt aber ganz besonders und eindrucksvoll: Sprache lebt nur dort, wo sie tatsächlich auch im Alltag gelebt wird und der Sprecher eine emotionale Bindung zu ihr hat. Das ist natürlich zunächst in den Familien, in den Kitas und dann im schulischen Alltag der Fall. Deshalb ist es der Landesregierung ein großes Anliegen, dass sich die Sprachenvielfalt gerade an den Schulen unseres Landes widerspiegelt.

Nordfriesisch wird in Schleswig-Holstein im nordfriesischen Sprachgebiet als Minderheitensprache im Sinne der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen geschützt. Das ist gut so. Wir sind in Schleswig-Holstein da schon viele gute Schritte vorangekommen und leisten traditionell auf diesem Gebiet Pionierarbeit.

Jedoch an dieser Stelle ein Aber. Herr Harms, ich will es deutlich sagen: Ich bin im Sommer in Nordfriesland gewesen. Tatsächlich macht mir die Entwicklung beim Friesischunterricht ernsthafte Sorgen. Diese Entwicklung ist übrigens nicht neu, sondern hat sich gerade im Laufe der letzten Legislaturperiode verschärft. Ich bin sehr froh, dass wir im letzten Schuljahr zum ersten Mal eine Trendumkehr erkennen können. Wir hoffen zumindest, dass es eine Trendumkehr ist.

Weil mir diese Entwicklung so große Sorgen macht, haben wir bereits im Sommer angefangen, uns massiv Gedanken zu machen, wie wir dieser Situation wirksam entgegenzutreten können und ein Maßnahmenpaket entwickelt. Ich freue mich darüber, dass wir uns im Ausschuss darüber austauschen werden, welche Maßnahmen sinnvoll sind. Da bin ich vollkommen bei Ihnen, Frau Bohn. Wir müssen uns über das Ziel verständigen und dann sehen, welche Maßnahmen am besten wirken können.

Ich möchte nun einige dieser Maßnahmen aufzählen. Eine der Maßnahmen ist ein Runder Tisch, den wir nun fest etabliert haben, bei dem wir uns mit allen Akteuren, die an diesem Thema arbeiten, zusammensetzen, Maßnahmen entwickeln und ihre Wirksamkeit überprüfen. Dazu wird auch gehören, dass wir für die Sprache Friesisch Projektschulen einrichten, ähnlich, wie wir es für das Dänische machen. Dazu gehört auch, dass wir den Schulen besonderes Material zur Außendarstellung - auch Schilder - anbieten. Wir wollen im Bewusstsein der Menschen die Bedeutung des Friesischen auch durch solche symbolischen Dinge stärken. Wir sind in einem intensiven Austausch mit West- und Saterfriesen. Dieser Austausch soll verstetigt werden. Wir sind dabei, sämtliche Lehrwerke zu erneuern beziehungsweise erstmals zu erstellen. Dafür gibt es keine Institution oder keinen Verlag, sondern wir machen es in Eigenregie. Die notwendigen Abordnungsstunden, die die Lehrkräfte dafür brauchen, werden wir 2020 erstmals zur Verfügung stellen.

(Beifall CDU, SSW und Dr. Marret Bohn
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für das Friesische in seinen verschiedenen Varianten ausbauen. Wir werden erstmals zum Schuljahr 2020/21 eine Abordnungsstelle für die Minderheitensprachen einrichten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Wir sprechen mit unseren Landesuniversitäten darüber, wie wir die Attraktivität der Studiengänge konkret steigern können. Das gilt für die erste Phase der Lehrerausbildung und dann natürlich auch für die zweite Phase.

Für die Zusammenarbeit mit der Ferring Stiftung bin ich sehr dankbar, das möchte ich ausdrücklich sagen. Mit der Ferring Stiftung sind wir über die Digitalisierung der Lernmaterialien, aber auch über so banale Dinge wie die friesischsprachige Version des Brettspiels Monopoly im Gespräch. So etwas spielt emotional eine große Rolle.

Keinesfalls möchte ich an dieser Stelle vergessen, den Lehrkräften, die bei uns Friesisch unterrichten und sich dabei fast immer über Gebühr engagieren, ganz herzlich Danke zu sagen. Ich denke, dass ich das auch in Ihrem Namen mache.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und SSW)

Diese Lehrkräfte unterrichten nicht nur Friesisch, sondern erarbeiten ganz häufig in Eigenarbeit Un-

(Ministerin Karin Prien)

terrichtsmaterial: Da werden Lieder gedichtet, Zeitungsartikel übersetzt und zusammengetragen, Arbeitsblätter erstellt. Wir haben da insofern allen Grund zur Dankbarkeit.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Wir machen uns auf den Weg. Wir sind uns im Ziel, glaube ich, einig, und müssen jetzt miteinander gucken, dass wir die richtigen Maßnahmen - möglicherweise auch über das, was wir bereits auf den Weg gebracht haben - aufs Gleis bringen.

Wir müssen bei allem, was wir tun, gucken, dass wir nicht Nebenwirkungen und Begleiterscheinungen haben, die wir nicht wollen, weil wir inzwischen bei den ganzen Mangelfächern natürlich eine riesige Konkurrenz haben. Natürlich ist die Frage, wenn ich neue Zertifikate anbiete: Was hat das für Auswirkungen auf die Zertifikate in anderen Bereichen? - Darüber müssen wir einfach in Ruhe sprechen. Insgesamt können wir aber zu einer sehr fruchtbaren, konstruktiven Beratung im Ausschuss kommen. Ich freue mich jedenfalls darauf. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1894 dem Bildungsausschuss und mitberatend dem Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht so. Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Jahr der Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1783

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache.

Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Anette Röttger das Wort.

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Es ist inzwischen knapp 30 Jahre her, dass mit der UN-

Resolution im Jahr 1992 ein Leitbild für eine gemeinsame Politik nach den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung verabschiedet worden ist. Seitdem läuft nicht nur weltweit ein gesellschaftlicher Diskussionsprozess darüber, auch bei uns in Schleswig-Holstein ist seitdem viel zum Thema Nachhaltigkeit passiert.

In Kitas, Schulen, Hochschulen, aber auch in den Elternhäusern oder in der Erwachsenenbildung findet Bildung für nachhaltige Entwicklung statt. Unser Land verfügt über inzwischen über mehr als 40 Bildungspartner, Bildungseinrichtungen und Bildungszentren für Nachhaltigkeit. All das hat viel Wertschätzung verdient und ist eine gute Ausgangslage für ein Jahr der Bildung für Nachhaltige Entwicklung, das wir mit diesem Antrag für das kommende Schuljahr gern auf den Weg bringen möchten.

Schleswig-Holstein kümmert sich im Norddeutschen Verbund bereits um die Vernetzung und Zertifizierung sogenannter Zukunftsschulen. Eine ganze Reihe außerschulischer Bildungspartner sind bereits zusammengeführt. Diese vielen guten laufenden Beispiele wollen wir gern noch sichtbarer machen und im Sinne der Nachhaltigkeit weiterentwickeln. Ein BNE-Kongress mit allen beteiligten Partnern dazu soll Ende Februar 2020 in Kiel stattfinden.

In einem Zeitalter fortschreitender Digitalisierung und in einer Zeit mit einer satten Gesellschaft, die nur volle Regale und Überfluss kennt, ist ein ressourcenschonendes Verhalten schwerer vermittelbar als in Zeiten des Mangels. Wir wissen, dass ein nachhaltiges Denken und Handeln am besten aus den Vorgängen in der Natur und damit auch aus dem Umgang mit Pflanzen und Tieren abgeleitet werden kann. Die Veranstaltungsreihe Draußen-Lernen oder das Projekt: Schulklassen auf dem Bauernhof sind beste Beispiele dafür.

An diesen Orten außerhalb der Schule geht es um echtes Erleben, um Grunderfahrungen und damit auch um fächerübergreifendes Begreifen. Ich bin sehr davon überzeugt, dass solche Lern- und Lebenserfahrungen besonders gut geeignet sind, um Grundhaltungen und Gewohnheiten im Sinne nachhaltiger Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen zu entwickeln und fest zu verankern.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn Schülerinnen und Schüler zum Beispiel selbst Samenkörner in die Erde legen und sich dann um das Wachsen und Gedeihen einer Pflanze selbst kümmern, lernen sie in der Regel deutlich mehr, als

(Anette Röttger)

wenn sie diesen Vorgang in einem Lehrbuch erfassen.

Unser Auftrag ist die Bewahrung der Schöpfung und damit der sorgsame Umgang mit Pflanzen und Tieren, so nennen es die einen. Bildung für nachhaltige Entwicklung sagen die anderen. Beides meint ein verantwortungsvolles Handeln im Alltag, ein Denken und Handeln über Generationen hinweg unter Einbeziehung ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte. Jeder von uns kann und sollte mit seinem Tun und Lassen unmittelbar und direkt dazu beitragen und mit unseren Ressourcen wie Boden, Luft und Wasser sorgsam umgehen. Eine nachhaltige Entwicklung findet nur so lange statt, wie jeder einzelne von uns bereit ist nachhaltig zu handeln.

Kinder lernen, was sie erleben. Wir freuen uns über jede Kita und jede Schule, die sich dafür einsetzt, denn es ist unser Anspruch, mit einem Bildungsauftrag möglichst früh anzusetzen.

Auf der Internationalen Grünen Woche findet in diesen Tagen das Thema Nachhaltigkeit in unterschiedlichsten Themenfeldern statt, rund um Landwirtschaft und Ernährung. Unter dem Motto „Du entscheidest“ richtet sich das Thema in Berlin in diesem Jahr direkt an den Verbraucher. Bildung für nachhaltige Entwicklung verlangt vom Verbraucher verantwortungsbewusste, echte und ehrliche Konsumentscheidungen. Gleichgültigkeit und Doppelmoral haben hier keinen Platz. Das gilt für den Einkauf und die Auswahl unserer Lebensmittel. Das gilt nicht nur für diese Bereiche, es gilt vielmehr auch für Mobilität, Wohnen und Freizeit.

Es ist aus unserer Sicht genau der richtige Zeitpunkt für ein Jahr der Bildung für Nachhaltige Entwicklung in Schleswig-Holstein. Aus diesem Grunde bitte ich herzlich um Zustimmung zu diesem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! „Lasst hundert Blumen blühen“, das war der Vorläufer vom „Großen Sprung nach vorn“. Das waren beides gewissermaßen Mottojahre von Mao. Die „Initiative für mehr Arbeit“ stammt aus dem

Werk von Marc-Uwe Kling - Känguru, Ministerium für Produktivität -, das kennen sie alle.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt hat auch die Jamaika-Koalition die Mottojahre für sich entdeckt.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Claus Leggewie, ein bekannter Politikwissenschaftler, hat nicht zu Unrecht festgestellt:

„Kampagnenpolitik ist so alt wie die Politik selbst.“

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin mir sicher, Sie werden weniger Schaden als Mao anrichten, aber vermutlich genauso wenig Fortschritt wie das Känguru erzielen.

2019 war das Jahr der politischen Bildung. Wir schauen zurück: Zur Mitte des Jahres der politischen Bildung haben Sie eine Oberstufenreform ins Werk gesetzt, die den WiPo-Unterricht an unseren Schulen schwächt. Zum Ende des Jahres der politischen Bildung - als großes Finale - haben Sie gesagt: Na ja, vier Stunden WiPo -Wirtschaft und Politik - in der Sekundarstufe I sollen es dann schon sein. Vier Stunden - das ist uns immerhin zwei Drittel so wichtig wie Religion. - In Stunden ausgedrückt heißt das: vier Stunden für WiPo, sechs Stunden für Religion in der Sekundarstufe I.

Frau Präsidentin, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie meine Zeit nicht weiterlaufen lassen. Ich habe auch das Gefühl, sie steht irgendwie still, aber ich wäre bereit, mit fünf Minuten auszukommen.

(Heiterkeit SPD - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Mehr von Mao!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Der Schriftführer dankt für den Hinweis.

Martin Habersaat [SPD]:

2020 kommt nun das Jahr der Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Ich habe die Sorge, dass Sie für 2021 schon das Jahr der Entrepreneurship Education im Auge haben, weil wir darüber am Freitag beraten werden.

Dabei hätte es in einem offenen Diskurs und konstruktiven Prozess durchaus Möglichkeiten gegeben. Ja, man hätte mit einem Jahr der politischen Bildung starten können, und daraus hätte sich

(Martin Habersaat)

selbstverständlich - meinetwegen - ein Jahr der Bildung für Nachhaltige Entwicklung ergeben können; aber Sie machen das deklaratorisch von oben.

Sie sagen in Ihrem Antrag: Na ja, das passt ja irgendwie zu politischer Bildung, und deswegen kommt jetzt das nächste. - Man hätte das in einem diskursiv offenen Prozess aus den Schulen heraus entwickeln können. Man hätte die Fridays-for-Future-Bewegung konstruktiv aufgreifen können. Jetzt sieht es ein bisschen so aus, als wollten Sie einem etwas unsouveränen Verhalten im Jahr 2019 und einem unsouveränen Umgang mit diesen Fridays-for-Future-Aktionen ein Motto 2020 entgegenstellen.

Und ja, auch ein Blick auf die Zukunftsschulen in Schleswig-Holstein ist absolut sinnvoll. Aber dann müsste man auch einmal schauen, warum es eigentlich so schwierig ist, an manchen Schulen die Kontinuität, Zukunftsschule zu sein, sicherzustellen und die nächste Stufe zu erreichen. Außerdem müsste man fragen: Warum sieht es an der Westküste eigentlich mit den Zukunftsschulen so mau aus?

Wenn man so etwas neu gedacht hätte, hätte man sich auch überlegen können, ob man diesem BNE, Bildung für nachhaltige Entwicklung, nicht doch irgendwie einen neuen Glanz hätte verleihen können. Ehrlicherweise ist der Inhalt wahnsinnig wichtig, aber der Begriff ein wenig angestaubt. Möglicherweise wäre man da mit dem Klimaschutz ein bisschen weitergekommen.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Vermittlung der Inhalte, um die es da gehen soll, sind laut Schulgesetz natürlich immer Aufgabe unserer Schulen. Insofern kann man grundsätzlich gar nicht dagegen sein, dass das jetzt unter ein besonderes Motto gestellt wird.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist denn eigentlich dein Problem?
- Weitere Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die UNESCO hat auch gesagt, 2020 gibt es eine große Auftaktkonferenz: 10 Jahre BNE.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau von Kalben, wir wünschen uns mehr als eine bloße Überschrift. Wir wollen, dass Sie die Schulen mitnehmen und gemeinsam so einen Schwerpunkt entwickeln. Wir wollen nicht, dass Sie einfach nur sagen: Wir machen morgen das und übermorgen das und so weiter.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Martin Habersaat [SPD]:

Mit Vergnügen.

Christopher Vogt [FDP]: Lieber Kollege Habersaat, ich finde das hochinteressant. Weil Sie so im Thema sind: Wie könnte man aus Ihrer Sicht dem Thema BNE noch mehr Sexyness verleihen? Könnten Sie uns das bitte noch einmal erläutern?

- Das ist relativ einfach. Wir hatten und haben weltweit eine der größten Jugendbewegungen aller Zeiten zu verzeichnen. Dieser Tage sind junge Menschen jeden Freitag vor dem Landeshaus und demonstrieren. An den Schulen gab es die große Frage: Wie gehen wir mit den Schülerinnen und Schülern um? Die wollen freitags demonstrieren gehen, aber wir haben Schulpflicht und so weiter. - Was Sie gemacht haben, war, im Wesentlichen zu erzählen: Na ja, wir müssen auf die Schulpflicht hinweisen, denn nur so ermöglichen wir den jungen Leuten den zivilen Ungehorsam, um zeigen zu können, was sie wollen.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man hätte doch aber auch mit den Schulen gemeinsam - möglicherweise an Freitagen unter Sprengung der üblichen Fächergrenzen - entwickeln können: Wie geht es denn weiter, wie gehen wir in den Schulen damit um?

(Anita Klahn [FDP]: Aber das machen sie doch! - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Glocke Präsidentin!)

Das war die Antwort auf die Frage.

Meine Damen und Herren, wir diskutieren gerade bundesweit über Ganztagschulen. Ganztagschulen böten jede Menge Möglichkeiten, sich dem Thema zu nähern. Es gibt neue Möglichkeiten, Leben in die Schule zu bringen, es gibt neue Möglichkeiten der Rhythmisierung von Schultagen, und es gibt neue Möglichkeiten für jahrgangsübergreifende Projekte. Dann kann man in der Tat die UN-Nachhaltigkeitsziele umsetzen, statt sie nur auswendig zu lernen.

Das Beispiel mit dem Samenkorn war ja ganz plastisch. Aber so ein landwirtschaftliches Projekt an einer Schule ist etwas ganz anderes und viel Toll-

(Martin Habersaat)

eres als ein Besuch einer Klasse auf dem Bauernhof.

(Wortmeldung Dr. Frank Brodehl [AfD])

- Ich weiß nicht, ob das eine Frage ist, Frau Präsidentin, wenn ja, würde ich sie nicht zulassen wollen.

(Christopher Vogt [FDP]: Aber so einen Bauernhof zu besuchen, das solltest du auch einmal machen! - Beifall Anette Röttger [CDU]
- Weitere Zurufe CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Sie wären überrascht, aber ich bin inzwischen so alt, dass in meiner Jugend die Gemeinde Barsbüttel tatsächlich noch aus vier Dörfern bestand. Da gab es reichlich Bauernhöfe, zumindest als ich noch kleiner war.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, aber seitdem haben sich die Höfe weiterentwickelt, mein Guter! - Weitere Zurufe CDU)

- Ja, daran zweifle ich keine Minute.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Auch die Oberstufenreform hätte ja die Möglichkeiten mit sich gebracht, das Thema strukturell vorzubereiten und eben nicht nur die Überschrift zu setzen. Das ist es, was ich Ihnen vorwerfe: Sie setzen eine Überschrift, und die klingt irgendwie toll, aber inhaltlich ist nichts dahinter.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben engagierte Schülerinnen und Schüler, das finden wir gut. Das Thema finden wir wichtig, aber es verdient mehr als Kampagnen. Deshalb werden wir uns voller Inbrunst enthalten.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sag ihm einmal, was BNE ist!)

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass die SPD zumindest inhaltlich

die BNE-Thematik unterstützt. Zur Kampagnenpolitik ist mir eingefallen, dass sich die SPD da eigentlich ganz gut auskennt, wenn ich an Titel von Gesetzen wie beispielsweise das „Gute-Kita-Gesetz“ denke. Ich glaube, da sind wir nicht so weit auseinander.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es ist wichtig, dass man auch griffige Bezeichnungen für gute Politik findet.

Ich möchte in einer Welt leben, in der alle Menschen gut leben können. Das ist für mich auch ein Ansporn, gute Politik in Schleswig-Holstein zu machen. Bildung ist für mich der Zugang zu diesem guten Leben. Ich muss die Welt und ihre Wirkungszusammenhänge verstehen, um einen Platz in ihr zu finden und um informierte Entscheidungen treffen zu können.

Bildung für nachhaltige Entwicklung will genau das. Sie befähigt Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln. Sie ermöglicht es jedem Einzelnen, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen.

Wir hatten das Thema schon letztes Jahr hier im Landtag und haben damals deutlich gemacht, dass es schon tolle Projekte in der gesamten Bildungslandschaft in Schleswig-Holstein gibt, zum Beispiel die KITA21, die wir jetzt glücklicherweise auch noch aus dem Haushalt mit zusätzlichen Mitteln unterstützen können.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Bereich Schule haben wir die Auszeichnung als Zukunftsschule und auch sonst Anknüpfungspunkte in so gut wie allen Fächern. Im Februar 2020 wird es einen Kongress in Zusammenarbeit mit der CAU zum Thema BNE geben. Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen hier zusammenkommen. Das ist ein wichtiger Impuls für das Thema BNE. Natürlich werden bei diesem Kongress auch Mitstreiterinnen und Mitstreiter von Fridays for Future dabei sein, denn sie kommen ja von den Schulen. Die Schulen werden beteiligt sein.

Außerdem haben wir ganz viele Projekte an den Hochschulen. Im außerschulischen Bereich haben wir das Ehrenamt. Wir haben die FSJler, die FÖJler und die Bufdi, auch so etwas wie die Jugendaktionskonferenz-SH, die vor Kurzem hier stattgefunden

(Ines Strehlau)

den hat - um den Bogen zur politischen Bildung zu schlagen.

Mir ist sehr wichtig zu betonen, dass BNE nicht nur Umweltbildung ist, denn es geht um viel mehr. Die Nachhaltigkeitsziele der UN empfehlen sich als Leitfaden. Dort geht es um die Beendigung der weltweiten Armut und des Hungers, um Gesundheit, Gleichheit und Wohlergehen. Ich glaube, diese Ziele können wir alle unterschreiben. Aber das kommt nicht von allein. Wir müssen uns ordentlich ins Zeug legen, um das zu erreichen. Das haben wir heute Morgen bei der Klimadebatte auch gehört.

Konkrete Beispiele sind die nachhaltige Versorgung mit sauberem Wasser und sauberer Energie. Es geht um nachhaltige Städte und Gemeinden, um nachhaltige Produktion und Konsum. Auch hochwertige Bildung ist eine Maßnahme zur Nachhaltigkeit. Die UN-Nachhaltigkeitsziele laufen im Jahr 2030 aus. Die Zwischenbilanz ist eher mau. Der SDG-Report aus dem Jahr 2019 zeigt, dass die Weltgemeinschaft zwar viel über die Nachhaltigkeitsziele redet, aber zu wenig in deren Umsetzung investiert. Wir müssen hier wie beim Umweltschutz deutlich mehr erreichen.

Was müssen wir also tun? - Eine zentrale Forderung ist die gemeinsame Verantwortung aller Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und jedes einzelnen Menschen. Wir brauchen eine nachhaltige Ausrichtung von Gesellschaft und Wirtschaft, damit es eine gute Zukunft für uns Menschen gibt. Klimawandel und Umweltzerstörung sind laut aktuellem Global Risk Report die globalen Risiken schlechthin. Die fünf Risiken, die am häufigsten genannt werden, haben allesamt mit Umwelt zu tun. Diese Themen sind wunderbare Aufhänger für BNE, da bei diesen Themen alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche betroffen sind.

Wir werden verstehen müssen, dass wir ein Teil dieser Welt sind und uns nicht aufführen können, wie wir wollen.

Das Jahr der Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist ein gutes Projekt. Langfristig müssen wir von dem Projekt in die Struktur kommen.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Dafür werden wir weitere Mittel und auch weitergehende Ansätze brauchen. Gerade wird unter Beteiligung vieler Akteure und mit intensiver Beteiligung des Bildungsministeriums die BNE-Strategie für Schleswig-Holstein entwickelt. Sie wird noch in diesem Jahr vorgestellt und wird uns aufzeigen, wie wir die Nachhaltigkeitsziele umsetzen können. Wir

sollten uns in diesem Zusammenhang die Ergebnisse der Schülerinnen- und Schülerkongresse noch einmal ganz genau anschauen.

Bei „Jugend im Landtag“ wurde schon im letzten Jahr die Forderung nach einer noch größeren Integration des Themas im Unterricht deutlich, auch nach Berücksichtigung im schulischen Alltag, zum Beispiel der ökofairen Beschaffung. Eine Schülerin sprach von politischer Bildung und von Bildung für nachhaltige Entwicklung als „aufstrebende Querschnittsaufgaben“. Ich finde, das beschreibt es sehr gut.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sollten auf die Kinder und Jugendlichen hören, schließlich gestalten wir ihre Zukunft. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt FDP und Beifall Klaus Jensen [CDU])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bereits seit 1971 verbraucht die Menschheit mehr Ressourcen, als die Erde dauerhaft zur Verfügung stellen kann. Lag der Faktor des weltweiten ökologischen Fußabdrucks heute bereits bei 1,75, wären ab 2050 rechnerisch zwei Erden nötig, um den Menschheitsbedarf an Ressourcen zu decken. Deutschland hat den Faktor 3 bereits überschritten. Nachhaltig ist daran ehrlicherweise nicht viel.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Die spannende Frage ist jetzt, mit welchen Mitteln wir uns dieser Herausforderung stellen wollen. Herr Kollege Habersaat, von der SPD habe ich ehrlich gesagt in Ihrem Beitrag keine Lösungen und keine Vorstellungen gehört.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, ich denke, dass schulische Bildung für nachhaltige Entwicklung dabei helfen kann, sich kritisch mit dem eigenen Konsumverhalten auseinanderzusetzen und auch einen notwendigen Denkprozess in Gang zu bringen, denn jeder sollte für sich selbst überlegen und ent-

(Anita Klahn)

scheiden, mit welchem individuellen Konsumverhalten er dazu beitragen kann, unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt zu hinterlassen.

Allerdings sehe ich auch Gefahren, die sich hinter dem Gedanken der nachhaltigen Entwicklung verbergen können, wenn dieser für ideologische Zwecke missbraucht wird oder vordergründig dazu dient, ein radikales Verhalten an den Tag zu legen, dem alles andere untergeordnet werden muss.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Daher appelliere ich an jeden, sorgsam darauf zu achten, dass nicht jedes Verhalten allein an einem verordneten Nachhaltigkeitsideal gemessen wird und davon abweichendes Verhalten pauschal verdammt wird.

(Beifall FDP)

Aus diesem Grund ist es ein wichtiger Schritt, den Diskurs in den Schulen zu führen. Wir halten es aus liberaler Sicht für sehr wichtig, dass sich Schülerinnen und Schüler ein eigenes Wissen aneignen, dass sie naturwissenschaftliche Prozesse und technische Entwicklungen verstehen. Wir wollen erreichen, dass sie mit eigener Kompetenz nicht nur im Unterricht, sondern auch im privaten Umfeld eine kritische, den demokratischen Regeln gerecht werdende Auseinandersetzung mit den Auswirkungen führen.

Auf dem Land - da gibt es bei uns im Norden ausreichend Beispiele - gibt es zum Auto leider wenige Alternativen, um seinen Arbeitsplatz, seinen Schulort oder den nächstgelegenen Arzt zu erreichen. Dies als Umweltsünde zu brandmarken, wird niemanden bekehren, sondern bei den Betroffenen nur zu Trotzreaktionen oder Ablehnung führen.

(Beifall FDP - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Niemandem ist geholfen, wenn die Leute daran gehindert werden, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Meine Damen und Herren, Veranstaltungen wie der geplante Kongress zur Vorbereitung des Jahrs für Bildung für Nachhaltige Entwicklung im Unterricht dürfen nicht zu geschlossenen Zirkeln werden, bei denen nur vermeintlich Geläuterte aufeinandertreffen und bei denen abweichende Meinungen gegebenenfalls nicht geduldet werden. Wir begrüßen vielmehr, dass die geplante Veranstaltung zum Jahr der Bildung für Nachhaltige Entwicklung zeitgleich in die Kreise übertragen und dass durch Workshops vor Ort eine größere Beteiligung ermöglicht wird.

Ebenfalls wollen wir Projekte an außerschulischen Lernorten unterstützen und weiterentwickeln. Wir wollen Schulen ermutigen, eigene Schulgärten anzulegen und Exkursionen in die Natur zu machen. Die Sparkassenstiftung bietet hier wertvolle Möglichkeiten. Projekte wie der Besuch eines Bauernhofes sind ebenfalls sehr hilfreich, sodass Kinder lernen und sehen, dass die Erbsen nicht nur aus der Tiefkühltruhe kommen.

Es ist essenziell wichtig, dass Veränderungen der Mehrheit nicht durch radikale Minderheiten aufgezwungen werden, sondern Teil eines gemeinsamen Prozesses sind, in dem alle Akteure gleichsam eingebunden sind.

(Beifall FDP)

Erst dann kommen wir zu Anpassungen, die so gestaltet sind, dass sie die Gesellschaft nicht überfordern werden. Der Preis der Nachhaltigkeit könnte zu hoch sein, wenn die demokratische Gesellschaftsordnung den Wandel nicht überlebt.

Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag.
- Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Keine Generation sollte auf Kosten ihrer Kinder leben. Dass dieser Gedanke auch und gerade in Schule vermittelt wird, das versteht sich von selbst. Wenn wir erwarten, dass die jungen Menschen ihre Zukunft gestalten, dann müssen wir ihnen auch das richtige Handwerkszeug vermitteln. Insofern findet der Antrag aus Jamaika unsere ausdrückliche Unterstützung, wenn die Landesregierung das Schuljahr 2020/21 als Jahr der Bildung für Nachhaltige Entwicklung, kurz BNE, ausruft.

Wie nachhaltig so ein Jahr allerdings sein kann, ist weniger von der Überschrift als vielmehr von den ganz konkreten Schritten und Maßnahmen vor Ort abhängig. Diese müssen lebensnah, nachvollziehbar und praktikabel sein. Gewährleistet wird dies etwa in dem Programm Schulklassen auf dem Bauernhof. Gewährleistet wird dies nach meiner Einschätzung aber auch durch die vielen zertifizierten außerschulischen Bildungspartner. Einer davon ist das Erlebnis Bungsberg aus meinem Kreis. Ich habe

(Dr. Frank Brodehl)

diese damals mit meiner eigenen Klasse besucht. Ökologie, Ökonomie und auch soziale Fragestellungen werden hier in einen globalen Kontext gestellt, und es ist gut, wenn den Schülern die ganze Bandbreite der nachhaltigen Entwicklung wie Ressourcenschonung, wirtschaftliche Aspekte und eben auch soziale und gesellschaftswissenschaftliche Fragestellungen vermittelt wird.

Meine Damen und Herren, allerdings kann das Jahr für Nachhaltige Entwicklung auch ein Rohrkrepiere werden, und zwar dann, wenn man BNE als pädagogische Wunderwaffe ansieht. Diesen Eindruck muss man tatsächlich bekommen, wenn man sich etwa mit der sogenannten Roadmap der UNESCO zur Umsetzung von BNE auseinandersetzt. Frau Präsidentin, ich zitiere einmal mit Ihrer Erlaubnis. Auf Seite 12 heißt es zum BNE:

„Ihr Ziel/Zweck ist eine Transformation der Gesellschaft.“

Sie soll „Menschen in die Lage versetzen, ‚Weltbürger‘ zu werden“ für „eine gerechtere, friedlichere, tolerantere, ganzheitlichere, sicherere und nachhaltigere Welt“.

„Transformation der Gesellschaft“, das ist ein hehres Ziel. Höher kann man Ziele kaum stecken. Das ist kaum vorstellbar. Hier sollten wir auf dem Boden der Tatsachen bleiben, eben bei der Lebenswirklichkeit der Schüler. Die Wirkung des Jahres für BNE wird auch dann verfehlt werden, wenn Schüler mit Anforderungen konfrontiert werden, die wir Älteren gar nicht vorleben. Auf den entsprechenden Internetseiten des Bundesministeriums liest man:

„Um die grundlegenden Dinge wirklich an der Wurzel zu packen, brauchen wir den Mut von Jugendlichen.“

Meine Damen und Herren, das Heil im Mut von der Jugend zu suchen, ist eine uralte Ausrede dafür, selbst in der Luxuszone zu verbleiben. Mit dieser Einstellung wird auf Jugendliche ein Druck ausgeübt, dem diese gar nicht standhalten können. Mit Pädagogik hat das nichts zu tun, und mit nachhaltiger Pädagogik erst recht nicht.

Last but not least: Der Ertrag des Jahres für BNE sollte auch nicht durch eine unnötig starke Politisierung in Gefahr gebracht werden, zumal wenn sie manipulativen Charakter hat. Sicherlich, gesellschaftskritische Fragen sind Teil von BNE und waren es übrigens auch bei der Vorgängerin von BNE, bei der Umweltbildung.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Das hat sehr viel damit zu tun. Meine Herren, so wenig Ahnung auf einem Haufen, das ist schon echt stark.

(Widerspruch Sandra Redmann [SPD])

Sicherlich, gesellschaftskritische Fragen sind Teil von BNE und waren es auch in der Umweltbildung, aber im Unterricht sollten Themen wie Migration, Inklusion, Quotenregelung und die Frage nach Systemerhalt oder Systemwechsel andere Fragestellungen, vor allem aber auch die Praxis, nicht ins Abseits drängen, denn genau davon lebt wirkliche Bildung für nachhaltige Entwicklung - nicht vom Predigen, sondern davon, dass nachhaltige Entwicklung auch praktiziert wird, und auch das steht in der Roadmap.

Deshalb sollte es unser wichtiges Ziel sein, Schüler und Schulen darin zu unterstützen, selbst aktiv zu werden, zum Beispiel indem sie für ihre Schule ein Nachhaltigkeitskonzept ausarbeiten und es dann einem Praxistest unterziehen. Wenn dieser Test dann scheitert - so what, sei es drum. Das schafft Realitätssinn. Wenn es aber gelingt, dann erzeugt dies Optimismus, und Optimismus ist genau das, was junge Menschen brauchen, nämlich keine Angst vor der Zukunft, keine Hysterie und keine Alarmstimmung, sondern den Mut, dass wir unsere Zukunft gemeinsam gestalten können.

Je stärker sich Schule dabei an der Lebenswirklichkeit von den Schülern orientiert und kleine, aber wirksame Schritte praktiziert, desto größer ist die Chance, dass das Jahr für Nachhaltige Entwicklung ein Erfolg wird, und das wünsche ich den Schülern in unserem Land. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die SSW-Fraktion unterstützt alle Bemühungen zur nachhaltigen Entwicklung, auch und gerade im schulischen Bereich.

Tatsächlich haben viele Schulen in Schleswig-Holstein bereits heutzutage sehr konkrete Maßnahmen für mehr Nachhaltigkeit ergriffen. So sollen Studienfahrten nicht mehr mit dem Flieger absolviert werden, die Küche wurde auf regionale Produkte

(Jette Waldinger-Thiering)

umgestellt, oder mit einer Schule in Kenia wird eine Partnerschaft gepflegt.

Die Zukunftsschulen in Schleswig-Holstein bestehen allesamt durch Ideenreichtum und Initiative in Sachen Nachhaltigkeit. Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und nicht zuletzt die Eltern entwickeln und leben nachhaltig; denn sie wissen, dass in jungen Jahren die Grundlage für die spätere Lebensführung gelegt wird.

Ein Jahr der Bildung für Nachhaltige Entwicklung könnte all die Schulen erreichen, die bislang noch keine nachhaltigen Projekte umsetzen. Aber gibt es die wirklich? Verstellt nicht der vorgestellte Antrag den Blick auf das, was an den schleswig-holsteinischen Schulen bereits jetzt sehr erfolgreich läuft? Das befürchte ich nämlich. Es besteht kein Informationsdefizit, sondern ein Ressourcendefizit.

Die Schulen in unserem Land benötigen konkrete Unterstützungsangebote bei ihrer nachhaltigen Arbeit, so wie es das Programm „Hier für die Welt lernen“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorbildlich zeigt. 80 Schulklassen profitieren von den kostenlosen Workshops, die zu Nachhaltigkeitslernmodulen gehören. Das finde ich sehr konkret und für die Lehrkräfte sicherlich eine sinnvolle Ergänzung der vermittelten Inhalte. Genau diese Konkretisierung vermisste ich im vorliegenden Antrag.

Wenn ich mir dazu noch einmal durchlese, was im letzten Jahr in „Schule aktuell“ stand, stelle ich fest, dort war zu sehen, was die Lehrkräfte an diesen Modulen machen konnten. Die Lernmodule waren zwar kostenlos, aber die Lehrkräfte konnten leider wieder keine Reisekosten bekommen, um zu diesen Lernmodulen zu fahren. Das finde ich schade. Denn schließlich führen genau die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu nichts weniger als der ökologischen Umgestaltung der Schule, die durch alle Beteiligten gemeinsam entwickelt wird. Erst nachhaltiges Schulleben bringt die nötige Glaubwürdigkeit des Lernstoffes und eben nicht Eintagsfliegen oder die Fehlinterpretation des Ganzen durch eine Stunde Nachhaltigkeit in der Woche.

Früher hieß es mal: Wer nicht weiterweiß, bildet einen Arbeitskreis. Heutzutage muss es dann schon ein Kongress sein. Das ist ein zwar durchaus interessanter Ansatz, doch die konkreten Nachhaltigkeitsmaßnahmen sind bekannt. Wir fangen hier doch nicht bei Null an: Für eine nachhaltige Bildung bedarf es gut ausgebildeter Lehrkräfte, Einbindung aller Beteiligten und der nötigen Mittel.

Keinen einzigen dieser Punkte spricht der Antrag an.

Leider erscheint mir das typisch für das Vorgehen der Landesregierung. Dem Klimaschutz wird in Reden und in Infoflyern geradezu gehuldigt, aber haushaltsrelevante Beschlüsse, zum Beispiel zur Sanierung der Schlei, werden abgelehnt. Klimaschutz soll am liebsten nichts kosten. Damit das nicht auffällt, gibt es eben solche Anträge.

Um dem Kongress möglichst gute Vorgaben machen zu können, sollten wir Expertenrat einholen. Wir haben im Bildungsausschuss ein Expertengespräch zum WiPo-Unterricht vereinbart, um die Herausforderung systematisch ausleuchten zu können. Ich gehe davon aus, dass genau das auch für die Umsetzung der nachhaltigen Bildung der nächste Schritt sein sollte. Wir sollten die Fragen nach geeigneten Strukturen, anderen Lerninhalten und einer entsprechenden Lehrerfortbildung genau unter die Lupe nehmen und darauf fußend konkrete Maßnahmen entwickeln.

Wir werden uns bei diesem Antrag der Stimme enthalten. Ich muss sagen: Ich hätte darüber gut und gerne gemeinsam im Bildungsausschuss diskutiert; denn ich glaube, hier sind alle demokratischen Parteien für Nachhaltigkeit. Aber hier geht es darum, gemeinsam zu beraten, wie wir das umsetzen.

Wenn ich in „Schule aktuell“ vom letzten Sommer lese, was für dieses Schuljahr geplant ist, dann denke ich: Das eine ist schon längst in Gang gesetzt. Wir reden heute im Januar des Jahres 2020 über das, was bereits im August 2019 auf dem Papier stand. Ich finde es gut, dass wir das erste Bundesland sind, das das macht. Aber ich hätte mir ein wenig mehr Konkretes gewünscht, über das wir im Ausschuss hätten diskutieren können. Dann wären wir auch dabei gewesen.

(Beifall SSW und Beate Raudies [SPD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Zunächst hat das Wort der Abgeordnete der CDU-Fraktion Tobias von der Heide.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Martin Habersaat, Ihr Wortbeitrag hat mich dazu ermuntert, noch einmal nach vorne zu gehen. Es stimmt in der Tat; denn auch ich bin großer Fan von Marc-Uwe Kling. Wenn Sie die „Känguru-Chroniken“ ganz genau kennen, dann wissen Sie, dass das Asoziale

(Tobias von der Heide)

Netzwerk regelmäßig Antiterroranschläge macht. Diese Antiterroranschläge fußen ja darauf, dass man versucht, Themen zu penetrieren und immer und immer wieder darauf hinzuweisen, um in der Gesellschaft eine Veränderung herbeizuführen. Genau das ist es doch, was wir mit dem Jahr der politischen Bildung und mit dem Jahr der Bildung für Nachhaltige Entwicklung wollen. Wir wollen auf Themen hinweisen, um gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei diesem Ziel würde ich mich freuen, wenn Sie uns unterstützen würden. Schon in der Bewertung dessen, was wir im letzten Jahr bei der politischen Bildung erreicht haben, können Sie die Einzelmaßnahmen vielleicht kritisieren, aber im Gesamtbild habe ich wahrgenommen: Es wurde sehr, sehr viel über politische Bildung gesprochen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt dann am Ende hoffentlich auch für nachhaltige Entwicklung.

Wir waren kürzlich beim Jahresempfang des Landesjugendrings, bei dem der Landesjugendring selber vorgeschlagen hat: Lasst uns doch 2021 ein Jahr des Engagements oder ein Jahr des Ehrenamts machen. Mir scheint, dass diese Jahre auch außerhalb dieses Hauses doch irgendwie einen bemerkenswerten Einfluss haben.

Zuletzt sei Folgendes gesagt: Das Gesamtwerk von Marc-Uwe Kling hat ja verschiedene Elemente. Ich erinnere mich zum Beispiel an den Song „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten“. Ich empfehle Ihnen, da noch mal reinzuhören. Auch dazu gäbe es hier und da - -

(Heiterkeit und Beifall CDU - Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

- Ja, das ist nicht von Marc-Uwe Kling, aber egal.

In diesem Sinne: Ich habe Ihrer Rede zugehört. Vielleicht gibt es Elemente in meinem Beitrag, die Sie haben überzeugen können. - Danke.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Vertreter und Vertreterinnen der Volkshochschulen Felde, Melsdorf und der Förde-Volkshochschule.

(Beifall)

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat sich der Abgeordnete der AfD-Fraktion Dr. Frank Brodehl gemeldet.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Sie haben eben alle gehört, dass Kollege Habersaat gesagt hat: „Lasst hundert Blumen blühen“, „Großer Sprung“. Sie haben also vom China der 50er-Jahre unter Mao gesprochen.

Ich muss zugeben, dass mich das Vokabular der UNESCO-Roadmap, große Transformation, im ersten Augenblick durchaus auch an das Vokabular von Mao erinnert hat. Aber dass jetzt von einer Partei, die bei historischen Fragen in der Vergangenheit ihre ganz eigene Empfindlichkeit in diesem Hause gezeigt hat, eine Parallele zwischen Mao und dem Hier und Heute gezogen wird, halte ich für unfassbar und für unverantwortlich. Wenn Sie sich mit Mao auskennen, wissen Sie, dass er ein Tyrann war, dass unter ihm 50 Millionen Menschen ermordet worden sind.

Wenn Sie schon keine Zwischenfragen zulassen, dann stellen Sie sich doch hier hin und erklären Sie einmal, was Sie damit gemeint haben! - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Sandra Redmann [SPD]: Das ist ein Heuchler!)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat sich der Abgeordnete der SPD-Fraktion Martin Habersaat gemeldet.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich jetzt nicht zu Wort gemeldet, um auf den letzten Wortbeitrag einzugehen.

Wir haben heute vom Erlebnis Bungsberg gehört, und es gibt zum Beispiel das Naturerlebnis Grabau im Kreis Stormarn. Das sind in der Tat sehr gute Einrichtungen. Jetzt fragen wir: Was trägt das Land dazu bei?

(Zuruf FDP: Es gibt auch Gutes ohne das Land!)

- Es gibt auch Gutes ohne das Land, okay.

Es gibt die Zukunftsschulen in Schleswig-Holstein. Ich habe das eben angesprochen und will das noch ein wenig vertiefen. Ich glaube, die funktionieren

(Martin Habersaat)

da besonders gut, wo die Sparkassen mit sehr viel Engagement und Antrieb dafür sorgen, dass das funktioniert. Anderswo funktioniert es aufgrund des Engagements engagierter einzelner Lehrkräfte, die nach einem Wechsel aber häufig eine Schule zurücklassen, die im nächsten Durchlauf keine Zukunftsschule mehr ist. Da muss man also genauer hinschauen.

Genauer hinschauen will ich auch im zweiten Teil. Bildung für nachhaltige Entwicklung hat das Ziel - das ist meine Wahrnehmung -, eine Generation so zu bilden, dass sie in der Lage ist, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen das mit ihren Bedürfnissen nicht mehr machen können. Wir müssen einräumen, dass wir eine solche Generation nicht sind; denn wir riskieren, dass künftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können. - Ich sehe zustimmendes Nicken bei den Grünen und nicht ganz so zustimmende Reaktionen bei der FDP.

Damit bin ich wieder bei meiner Kritik, die ich schon im ersten Teil geäußert habe. Das Problem betrifft nämlich alle Bereiche. Man muss - wir haben es gehört - über Ökonomie, Ökologie und Soziales reden. Nun komme ich als gelernter Lehrer und sage: Das Thema ist so groß, dass es nicht operationalisierbar ist. Es muss schon konkretisiert werden, damit ich an der Schule damit arbeiten kann.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Wir müssen nicht alles operationalisierbar machen!)

Wenn es denn konkreter sein soll, dann muss ich fragen: Was soll konkreter werden?

Wir haben hier von der CDU eine im wesentlichen landwirtschaftspolitisch geprägte Rede gehört. Von den Grünen haben wir eine lupenreine Agenda-21-Rede gehört. Und wir haben Frau Klahn gehört.

(Anita Klahn [FDP]: Wie schön! - Heiterkeit FDP)

Bei diesen drei Beiträgen gab es keinen gemeinsamen Nenner - mit Ausnahme der Überschrift. Darauf bezog sich meine Kritik. Sie haben sich auf eine Überschrift, auf ein Motto geeinigt; aber es steckt nichts dahinter. Überzeugen Sie uns eines Besseren, und ich werde hier stehen und Sie alle drei loben! - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Was soll schulische Bildung und Erziehung heute eigentlich leisten? Auf den Punkt gebracht: Wir wollen junge Menschen dazu befähigen, sich in einer modernen Gesellschaft zu orientieren und diese zu gestalten. Sie sollen politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und - drängend - eben auch ökologische Fragen und Probleme im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung kompetent bewerten und einordnen können. Wir wollen sie zu demokratisch aktiven Menschen, die ihre eigenen Interessen vertreten können und dabei immer auch konsensbereit bleiben, bilden und erziehen.

Am Lernort Schule können wir zivilgesellschaftliches Engagement anregen und dazu ermuntern. Wir können Schülerinnen und Schülern zeigen, dass ihr Engagement, zum Beispiel im Hinblick auf die Nachhaltigkeitsziele und die Generationengerechtigkeit, wirksam sein kann, dass sie Dinge in unserem Land verändern können, das heißt, dass sie Gestaltungsmöglichkeiten haben.

Deshalb richteten wir im Jahr 2019, dem Jahr der politischen Bildung - Tobias von der Heide hat es schon ausgeführt -, das Scheinwerferlicht bewusst auf die vielen Möglichkeiten der Mitgestaltung, die es in einer demokratischen Gesellschaft gibt. Im Rückblick auf das Jahr der politischen Bildung können wir feststellen: Ja, wir haben viele Schülerinnen und Schüler, aber auch viele Lehrkräfte zusätzlich motiviert, sich aktiv an demokratischen Prozessen zu beteiligen.

Natürlich war und ist es unser Ziel, die Bedeutung der Demokratiebildung auch über 2019 hinaus im Bewusstsein aller an Schule Beteiligten - vornehmlich der Schülerinnen und Schüler, aber auch im Bewusstsein der Gesellschaft insgesamt - stärker zu verankern.

In diesem Sinne war das Jahr der politischen Bildung sozusagen der Vorläufer, und das Jahr der Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist die konsequente Fortsetzung des Vorjahres, übrigens auch der Diskussion über Fridays for Future. Vielleicht ist Herr Habersaat bei unserer letzten Debatte krank gewesen; ich weiß es nicht mehr so genau. Ich glaube, wir haben umfangreich darüber berichtet, dass wir an den Schulen bereits im vergangenen Jahr eine Vielzahl von Projekten im Kontext von Fridays for Future angeregt und durchgeführt haben und

(Ministerin Karin Prien)

dass das natürlich auch zu der Auseinandersetzung gehört hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Dennys Bornhöft [FDP])

Das ist auch deshalb so wichtig, weil es, wie die Bildungswissenschaftlerin Mandy Singer-Brodowski untersucht hat, als Voraussetzung dafür, dass die jungen Leute bereit sind, sich mit dem Themenkomplex nachhaltige Entwicklung zu beschäftigen, ganz entscheidend darauf ankommt, dass wir ihnen aufzeigen, dass BNE Sinn hat, dass es sich lohnt, sich für diese Ziele zu engagieren. Die jungen Menschen dürfen die berechnete Hoffnung haben, durch ihr Engagement und ihr Handeln etwas zu verändern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
vereinzelte CDU)

Das bedeutet dann eben auch eine große Verantwortung für uns Politiker, insbesondere für uns Bildungspolitiker; denn junge Menschen erwarten zu Recht verantwortungsvolles Handeln von uns.

Bildung für nachhaltige Entwicklung umfasst - auch das wurde bereits ausgeführt - weit mehr als die Frage des Klimaschutzes. Dabei geht es um alle Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. BNE eröffnet neue Perspektiven und animiert die Lernenden, Zusammenhänge zu entdecken und sich selbständig Erkenntnisse zu erarbeiten. Sie befähigt junge Menschen dazu, auf gemeinschaftliche Weise eine lebenswerte Zukunft zu gestalten. BNE will dabei Lerninhalte in neue Beziehungen zueinander setzen und die erforderlichen Methoden vermitteln, um den erlernten Stoff bei der Mitgestaltung unserer Welt einsetzen zu können. BNE ist eben - wie Demokratiebildung - kein zusätzlicher Lernstoff oder gar ein neues Unterrichtsfach; es ist vielmehr eine Querschnittsaufgabe für die Schule und die gesamte Gesellschaft.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Bildungsministerium hat - übrigens schon in der vergangenen Legislaturperiode; das will ich ausdrücklich sagen - bereits viele wichtige, große und kleine, Schritte auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit in der Bildung unternommen, übrigens gemeinsam mit vielen Partnern, auch mit Stiftungen, mit denen wir in Schleswig-Holstein intensiv zusammenarbeiten, sowie mit vielen außerschulischen Lernorten. Wir haben BNE inzwischen in allen Anforderungen, auch in den neuen Fachanforderungen, fest verankert. Das geht natürlich mit einer

Veränderung der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften einher. Aber auch die erste Phase der Lehrerbildung wird entsprechend angepasst.

Wir können auf fest etablierte Strukturen zurückgreifen. Wir haben in jedem Kreis Fachberaterinnen für Umwelterziehung und BNE, die konkret und regionalisiert schulische Aktivitäten anregen, unterstützen und vernetzen. Wir haben inzwischen mehr als 300 Zukunftsschulen im Land; über 200 sind re-zertifiziert. Insofern können wir gemeinsam auch ein Stück weit stolz sein auf das, was in Schleswig-Holstein schon erreicht wurde.

Wir haben Schulnetzwerke, die sich auf BNE fokussieren. Das sind nicht nur die Zukunftsschulen, sondern auch die UNESCO-Projektschulen und die UNESCO-Baltic-Sea-Project-Schulen. Wir werden dort weitermachen und noch mehr tun als das, was wir bereits im Jahr 2019 geleistet haben.

Der Kongress, den wir für den 28. Februar 2020 vorbereiten, wird selbstverständlich gemeinsam mit allen relevanten Akteuren, vor allem Schülerinnen und Schülern, vorbereitet. Wir beteiligen insbesondere die Schülerinnen und Schüler der Schulen, die ich gerade genannt habe. Auch die Landesschülervertretung wird eingebunden. Die Schülerinnen und Schüler gestalten diesen Kongress maßgeblich selbst mit. Das ist ein guter Weg, an diese Themen heranzugehen.

Das wird keine Eintagsfliege sein. Wir werden den Kongress auf digitalem Wege weit in das Land hinein übertragen. Es wird Folgeveranstaltungen geben. Auch diese sind schon konkret geplant. Insbesondere wird am 5. Juni 2020 eine landesweite Digitalkonferenz stattfinden.

Meine Damen und Herren, wichtig ist mir dabei immer auch der Bezug zur eigenen Heimat. Es geht mir auch und vor allem um die Probleme und die Auswirkungen unmittelbar vor der eigenen Haustür; denn erst der Blick auf die Herausforderungen der eigenen Region öffnet den Kindern und Jugendlichen den Blick auch auf die globalen Probleme.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Dennys Bornhöft [FDP])

Meine Damen und Herren, wir werden diesen Prozess gemeinsam und generationenübergreifend gestalten. Ich lade Sie alle, alle Fraktionen, ausdrücklich dazu ein, uns hierbei zu begleiten. Ich bin mir sicher, es wird gelingen, dass Schleswig-Holstein auf diesem Themenfeld weiter eine Vorreiterrolle einnimmt. Ich freue mich darauf und bedanke mich für die Diskussion zu Ihrem Antrag.

(Ministerin Karin Prien)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um knapp 2 Minuten überschritten. Davon können jetzt theoretisch alle Fraktionen Gebrauch machen. - Ich sehe aber nicht, dass das der Fall ist.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Die Mitglieder der CDU-Fraktion zögern mit der Zustimmung - Heiterkeit SPD - Martin Habersaat [SPD]: Wir sind überzeugt von unserer Enthaltung!)

Die Gegenprobe! - Enthaltungen? -

(Zuruf SPD: So geht das! - Christopher Vogt [FDP]: Hey, Enthaltung!)

Damit ist der Antrag Drucksache 19/1783 mit den Stimmen von - -

(Zuruf SPD: Vielleicht hätten wir gemeinsam mit euch den Arm heben müssen!)

- Ich würde jetzt gern das Ergebnis der Abstimmung vortragen. - Damit ist der Antrag Drucksache 19/1783 mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und der Fraktion der AfD bei Enthaltung von SPD und SSW angenommen.

(Beifall FDP)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein bedarfsgerecht sicherstellen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1917

Rahmenbedingungen für die Kurzzeitpflege endlich verbessern

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1951

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Abgeordnete der SPD-Fraktion, Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im März 2019 haben wir Sozialdemokraten die fehlenden Kurzzeitpflegeplätze im Land und die daraus resultierenden Auswirkungen bereits thematisiert. Jedoch wurde unser Antrag ohne eine fachliche Diskussion im Ausschuss dazu abgelehnt. Die Jamaika-Koalition schob die Verantwortung, wie so oft, Richtung Berlin.

Warum stellen wir diesen Antrag also erneut? Die Landesregierung hat in der Zwischenzeit immer noch kein Konzept zur Verbesserung der Situation vorgelegt und ist weiter untätig. Die Koalition hat auf Bundesebene, wie von Jamaika gefordert, im Dezember 2019 eine Stärkung der Kurzzeitpflege und eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung auf den Weg gebracht, die auch die Beschlüsse der ASMK berücksichtigt, die einige SPD-Länder auf den Weg gebracht haben. Aber vor allem stellen wir den Antrag erneut, weil die Situation für die betroffenen Menschen weiterhin schlecht ist, denn die Zahl der Kurzzeitpflegeplätze im Land reicht weiterhin nicht aus.

Kurzzeitpflege und Verhinderungspflege sind ein wichtiges Angebot in der Gesundheitsversorgung. Man spricht von Kurzzeitpflege, wenn eine pflegebedürftige Person für eine begrenzte Zeit eine vollstationäre Pflege benötigt. Das kann zum Beispiel nach einem Krankenhausaufenthalt der Fall sein. Wenn pflegende Angehörige sich selbst in Behandlung begeben müssen oder in einen wohlverdienten Urlaub möchten, sprechen wir von sogenannter Entlastungspflege. Laut AOK NORDWEST haben wir zurzeit 1.658 sogenannte eingestreute Kurzzeitpflegeplätze, also Betten im normalen vollstationären Bereich. Für Kinder gibt es diese Angebote in Schleswig-Holstein überhaupt nicht.

Das wachsende Problem ist, dass die Einrichtungen voll sind und diese Betten also faktisch gar nicht zur Verfügung stehen. Die Nachfrage nach vollstationärer Pflege steigt im Takt mit einer immer älter werdenden Gesellschaft. Die Kurzzeitpflege kommt dabei zu kurz.

Immer wieder betonen wir, auch letztens auf dem Empfang des Sozialverbands, wie wichtig die pflegenden Angehörigen im System Pflege sind und wie achtsam wir mit ihnen umgehen müssen. Sie sind nun einmal der größte Pflegedienst im Land. Ohne sie würde das gesamte System zusammenbrechen.

(Beifall SPD)

(Birte Pauls)

Die Realität ist aber leider eine andere. Wir können den pflegenden Angehörigen nicht einmal das gewährleisten, was ihnen an Entlastung zusteht, zum Beispiel einen Kurzzeitpflegeplatz für ihre Pflegebedürftigen, damit sie sich von der Dauerbelastung erholen können. Wer pflegender Angehöriger ist, fährt nicht mal eben spontan in den Urlaub. Lange Wartezeiten oder spontane Angebote erschweren die Situation und machen langfristige Pläne unmöglich.

Das Vorhalten von Kurzzeitpflege ist für die Einrichtungen wirtschaftlich und organisatorisch nicht attraktiv, weil es eines erhöhten Aufwands bedarf. Die Einrichtungen sind nicht verpflichtet, diese Plätze auch wirklich für die Kurzzeitpflege freizuhalten. Die leerstehenden Betten werden nicht vergütet.

Wir können es den Einrichtungen nicht zumuten, das finanzielle Risiko für die Vorhaltung von Kurzzeitpflegeplätzen zu tragen. Gleichzeitig aber dürfen wir das Angebot von Kurzzeitpflegeplätzen nicht dem freien Markt und damit dem Zufall überlassen.

(Beifall SPD)

Da haben wir einen gesetzlichen Auftrag. Laut § 9 Sozialgesetzbuch XI sind die Länder für die Vorhaltung einer leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen Versorgungsstruktur zuständig. Deshalb bitte ich darum, beide Anträge in den Sozialausschuss zu überweisen, sodass wir miteinander in einem kleinen Rahmen mit einigen wenigen Experten angemessen darüber diskutieren können.

Die meisten Menschen möchten solange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung mit den lieb gewonnenen Netzwerken und bekannten Strukturen bleiben. Ihnen das zu organisieren, muss doch unsere Aufgabe sein. Dazu gehört eben auch eine gute Mobilisation und die Überbrückung einer Krisensituation, die zu Hause nicht möglich ist, aber ein Nach-Hause-Kommen wieder möglich macht.

Wenn wir es also mit ambulant vor stationär wirklich ernst meinen, wenn wir den Lobeshymnen auf die pflegenden Angehörigen über die Sonntagsreden hinaus auch Taten folgen lassen wollen, dann muss diese Landesregierung jetzt und hier handeln und ihrer gesetzlichen Verpflichtung endlich nachkommen.

Andere Bundesländer haben schon Programme zur Stärkung der Kurzzeitpflege aufgelegt. Es gibt Pauschalen für leerstehende Betten, Investitionskosten-

zuschüsse und viele andere gute Ideen. Wir erneuern mit unserem Antrag daher die Forderung nach einem Konzept für eine bedarfsgerechte und solitäre Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein. Träger und Kassen sind motiviert.

Der Minister hat Gestaltungsmöglichkeiten, die er dringend nutzen sollte. Wir helfen auch gern mit. Alle handfesten Aufgaben immer nur in Richtung Berlin zu schieben, ist uns an dieser Stelle zu dünn und wird der Verantwortung nicht gerecht.

Willy Brandt hat einmal gesagt:

„Politik taugt nur etwas, wenn sie das Leben der Menschen besser macht.“

Auf geht's, Herr Minister! Wir sind gern an Ihrer Seite.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! In diesem Parlament sind wir uns alle einig, dass wir zu wenig Kurzzeitpflegeplätze haben. Wir alle finden es bedauerlich und versuchen, es zu ändern, dass in Schleswig-Holstein keine solitäre Kurzzeitpflege angeboten wird.

Derzeit gibt es - Frau Pauls hat es gesagt - in Schleswig-Holstein nicht einmal 1.700 Kurzzeitpflegeplätze. Es handelt sich dabei um die sogenannte eingestreute Kurzzeitpflege in Alten- und Pflegeheimen. Die Pflegenden erfahren dort eine andere Pflege als in solitären Einrichtungen. In diesen steht die Zurückgewinnung der Selbständigkeit im Vordergrund und nicht die Fortführung der Pflege. Ich glaube, dass das ein anderer Ansatz ist. Wenn jemand nach einem Krankenhausaufenthalt nicht in der Lage ist, selbst zurechtzukommen, sind diese Einrichtungen der solitären Kurzzeitpflege genau das Richtige.

Es kann uns allen passieren, darauf angewiesen zu sein. Deswegen sollten wir alles daransetzen, dass wir diese Möglichkeit der Betreuung in Schleswig-Holstein wiedererlangen.

(Beifall CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Katja Rathje-Hoffmann)

Das ist allerdings nicht unbedingt nur ein Problem in Schleswig-Holstein; das wissen wir. Das gilt für die gesamte Bundesrepublik. Es gibt keine ausreichende Anzahl von Plätzen in der solitären Kurzzeitpflege. Das müssen wir irgendwie ändern.

Ich glaube, es ist keine gute Lösung, einfach Geld zuzuschütten. Der Mangel an diesen Plätzen rührt daher, dass es nicht wirtschaftlich ist, diese Pflege zu betreiben. Es ist eine ungenügende Wirtschaftlichkeit. Das von den Einrichtungen zu verlangen, ist Blödsinn. Wir müssen zusehen, dass das gut finanziert wird und die Einrichtungen wirtschaftlich arbeiten können.

In vergangenen Jahren haben wir das festgestellt und einen gemeinsamen Antrag gehabt. Wir haben das gemeinsam - bis auf die SPD, sie hat sich enthalten - auf den Weg gebracht. Unser Minister war tätig. Er hat es in Berlin vorgebracht. Im November 2019 wurde die Bundesregierung von Minister Garg aufgefordert, tätig zu werden.

Nun liegt fast der gleiche Antrag wie im letzten März vor. Der Bundestag hat sich mit diesem Problem beschäftigt. Das war seit Langem notwendig. CDU/CSU und SPD haben den Antrag verabschiedet, dass das Angebot der verlässlichen Kurzzeitpflege durch eine tragkräftige Vergütung gestärkt werden soll. Das hört sich ziemlich gut an. Aber es müssen auch Taten folgen. Da sehe ich ein Manko. Es heißt in diesem Antrag, das Ganze solle finanzneutral sein. Ich sehe nicht, dass das den Anschein einer Lösung erweckt. Das ist kritikwürdig.

Es ist unumgänglich, die Finanzierung weiterzuentwickeln, sodass eine auskömmliche Finanzierung sichergestellt werden kann. Außerdem müssen die Vergütungsvereinbarungen modifiziert werden. Daran geht kein Weg vorbei. Wir müssen auch berücksichtigen, dass in der Kurzzeitpflege die Verweildauer mit einem hohen organisatorischen Aufwand verbunden ist und hohe Vorhaltekosten anfallen, die bisher nicht vergütet werden. Es gibt eine schwankende, nicht planbare Nachfrage. Auch das ist nichts Neues. Zudem gibt es unterschiedliche Betreuung- und Pflegeerfordernisse und einen hohen Koordinationsaufwand für Krankenhäuser, Ärzte, Therapeuten und die Einrichtungen. Die fachlichen Anforderungen sind nach wie vor hoch, und es ist notwendig, dass sie hoch sind.

In Schleswig-Holstein haben wir bereits viel für die Pflege getan. Erfreulich ist, dass die Leistungen für die Kurzzeitpflege seit nunmehr sechs Jahren flexibilisiert und ausgeweitet worden sind - das ist ja auch schön - und währenddessen Leistungsbeiträge

und die Anrechnung bei Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger verbessert worden sind.

Auf Bundesebene muss nun entschieden werden, die Vergütung der Kurzzeitpflege anzuheben, um solche wichtige Pflegeplätze auskömmlich und wirkungsvoll betreiben zu können. Das ist unsere Forderung. Nach wie vor unterstreichen wir unsere Forderung nach einer breiten Einnahmestruktur, die Einführung eines Steuerzuschusses in der Pflegeversicherung. Wir brauchen neue Möglichkeiten für eine bedarfsorientierte Anpassung des Leistungsangebots. Das fordern wir vom Bund, das kann man nicht oft genug wiederholen.

Wir haben in unserem Alternativantrag acht Punkte aufgeführt, die wir im Ausschuss besprechen müssen. Ich finde es gut, dass es ein Portal geben soll, mit dem sich pflegende Familienangehörige informieren können, wo es in der Nähe einen Kurzzeitpflegeplatz gibt; ich wünsche mir ein bisschen mehr Serviceorientierung.

Ich stimme dem Vorschlag zu, dass wir uns im Ausschuss darüber unterhalten und uns mit Fachleuten austauschen, wie wir die Situation in Schleswig-Holstein und womöglich in ganz Deutschland verbessern können. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Krankheit oder Alter und manchmal auch ein Unfall können von einer Sekunde zur anderen dazu führen, dass Menschen pflegebedürftig werden; leider trifft es oft auch junge Menschen, leider trifft es sie unverhofft, und leider sind sie häufig überhaupt nicht darauf vorbereitet, was das für sie und ihre Familie bedeutet. Deswegen bedanke ich mich bei der SPD-Fraktion, dass sie das Thema noch einmal auf die Tagesordnung bringt.

Es ist richtig, dass Jamaika und unser Minister tätig geworden sind, trotzdem ist es richtig und wichtig, immer wieder nachzusetzen und zu fragen: Wie weit ist es denn, und was können wir hier tun, was bisher noch nicht getan worden ist?

Dem wollen wir uns gern stellen. Der Anlass ist schlimm genug. Die Kurzzeitpflegeplätze reichen hinten und vorne nicht aus. Etwa 109.000 Personen

(Dr. Marret Bohn)

erhalten Leistungen zur Pflege der Pflegeversicherung. Etwa zwei Drittel davon werden zu Hause gepflegt; das sind etwa 70.000. Dann sollen 1.700 Plätze in der Kurzzeitpflege ausreichen? Das kann doch überhaupt nicht funktionieren!

Deswegen haben Sie völlig recht, und ich begrüße, dass die SPD-Fraktion es sagt: Wir müssen mehr Druck machen. Das ist ja auch ein Appell an Sie selbst. Auch Frau Kollegin Rathje-Hoffmann hat deutlich gemacht, dass der Druck von Schleswig-Holstein aus nach Berlin noch einmal erneuert werden kann. Das müssen wir im Sinne der Pflegebedürftigen, aber auch der Pflegekräfte dringend tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kurzzeitpflege wird auch deswegen immer wichtiger, weil sie die Brücke zwischen der stationären Behandlung im Krankenhaus und dem ist, was das Ziel aller Patientinnen und Patienten ist, nach Hause zurückzukehren. Wenn diese Brücke aber so schmal ist und kein Platz für alle da ist, kann das nicht funktionieren, dann bleiben die Patientinnen und Patienten in den Krankenhäusern und kommen erst recht nicht nach Hause. Das ist nicht im Sinne einer guten Versorgung. Deswegen freue ich mich, dass wir von Jamaika einen ganzen Katalog an sinnvollen Maßnahmen zusammengestellt haben, wie die Struktur besser gemacht werden kann.

Ich sage an dieser Stelle einmal ganz deutlich: Ich bin etwas enttäuscht von der Großen Koalition, dass sie tatsächlich meint, dass so etwas finanzneutral gehen könnte. Wie soll das funktionieren?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich möchte noch einmal auf die pflegenden Angehörigen zurückkommen. Wenn Sie sich überlegen, was es bedeutet, 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche die eigenen Angehörigen zu pflegen und theoretisch das Recht zu haben, sich einmal auszuruhen und vor Burnout zu schützen, dieses Recht aber überhaupt nicht in Anspruch nehmen zu können - das darf nicht so bleiben. Es ist unser Auftrag, dass wir das ändern. Die Demografie gibt uns dort Rückenwind. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Sozialausschuss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete der Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kurzzeitpflege ist ein wichtiger Bestandteil unseres Gesundheitssystems. Sie trägt dazu bei, Pflegebedürftige und Angehörige in schwierigen Situationen zu entlasten und möglichst lange eine häusliche Pflegesituation zu gewährleisten. Denn die allermeisten Menschen wollen bei einer Pflegebedürftigkeit möglichst lange in ihrer Wohnung bleiben. Überwiegend ist dies zum Glück auch der Fall, da weit über die Hälfte der Pflegebedürftigen zu Hause betreut wird.

Dies ist aber nur durch die vielen pflegenden Angehörigen möglich. Ohne die Angehörigen, die jeden Tag einen außerordentlichen Dienst tun und dabei selbst oft finanzielle wie mentale Einbußen in Kauf nehmen, wäre unser Sozialsystem nicht aufrechtzuerhalten. Ohne sie wäre der Wunsch der meisten Menschen, möglichst lange zu Hause zu altern, nicht umzusetzen.

Die Kurzzeitpflege nach § 42 SGB XI ist ein wichtiges Element, vor allem in Notsituationen. Viele haben es in der Familie oder im Bekanntenkreis sicherlich schon einmal selbst erlebt, dass kurzfristig eine stationäre Unterbringung zur Überbrückung erforderlich ist.

In der Begründung des SPD-Antrags wird erwähnt, dass die Kurzzeitpflege den pflegenden Angehörigen ermöglichen soll, eine Auszeit von der Pflege zu nehmen. Das ist nicht haargenau richtig; dabei handelt es sich eigentlich um ein anderes Instrument, nämlich die sogenannte Verhinderungspflege gemäß § 39 SGB XI. Diese kann auch in der häuslichen Umgebung erfolgen und ist ein weiteres stabilisierendes Instrument für die häusliche Pflege.

Das kann man leicht durcheinanderbringen, und wir haben festgestellt, dass es prinzipiell Sinn macht, die Entlastungspflege und die Verhinderungspflege zusammenzulegen, weil beide Instrumente die Pflege vor Ort stärken und bürokratische Hürden geschliffen werden können.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD stehen richtige Dinge, so auf den Seiten 96 und 97. Richtige Dinge müssen aber auch richtig angegangen werden. Die GroKo hat verabredet:

(Dennys Bornhöft)

„Wir werden die Angebote für eine verlässliche Kurzzeitpflege stärken, indem wir eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung sicherstellen.“

Das hat die Bundesregierung richtig erkannt und im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass die Vergütung von Kurzzeitpflegeplätzen derzeit nicht auskömmlich ist. Das ist der Grund dafür, dass es in Deutschland bisher so wenig alleinige Kurzzeitpflegeeinrichtungen, die sogenannten solitären Einrichtungen, gibt und auf der anderen Seite die eingestreuten Plätze hier und da oftmals für besser vergütete Langzeitpflegeplätze verwandt werden. Das landesseitige Zurverfügungstellen von Investitionsmitteln für vermeintliche solitäre Einrichtungen macht nur dann Sinn, wenn diese Plätze, nachdem man investiert hat, betriebswirtschaftlich mit der Pflegeversicherung finanziert werden können. Das können Sie derzeit leider nicht; das ist das Problem.

Nun ist das im Bundestag insofern angekommen, als sowohl CDU/CSU, SPD als auch FDP im Dezember 2019 dazu Anträge gestellt haben, die jetzt im Bundesgesundheitsausschuss liegen. Hoffen wir einmal, dass es dort zur Umsetzung kommt.

Wir müssen die Bundesregierung auch an dieser Stelle daran erinnern, was sie den Menschen in Deutschland versprochen hat: einen höheren Vergütungssatz für die Kurzzeitpflege sowie bessere Arbeitsbedingungen für die Angestellten.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Dies ist zwingend erforderlich. Damit das aber nicht wieder wie bisher nur auf den finanziellen Schultern der Pflegebedürftigen ausgetragen wird, brauchen wir einen Steuerzuschuss für die Pflegeversicherung; denn das ist nicht zum Nulltarif zu haben.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Beate Raudies [SPD]: Aber Sie wollen doch die Steuern senken!)

- Wenn man als Bundesfinanzminister 13 Milliarden € Überschuss hat, sollte man erst einmal mit dem Überschuss umgehen, bevor man über weitere Steuererhöhungen nachdenkt, liebe Frau Raudies. Das sollten Sie als finanzpolitische Sprecherin wissen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Ja, so ist Politik.

(Martin Habersaat [SPD]: Liberale Politik!)

Wie festgestellt, überfordern die Eigenanteile die Bevölkerung. Deshalb bedarf es einer grundlegenden Reform der Pflegeversicherung. - Bis eben dachte ich, dass die SPD dabei wäre. Vielleicht ist es inzwischen anders - wie es Frau Raudies gerade passt. Schade drum!

Wir haben die Forderung, dass die grundlegende Reform, dass die Pflegeversicherung auf finanziellen Füßen stehen muss, schon 2019 in den Bunderrat geschickt. Dort gab es einen entsprechenden Beschluss. Die solitären Kurzzeitpflegeeinrichtungen müssen bei dieser Reform mitgedacht werden. Nur wenn die finanziellen Rahmenbedingungen verbessert werden, können in Schleswig-Holstein dauerhaft mehr Kurzzeitpflegeplätze entstehen und gehalten werden.

Daher fordern wir die Bundesregierung und den Bundestag auf, den finanziellen Rahmen gemäß dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Ich freue mich auf die gemeinsame Beratung im Sozialausschuss - vielleicht auch mit Ihnen, Frau Raudies. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Kurzzeitpflege kann in Anspruch genommen werden, wenn die Versorgung zu Hause dauerhaft oder vorübergehend nicht im erforderlichen Umfang gewährleistet werden kann. Mithilfe der Kurzzeitpflege soll eine Übergangszeit nach einer stationären Behandlung oder eine kurzfristige Krisensituation in der häuslichen Versorgung bewältigt werden. Die Kurzzeitpflege soll die häusliche Versorgung stärken, eine stationäre Langzeitpflege hinauszögern oder möglichst sogar verhindern.

Genau das liegt im Interesse der Pflegebedürftigen. Viele Menschen wollen so lang wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben. In der Praxis ist es leider tatsächlich so, dass die Kurzzeitpflege nicht so funktioniert, wie sie sollte. Dies liegt maßgeblich an den schlechten Rahmenbedingungen und natürlich auch an wirtschaftlichen Zwängen. Kurzzeitpflegeplätze sind organisatorisch an die Pflegeheime angebunden. Es gibt wohnortnah viel zu wenige davon. Viele Einrichtungen haben diese Kurz-

(Claus Schaffer)

zeitpflegeplätze in reguläre Plätze umgewandelt, weil es schlichtweg wirtschaftlicher ist.

Kurzzeitpflege erfordert einen hohen Personaleinsatz, eine gezielte Förderung und ein regelmäßiges Training, um die Menschen in die Lage zu versetzen, dass sie wieder in ihre Wohnung zurückkehren können. Kurzzeitpflege kostet also Geld - das ist ein entscheidendes Kriterium -: es fehlt in der Kurzzeitpflege nicht nur an Geld, sondern auch an geeignetem und gut ausgebildetem Personal. Kurzzeitpflege ist daher für viele Träger der Pflegeheime schlicht unwirtschaftlich und vielfach auch nicht leistbar.

Im Ergebnis verfehlte die Idee der Kurzzeitpflege aufgrund des Personalmangels und damit einhergehender gezielter Förderung der pflegebedürftigen Menschen ihre selbstgesteckten Ziele klar und eindeutig. Das zeigen auch die Ergebnisse der Kurzzeitpflege sehr anschaulich: Etwa 80 % der Pflegebedürftigen müssen entweder wieder zurück ins Krankenhaus, oder es folgt die reguläre, vollstationäre Pflege - also genau das, was wir eigentlich nicht wollten.

Die Forderung, ein bedarfsgerechtes, wohnortnahes Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen in Schleswig-Holstein sicherzustellen sowie die Qualität für eine fachgerechte Kurzzeitpflege zu gewährleisten, tragen wir mit. Hierzu gehört auch das Konzept, solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtungen stärker mit Investitionsmitteln zu fördern. Auch das ist richtig, und hier sind die Länder in der Pflicht. Die Vorhaltung einer leistungsmäßig und zahlenmäßig ausreichenden Pflegeversorgungsinfrastruktur liegt in der Verantwortung der Länder. Die Länder haben damit die Verantwortung für die Planung und Förderung der Pflegeeinrichtungen.

Es sind auch die Länder, die Einsparungen aus der Einführung der Pflegeversicherung für die Sozialhilfeträger zum Aufbau der Pflegeinfrastruktur und zur Investitionskostenförderung nutzen sollten. Im Jahr 2015 lagen diese Einsparungen im Bund bei rund 5 Millionen € Trotzdem werden die Investitionskosten, also alle Kosten, die für den Betrieb der Pflegeeinrichtungen notwendig sind, derzeit hauptsächlich von Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und den Trägern aufgebracht. Diese Kosten liegen in Schleswig-Holstein bei durchschnittlich 600 € im Monat. Hinzu kommt eine stetig wachsende finanzielle Belastung der Pflegebedürftigen infolge steigender Kosten der Pflege selbst sowie der Unterkunft und der Verpflegung.

Der Ausbau an Kurzzeitpflegeplätzen in unserem Land muss stärker gefördert werden. Daran führt kein Weg vorbei, das hörten wir schon von allen Vorrednern.

(Beifall AfD)

Das Konzept solitärer Kurzzeitpflegeeinrichtungen, also Einrichtungen, die sich ausschließlich um Übergangspatienten kümmern, ist hier ein Erfolg versprechender Ansatz, um die Situation der Pflegebedürftigen zu verbessern. Das Land allein kann schon über die Erhöhung der Zuschüsse für die Investitionskostenfinanzierung der Pflegeeinrichtungen seinen finanziellen Anteil für eine Verbesserung der Situation in der Kurzzeitpflege leisten. Die AfD-Fraktion begrüßt daher jede Initiative in Bund und Land, die zur Verbesserung der Kurzzeitpflege beiträgt. Lassen Sie uns darüber gern im Ausschuss beraten. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor nicht einmal einem Jahr haben wir hier das letzte Mal über die Situation der Kurzzeitpflege diskutiert. Spätestens da dürfte eigentlich allen klar geworden sein, dass wir hier vor handfesten Problemen stehen. Diese Probleme sind vielleicht nicht überall gleich groß. Nicht zuletzt die Antwort auf die Kleine Anfrage der Kollegin Birte Pauls zeigt ja die regional sehr ungleiche Verteilung der Plätze. Aber nach Einschätzung vieler Experten hat die Unterversorgung zumindest in Teilen des Landes gefährliche Ausmaße angenommen. Für den SSW ist das Grund genug, um gegenzusteuern. Für uns ist klar, dass wir alle Möglichkeiten nutzen müssen, um die verschiedenen Angebote der Kurzzeitpflege auszubauen.

Schon in der Debatte im März 2019 habe ich erleichtert festgestellt, dass diese Form der Pflege von niemandem als Zusatz- oder Luxusangebot gesehen wird. Ich hatte den Eindruck, dass wir eigentlich alle mehr für diesen Bereich tun wollten. Es ist wirklich wichtig, dass wir uns daran erinnern und entsprechend handeln, denn Kurzzeitpflege ermöglicht pflegebedürftigen Menschen für einen begrenzten Zeitraum den stationären Aufenthalt in einer Pflegeeinrichtung oder in einer entsprechenden Abteilung im Krankenhaus. Das ist nicht nur für sie, son-

(Flemming Meyer)

dern oft auch für ihre Angehörigen eine große Hilfe - zum Beispiel dann, wenn sie aufgrund einer Krise oder Krankheit eine Zeit lang nicht selbst pflegen können oder einfach einmal eine Auszeit brauchen. Deshalb muss es unser Ziel sein, dass jeder Mensch, der Kurzzeitpflege braucht, auch einen entsprechenden Platz bekommt.

Leider ist aber genau diese Möglichkeit längst nicht immer und für jeden gegeben. Trotz erweiterter Unterstützung für pflegende Angehörige im Rahmen des Ersten Pflegestärkungsgesetzes haben wir landesweit unverändert nur um die 1.600 Kurzzeitpflegeplätze. Im Verlauf der Debatte wurde mehrfach erwähnt, dass es sich hierbei eben nur um eingestreute Plätze handelt. Das heißt, dass diese Plätze nicht für Kurzzeitpflege reserviert sind, sondern im Zweifel dauerhaft vollstationär belegt werden. Aus Sicht der Betreiber macht das Sinn, denn es erfordert einen weit geringeren organisatorischen Aufwand und bringt eine höhere Auslastung und damit natürlich mehr Geld. Im Ergebnis stehen wir damit aber vor dem Problem der Unterversorgung.

Es ist nicht ganz unberechtigt, bei diesem Thema auf den Bund zu zeigen. Das allein wird aber kaum reichen. Zwar haben sich CDU und SPD die Stärkung der Kurzzeitpflege durch eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung in den Koalitionsvertrag geschrieben. Wie wir aber wissen, ist bis heute kaum etwas passiert. Vor allem CDU und SPD sind unverändert aufgefordert, bei ihren Kolleginnen und Kollegen im Bund Druck zu machen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch die Landespolitik muss sich weiter für verbesserte Rahmenbedingungen im Pflegebereich einsetzen. Das Land kann eben auch über seine Investitionsmittel Anreize zur Stärkung der Kurzzeitpflege geben. Das sollten wir gerade mit Blick auf die sogenannten solitären, also eigenständigen, Einrichtungen tun, die es in Schleswig-Holstein ja überhaupt nicht mehr gibt.

Aus Sicht des SSW sind Bund und Land also gleichermaßen in der Verantwortung. Deshalb habe ich im Ausschuss am 25. April 2019 sowohl dem Antrag der SPD wie dem der Koalition zugestimmt. Es liegt auf der Hand, dass der Bund gefragt ist, wenn es um eine sichere finanzielle Basis für die Kurzzeitpflege geht, zum Beispiel durch die angeregte höhere Vergütung dieser Leistungen oder über einen Steuerzuschuss. Wir hoffen sehr, dass man dieses wichtige Thema in Berlin nicht weiter verschleppt. Aber auch das von der SPD geforderte

Landeskonzept ist und bleibt sinnvoll, denn letztlich müssen wir als Land den Hut aufhaben, damit diese Angebote auch wirklich dem Bedarf entsprechend und wohnortnah ausgebaut werden.

(Beifall SSW und Birte Pauls [SPD])

Ganz grundsätzlich glaube ich, dass wir hier und heute wirklich gut beraten sind, alles zu unterstützen, was zu Verbesserungen führt, denn die Zeit drängt. - Jo tak.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich musste letzte Woche - ich weiß nicht, wie es Ihnen ging - etwas schmunzeln, als ich eine Pressemitteilung der Opposition gelesen habe. Da stand - ich zitiere -:

„In der Frage, wie man die Pflege zukunftsicher aufstellt, liegen CDU, FDP und Grüne so weit auseinander, dass sie sich gegenseitig am Fortschritt hindern.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will das einmal zum Anlass nehmen, am Anfang meiner Rede ganz bescheiden darauf hinzuweisen, dass diese Landesregierung in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren als erstes das Schulgeld der Altenpflege, als wir noch die Altenpflegeausbildung hatten, von 310 € auf 450 € und gleichzeitig die Zahl der geförderten Schulplätze auf insgesamt 2.100 Plätze erhöht hat, sodass zum ersten Mal in der Geschichte des Landes - zum Glück - kein einziger Auszubildender, keine einzige Auszubildende mehr Schulgeld bezahlen musste.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben innerhalb der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit die reibungslose Umsetzung der umfassendsten Pflegeberufereform, die in den letzten 30 Jahren auf den Weg gebracht wurde, hinter uns gebracht. Da gucke ich einmal Marret Bohn an und sage: Bei den neuen Gesetzen, Verordnungen und Erlassen hat es uns nicht gerade an Innovationsfreudigkeit gefehlt, sondern wir haben das prima hinbekommen. Wir haben miteinander Mietkostenzu-

(Minister Dr. Heiner Garg)

schüsse und Investitionskostenzuschüsse für Altenpflegeschulen bereitgestellt, und wir haben - das ist zentral für die Verbesserung der Situation der Pflegebedürftigen - gemeinsam mit anderen Bundesländern eine Bundesratsinitiative zur Begrenzung der Eigenanteile der Pflegebedürftigen auf den Weg gebracht, die Einführung eines Steuerzuschusses erfordert - eine Grundvoraussetzung dafür, dass es Pflegebedürftigen dauerhaft bessergeht.

(Beifall FDP und CDU)

Vor dem Hintergrund verwundert es nicht, dass zeitgleich, während die Opposition - das muss sie machen; sie muss irgendwo die Nadel im Heuhaufen suchen - -

(Birte Pauls [SPD]: Die Nadel im Heuhaufen?)

- Die Anerkennung des Sozialverbandes Deutschland, der der Jamaika-Koalition ein gutes Zeugnis im Hinblick auf ihre Pflegepolitik ausgestellt hat, ist für uns Ansporn, noch besser zu werden - sich nicht auszuruhen, sondern noch besser zu werden.

(Beifall FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich kann gut verstehen, dass man das nicht hören mag, aber im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD auf Bundesebene steht auf Seite 97 genau das Richtige - ich zitiere wieder -:

„Wir werden die Angebote für eine verlässliche Kurzzeitpflege stärken, indem wir eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung sicherstellen.“

Das ist des Pudels Kern. Ich sage Ihnen hier und heute - ich habe Ihnen das schon beim letzten Mal gesagt -: Das heißt mitnichten, dass wir unsere pflegepolitischen Anstrengungen nicht fortführen und noch intensivieren wollen, werden und müssen, aber ohne die Umsetzung dieser im Koalitionsvertrag des Bundes verabredeten wichtigen Maßnahme - es wird doch niemand von Ihnen daran zweifeln, dass diese umgesetzt wird - wird es nicht funktionieren.

Eines habe ich darüber gelernt, wie der Bund seine Koalitionsversprechen umsetzt - das habe ich an den Gesundheitsfachberufen gelernt -: Natürlich ist der Druck bei den Ländern im Zweifel entsprechend groß, und die Länder springen ein. Auch bei der Kurzzeitpflege werden wir im Zweifel in die Bresche springen. Wir sind mit den Beteiligten auf Landesebene - mit allen Beteiligten - im guten und konstruktiven Dialog, was das Land im Zweifel

leisten kann und muss. Ich sage Ihnen aber auch: Ich entlasse den Bund an dieser Stelle nicht aus seiner Verantwortung.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wortmeldung Birte Pauls [SPD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Herr Minister Garg, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Pauls?

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Nein, ich habe heute keinen Bedarf an charmannten Zwischenfragen der charmannten Abgeordneten Pauls. - Meine Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern haben auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz Ende November 2019 erneut einen Beschluss an die Bundesregierung gerichtet. Da sehen Sie: Die gehören nicht nur meiner Partei an; das sind CDU-Kolleginnen und -kollegen, Sozialdemokratinnen und -demokraten, grüne Kolleginnen und Kollegen. Zur Stärkung der zukunftsfesten Gestaltung der Kurzzeit- und Verhinderungspflege haben wir einen umfangreichen Prüfkatalog.

(Unruhe SPD)

- Vielleicht würde es Ihnen helfen, Sie würden einfach einmal zuhören, anstatt immer nur rumzumekern, Frau Abgeordnete Pauls.

(Zuruf SPD)

Auch die regierenden Koalitionsfraktionen in Berlin habe Mitte Dezember 2019 einen Antrag zur Stärkung der Kurzzeitpflege eingebracht, der in seiner Stoßrichtung nahezu identisch mit dem ASMK-Beschluss ist. Ich hoffe wirklich, dass die Bundesregierung hier nun endlich gesetzgeberisch tätig wird.

Lassen Sie mich abschließend Folgendes sagen: Wir haben in diesem Landtag zu Recht schon über die ständig steigenden Eigenanteile und die ständig steigende Belastung von Pflegebedürftigen gesprochen. Ich werde nicht den einen Schritt vor dem anderen tun. Ich möchte nicht, dass wir Leistungsverbesserungen in Zukunft nur noch und ausschließlich zulasten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen bekommen.

(Beifall SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

In diesem Sinne freue ich mich auf konstruktive Beratungen im Ausschuss. Bei diesen konstruktiven Beratungen wäre es mir ein Herzensanliegen: Auf der einen Seite sind wir offen für konstruktive Ide-

(Minister Dr. Heiner Garg)

en, die gern über das, was derzeit ohnehin schon bei den Beteiligten auf Landesebene passiert, hinausgehen können. Auf der anderen Seite wäre es auch hilfreich, diejenigen, die in Berlin derzeit Verantwortung tragen, noch einmal an ihre Verantwortung erinnern. Auch die brauchen wir nämlich dazu, und das ist mitnichten nur der Fingerzeig nach Berlin. - Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um knapp 1 Minute verlängert. Diese Zeit steht jetzt theoretisch allen Fraktionen zu. - Ich sehe aber nicht, dass davon Gebrauch gemacht wird.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1917 und den Alternativantrag Drucksache 19/1951 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Elektrokleinstfahrzeuge als Teil der Leichtmobilität integrieren

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1794

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Hot oder Schrott? - Am 15. Juni 2019 trat die Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung für Personal Light Electric Vehicles - PLEV - in Kraft. Wer sich jetzt fragt: „Was meint er eigentlich?“ -

(Zuruf CDU: Ja, erklär uns das mal!)

das sind diese Roller, die wir an Bahnhöfen in Großstädten mittlerweile stehen sehen, die überall dazu einladen, eine kurze Strecke mit ihnen zurückzulegen.

Viele fragen sich: Sind sie Müll, und machen sie Ärger, oder sind sie der Schlüssel zur Verkehrswende? - Daher einige Fakten.

Erstens. Ein E-Scooter belegt knapp 1 m² Fläche. Ein Auto blockiert 10 m² bis 15 m², also das 10- bis 15-fache.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

- Für beides gilt, Kollege Harms: Es ist falsch, sie achtlos abzustellen.

Zweitens. Die Umweltbilanz der Roller war anfangs schlecht, weil sie nach nur fünf Monaten entsorgt wurden. Da hat man tatsächlich viel Müll gesehen. Das Problem ist aber mittlerweile behoben. Wir sind bei der dritten Generation von Rollern; die halten 24 Monate. Beim Bau wird nur 1/50 an Energie und Rohstoffen benötigt wie bei einem Auto.

Drittens. Autos stehen 95 % der Zeit ungenutzt herum. Bei Leihrollern verhält es sich genau andersrum; die werden intensiver genutzt, das heißt, sie sind viel häufiger nutzbar. Übrigens wäre das auch bei Carsharing-Angeboten so, wenn man einmal zwischen dem Privatauto und dem Carsharing-Auto vergliche.

Meine Damen und Herren, die Hälfte aller Autofahrten in Deutschland sind kürzer als 5 km, ein Drittel gar kürzer als 3 km. Es ist eine Tatsache: Gerade im Stadtverkehr sind die flexiblen PLEV tatsächlich schneller als Pkw. Wer mit dem Zug fährt, muss den Landtag heute Richtung Bahnhof eine halbe Stunde früher verlassen - mit dem Roller wären es nur zehn Minuten.

(Christopher Vogt [FDP]: Ach so!)

Ich sage also, PLEV&Ride ist genial: Flexibel vor Ort und schnell zum Zug, das ist interessant. Selbst der ADAC als großer Befürworter der Pkw sagt: „Wir sind für die Einführung dieser PLEV“, aber er mahnt auch: Schlechte Radwege können hier ein Problem sein, weil fehlende Rücksichtnahme oder mangelnde Übung Unfälle begünstigen.

Ich sage Ihnen deshalb: Ja, wir brauchen eine andere Aufteilung des öffentlichen Raums, wenn wir eine Mobilitätswende voranbringen wollen. Es macht auch absolut Sinn, die Verkehrserziehung oder das Üben mit in die Verordnung für PLEV einzubeziehen.

Meine Damen und Herren, auch das achtlose Abstellen kann man in den Griff bekommen, beispielsweise durch moderne Mobilstationen, die man in andere Mobilstationen an Bahnhöfen oder Hotspots integrieren kann.

(Dr. Andreas Tietze)

Wenn wir dies tatsächlich auf den Weg bringen wollen, müssen wir auch darangehen, den Kommunen mehr Freiheiten zu geben, so etwas zu tun. Mobilität ist für mich ein Orchester aus Mobilitätsdienstleistungen: das sind Bus und Bahn, das Teilen von Fahrzeugen, Ride-Sharing, Car-Sharing, das Aufteilen von Verkehrsflächen und eine intelligente Parkraumbewirtschaftung. Dazu müssen die Kommunen Experimentierräume bekommen. Die jetzige Straßenverkehrsordnung ist viel zu eng, das kann nicht alles vom Bund her regiert werden. Da brauchen wir Experimentierflächen, damit die Kommunen selber die Mobilitätswende in die Hand nehmen können.

Wer etwas gegen Staus in den Städten tun will, muss diese intelligenten neuen Mobilitätsformen auch integrieren.

Meine Damen und Herren, als Bertha Benz 1888 die erste Autofahrt unternahm, war das Auto noch impraktikabel. Henry Ford hat gesagt, er glaube nicht, dass er mehr als 2 Millionen Autos weltweit verkaufen werde. Warum nicht? - Ja, es gebe ja gar nicht so viele Chauffeure!

(Christopher Vogt [FDP]: Das war auch ein Nazi!)

Meine Damen und Herren, wir wissen heute, dass es genau anders gekommen ist. Wir haben heute ein Massenphänomen Auto. Das gilt auch für Deutschland. Wir haben 44 Millionen Pkw, etwa 750 Pkw auf 1.000 Einwohner. Das freut wahrscheinlich die deutsche Automobilindustrie, aber ich sage auch: Zukünftig werden wir mit dieser Form der Produktion von Autos nicht weiterkommen. Wir werden neue Modelle haben, Sharing-Modelle haben, Mobilität wird sich neu erfinden und organisieren. Deshalb ist es an der Zeit, dass auch wir hier in Schleswig-Holstein in dieser Regierung Hand anlegen.

Ich glaube, wir sind mit diesem Antrag gut davor. Das ist sehr modern, und es ist sehr mutig, was wir hier fordern. Ich möchte gerade Herrn Minister Dr. Buchholz ermuntern. Das ist ein guter Weg, unsere schleswig-holsteinische Wirtschaft zu beflügeln, damit sie solche Modelle umsetzt.

(Zuruf FDP und SPD)

Wir haben jetzt mit Rollerherstellern, unter anderem mit „Tier“, gesprochen. Sie würden gern hier in Schleswig-Holstein investieren, an unseren Tourismusstandorten, aber auch in unseren Großstädten. Ich finde das spannend.

Geben wir dieser Mobilität die Chance, dass sie sich beweisen kann. Noch kleinere, platzsparende-

re, leisere und vernetzbarere Verkehrsmittel gibt es kaum. Die PLEV sind eine Antwort auf die Zukunftsfrage, wie wir Mobilität organisieren. Geben wir ihr eine Chance in der Nahmobilität. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte letzte zwei Gäste! Das ist hier ein bisschen Andreas' Märchenstunde, muss ich ganz ehrlich sagen, denn ich finde, Realität und Praxis klaffen im Verhältnis dazu weit auseinander.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Das Wirtschaftsministerium hat ja bereits angekündigt, dass das Jahr 2020 das Jahr der Verkehrssicherheit werden soll. Das ist sinnvoll, denn die Zahl der getöteten Personen im Straßenverkehr stagniert beziehungsweise wächst bedauerlicherweise sogar. Ehrlicherweise aber wird eine Steigerung der Elektrokleinstfahrzeuge im Straßenverkehr sicherlich nicht zu weniger Unfällen beitragen.

Ernüchternd ist leider die Art der Nutzung und der erhofften positiven Begleiterscheinungen dieser E-Scooter. Daher ist es sinnvoll, dass wir uns heute und anschließend nach einer Überweisung im Ausschuss mit dem Thema ausführlicher weiter befassen.

Als ich heute Morgen mit meinem Sohn über die E-Scooter gesprochen habe - weil ich weiß, der nutzt die häufiger -, sagte er mir noch, dass das für ihn reiner Spaß sei, mit den Fahrzeugen herumzufahren. Er und viele seiner Mitstudierenden nutzen diese sehr häufig, um von der Uni schnell in die Innenstadt von Hamburg zu gelangen, um dort etwas zu essen und dann wieder zurückzukommen. Das ist eigentlich eine Strecke, die man problemlos mit dem Semesterticket mit der U-Bahn oder der S-Bahn, mit dem Bus oder sogar zu Fuß zurücklegen könnte.

Das ist auch schon das Hauptproblem: Die E-Scooter waren als kluger Ersatz für kurze Autofahrten gedacht, doch das hat überhaupt nicht geklappt. Nach Umfragen werden sie fast ausnahmslos nur für Fahrten genutzt, die auch schon vorher nicht mit dem Auto zurückgelegt wurden. In den Städten, in

(Kai Vogel)

denen E-Scooter besonders viel genutzt werden, hat man sogar festgestellt, dass der Anteil der Strecken, die zu Fuß zurückgelegt werden, deutlich abgenommen hat. Der Spaß steht für viele viel weiter oben, als dass der Elektroroller als Alternative für kurze Autofahrten angesehen würde und so auch einen Umweltnutzen hätte.

Auch die Nutzergruppen sind ganz andere als ursprünglich erwartet: E-Scooter dürfen ab 14 Jahren genutzt werden, und die große Zahl der Nutzerinnen und Nutzer liegt genau in dieser Altersgruppe von 14 bis 25 Jahren. Diejenigen, die älter als 25 Jahre sind, fahren fast ausnahmslos nicht mit diesen E-Scootern. Jugendliche und Straßenverkehr - das wissen wir alle aus der Zeit, wo wir noch jünger waren -, das ist immer eine ganz besondere Konstellation. In der Hamburger Innenstadt kann man das täglich erleben.

Stellen Sie sich ein gut besuchtes Schwimmbad vor, und in dieses gut besuchte Schwimmbad, in dem man sowieso schon Mühe hat, einigermaßen hin und her zu schwimmen, kommt dann noch eine weitere Schulklasse mit Achtklässlern. Kreuz und quer wird dann dort geschwommen, so, wie sich die Schülerinnen und Schüler das im Hinblick auf Rücksicht vorstellen. Das ist so ähnlich, als wenn im Bereich der Hamburger Innenstadt im Bereich der Mönckebergstraße oder außerhalb im Bereich des Kiezes auf einmal E-Scooter zusätzlich dazukommen. Das ist Chaos pur.

(Wortmeldung Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, Frau Präsidentin, ich lasse die Frage zu.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Super.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege Vogel. - Ich wollte nur sagen: Wir haben mit Herstellern und Anbietern gesprochen. Die haben tatsächlich Kreditkartendaten ihrer Nutzerinnen und Nutzer ausgewertet. Die größte Nutzergruppe liegt im Alter zwischen 30 und 45 Jahren. Das ist also ein Angebot, das in Großstädten durchaus - -

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn da mit dem Datenschutz?)

- Das weiß ich jetzt nicht. Wir reden hier ja nicht über Datenschutz. - Das ist auf jeden Fall erst einmal interessant. Zweitens ist es

so, dass die E-Scooter tatsächlich von 80 % der Menschen zum Pendeln genutzt werden. Die letzte Meile zwischen Zuhause und Bahnhof wird damit zurückgelegt. Herr Kollege, da frage ich Sie: Da müssten Sie doch eigentlich auf meiner Seite sein, weil wir das gemeinsam seit vielen Jahren vertreten, wie-so sind Sie da so skeptisch oder sogar ablehnend?

- Lies Statistiken, werter Kollege Tietze, und interpretiere für dich selbst. In den Statistiken, die ich gelesen habe - ich habe mich ja auch auf dieses Thema vorbereiten müssen - wird ausnahmslos darauf hingewiesen, dass es jüngere Benutzergruppen sind und dass der E-Scooter als Spaßfaktor gesehen wird und nicht für diesen sinnhaften Zweck genutzt wird, den Sie eben dargestellt haben. Ich hätte mir das auch gewünscht und mir das gut vorstellen können. Wenn man in Pinneberg wohnt und eine Strecke von einer Viertelstunde hat, die man zu Fuß gehen muss, dass man mit diesen E-Scooter fährt, so dass nicht bereits ab 7 Uhr die Parkplätze mit Autos gefüllt sind, sondern dass man dieses Fahrzeug, den E-Scooter, nutzen kann, mit ihm in die Bahn hier in Hamburg oder in Kiel steigt und damit problemlos auch das Fahrzeug mitnehmen kann. Diesen Nutzen hätte ich mir auch gewünscht. Das stellt sich so aber nicht dar.

Wenn ich in Hamburg - jedenfalls da, wo ich unterwegs bin - die E-Scooter herumfahren sehe, muss ich ehrlicherweise sagen - vielleicht gucke ich da auch falsch -, dass die Fahrerinnen und Fahrer nicht älter als 35 Jahre alt sind, sondern genau das Gegenteil, nämlich viel jünger. Die fahren dann teilweise sogar zu zweit und haben eine Menge Spaß dabei. Das sei ihnen auch gegönnt. Der ursprüngliche Nutzen aber, den Sie hier eben beschrieben haben, wird bedauerlicherweise zum Großteil nicht erfüllt. Das ist ein Problem.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben wir offenbar unterschiedliche Informationen!)

Abgestellt werden diese Roller auch wirklich überall. In Hamburg und Berlin bin ich immer verwundert - das habe ich letztens beim Joggen in Berlin wieder gesehen -, wo diese E-Scooter in den Parks und an den Straßenrändern überall herumliegen. Daher ist es sinnvoll, dass der Antrag auch darauf hinweist, dass man über geeignete Abstellmöglichkeiten nachdenken sollte.

Ehrlicherweise muss man auch sagen, in Schleswig-Holstein gibt es zurzeit aufgrund der geringen

(Vizepräsidentin Aminata Touré)

Nutzerzahlen noch kein Problem mit herumliegenden E-Scootern. In Lübeck werden die zwar mittlerweile eingesetzt, aber die Lübecker Kollegen, mit denen ich gesprochen habe, sagen, im Vergleich zu Hamburg oder Berlin, wo man teilweise über sie hinwegstolpern muss, sei das im Augenblick noch kein Problem. In Kiel gibt es das Problem noch nicht, weil E-Scooter noch nicht eingeführt worden sind, es gibt nur diejenigen, die privat angeschafft worden sind. Das ist aber eine sehr überschaubare Anzahl.

Auch der Blick auf die Verkehrserziehung in dem Antrag ist sinnvoll. In Hamburg St. Georg gibt es mittlerweile deutlich mehr E-Scooter-Unfälle und -Verletzte als Verletzte bei Fahrradunfällen: keine Helmpflicht, verbotenerweise auch einmal zu zweit, Fahren unter Alkohol, in den Fußgängerzonen und so weiter und so weiter. Doch auch wenn es sinnvoll ist, die Verkehrserziehung auf die E-Scooter auszuweiten - da gebe ich Ihnen Recht -, sollten wir kritisch hinterfragen, ob die jetzige Verkehrserziehung, die in den Schulen stattfindet, wirklich so nachhaltig ist, wie wir uns das vorstellen. Denn wenn sie nur in Ausnahmefällen oder im Vertretungsunterricht stattfindet, reicht das nicht aus. Darauf sollte man ein stärkeres Augenmerk richten.

Der Antrag erweckt den Eindruck, dass die Elektrokleinstfahrzeuge neben dem großen Thema Gewährleistung der Verkehrssicherheit ausnahmslos eine Bereicherung darstellen. Hier gibt es für uns aber noch viele weitere ungelöste Probleme:

Erstens. Wie schaffen wir es, dass die E-Scooter nicht primär als Freizeitbeschäftigung von Touristen genutzt werden, sondern als ernstzunehmender Ersatz für Kurzstreckenfahrten mit dem Auto? Da müssen wir die Statistik noch einmal gegenlesen, ob ich nun die richtigen gelesen habe oder der Kollege Tietze die richtigen gelesen hat. Das kann ich im Augenblick nicht beurteilen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Zweitens. Wie steht es um die Mengen von zusätzlichem Elektroschrott? Ein öffentlich eingesetzter E-Scooter hält im Schnitt nur ein Jahr. Kollege Tietze sprach jetzt von 24 Monaten. Nach dem was ich gelesen habe, sagen alle, der hält nur zwölf Monate. Dazu sollten wir uns noch einmal im Ausschuss beraten lassen.

Drittens. Das tägliche Einsammeln von E-Scootern durch Kleinsttransporter erzeugt viel zusätzliches CO₂. Die Personen, die die E-Scooter zum Aufladen einsammeln, arbeiten unter katastrophalen Bedingungen, die wirklich nicht als gute Arbeit be-

zeichnet werden können, und so weiter. Es gibt eine ganze Reihe an Dingen, auf die man sehr kritisch gucken sollte. Es ist an uns, dass der Einstieg in Kiel und in anderen Städten in Schleswig-Holstein - denn er wird sicherlich erfolgen - nicht unkontrolliert vollzogen wird. Daran sollten wir nun arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin schon überrascht nach der Rede der SPD-Fraktion. Damit hatte ich - ehrlich gesagt - nicht gerechnet. Herr Kollege Vogel, ich stimme Ihnen zu: Schleswig-Holstein ist ein sehr schönes Land, und man kann hier sehr viel Zeit verbringen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wenn man sich auf ein Thema vorbereitet, das in Schleswig-Holstein vielleicht noch nicht ganz so verbreitet ist, dann empfiehlt es sich, ab und zu die Landesgrenzen zu verlassen und sich in anderen Städten umzusehen. Sie haben hier vorgetragen, dass im Endeffekt besoffene Jugendliche mit diesen Scootern durch Innenstädte fahren und dass diese die Hauptnutzer von E-Scootern seien. Es tut mir leid, das erinnert mich an einen sehr alten Mathelehrer, der ab und zu aus seiner Jugend berichtet hat.

Das ist nicht die Realität. Sowohl in Hamburg als auch in Berlin sowie in anderen deutschen Großstädten, in denen diese Elektroscooter auch im Leihverkehr benutzt werden, werden sie gerade und sinnvollerweise für die letzte Meile eingesetzt. Sie werden ganz oft von Menschen in der Altersklasse, die der Kollege Tietze genannt hat, nämlich Mitte 30 bis 40, für den Arbeitsweg eingesetzt.

Ganz im Ernst, wir können uns lange im Ausschuss darüber unterhalten, für wie sinnvoll wir Elektrokleinstfahrzeuge in Schleswig-Holstein halten. Aber es gibt eine bundesgesetzliche Regelung. Die Teile sind zugelassen. Wir sollten uns deshalb Gedanken darüber machen, wie wir in Schleswig-Holstein sinnvoll mit diesen Teilen arbeiten.

(Lukas Kilian)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meines Erachtens muss es darum gehen, sie in unseren Verkehr sinnvoll zu integrieren. Ehrlich gesagt, wenn wir über neue Gewerbegebiete und Verkehre in neuen Gewerbegebieten diskutieren, dann sollten wir durchaus darüber reden, dass es vom Bahnanschluss bis in das Gewerbegebiet Möglichkeiten gibt, solche Elektrokleinstfahrzeuge abzustellen und möglicherweise auch zu laden. Dann haben wir nämlich den Pendelweg zwischen Gewerbegebiet und Bahnhof hervorragend erschlossen. Es ist genau diese letzte Meile, die sinnvoll ist.

Sie sagen, das sei ein sinnvoller Weg für Fahrräder. Frau Kollegin, ganz im Ernst, überlegen Sie sich einmal das Folgende: Im Berufsverkehr kommt jeder mit seinem eigenen Fahrrad in die Bahn. Das ist ein Riesenproblem. So würde das in den Bahnen eben nicht funktionieren. Ich halte es für sinnvoll, dass man sich dort spontan so ein Gerät leihen kann und damit zur Arbeit fährt.

„Wenn ich die Menschen gefragt hätte, was sie wollen, dann hätten sie gesagt schnellere Pferde.“

Dieser Ausspruch wird Henry Ford zugesprochen. Ich habe manchmal das Gefühl, dass moderne Verkehrspolitik von Ihnen so bewertet wird.

Es geht um die letzte Meile. In unserem Antrag geht es darum, sichere Abstellmöglichkeiten für diese Teile zu schaffen, denn - das ist in der Tat oft ein Problem - sie liegen oft im Weg herum. In Berlin, Hamburg und anderen Großstädten ist das tatsächlich ein Problem. Sie liegen oft im Weg herum, sie werden kreuz und quer abgestellt.

Dabei gibt es auch dafür schon eine Regelung. Es gelten nämlich für Elektrokleinstfahrzeuge genau die gleichen Parkvorschriften wie für Fahrräder. Manche wissen gar nicht, dass es für Fahrräder Parkvorschriften gibt. Nein, man darf sie auch nicht einfach auf dem Gehweg ablegen. Genau das, was ein sinnvoller Verkehrsteilnehmer mit einem Fahrrad macht, sollte er auch mit einem Elektrokleinstfahrzeug machen. Dann liegt es nicht im Weg herum, dann stolpert man nicht darüber.

Wenn wir an zentralen Orten, zum Beispiel an unseren Bahnhöfen oder anderen Landesliegenschaften, Möglichkeiten bieten, solche Elektrokleinstfahrzeuge abzustellen, gehen wir ein gutes Stück voran. Wenn die Teile kommen, liegen sie bei uns nicht rum, sondern werden an den richtigen Stellen abgestellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Was Sie zum Thema Verkehrssicherheit gesagt haben, stimmt ja. Es gibt durchaus Probleme bei der Verkehrssicherheit. Man hat den einen oder anderen übermütigen Jugendlichen, der mit 20 km/h elektromotorisiert über den Radweg heizt. Deswegen greifen wir das Thema in unserem Antrag auf. Deswegen sprechen wir davon, dass die Verkehrssicherheit in der Verkehrserziehung angesprochen werden muss. Wir setzen also auch da einen deutlich weiteren Blick an als viele andere, die in den Bundesländern bisher zum Teil davon überrascht wurden, was passiert.

Lassen Sie uns doch das Thema positiv aufgreifen und die Chancen und Möglichkeiten, aber auch die Gefahren in der Verkehrserziehung aufgreifen, damit es eben nicht zu solchen Unfällen kommt. Ich glaube, mit Verkehrserziehung kann man da viel erreichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu guter Letzt glaube ich, dass man auch an unseren Touristenorten, und Schleswig-Holstein ist ein Touristenland, auf vielen kurzen Wegen zwischen den einzelnen Destinationen mit Leihmodellen von Elektroscootern hin und her pendeln kann. Ich halte das für einen sinnvollen Weg. Wer das nicht will, muss nicht mit einem Auto durch die Gegend fahren. Meines Erachtens ist es auch eine Attraktivitätssteigerung für unseren Tourismusstandort, wenn es entsprechende Leihmodelle gibt. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag und danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren! Diese PLEV, Personal Light Electric Vehicles, Elektrokleinstfahrzeuge, sind heute bereits Bestandteil des Verkehrsalltags. Darüber können wir in der Diskussion nicht mehr hinwegsehen. Deshalb sollten wir uns ernsthaft damit befassen, wie wir diese bestehende Lage gestalten.

Die Fahrzeuge werden von vielen Menschen genutzt, und das liegt daran, dass diese Fahrzeuge für

(Kay Richert)

die Menschen einfach viele Vorteile bieten. Man kann mit diesen Fahrzeugen Entfernungen zurücklegen, die zum Laufen zu weit sind, aber für eine Autofahrt zu kurz. Die meisten dieser Fahrzeuge sind klein genug, dass man sie bei der Reise mit anderen Beförderungsmitteln mitnehmen kann. Bei der Reise mit dem Zug ist das zum Beispiel ideal für die Zu- und Abwegung zwischen Bahnhof und Reiseziel. Es macht auch einfach Spaß, mit so einem PLEV zu fahren.

Natürlich gibt es Aspekte, die nicht so schön sind. Beispielsweise wird immer wieder davon berichtet, dass Fahrerinnen und Fahrer von PLEV, dieser Elektrokleinstfahrzeuge, unzulässigerweise auf Gehwegen fahren und nicht genügend Rücksicht auf andere Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer nehmen. Es nehmen auch Fahrzeuge am Straßenverkehr teil, die in Deutschland nicht zugelassen sind. Viele Fahrerinnen und Fahrer können Geschwindigkeit und Fahrverhalten nicht richtig einschätzen, das Verletzungsrisiko ist hoch. Ehrlich gesagt, das sind die gleichen Probleme wie bei den E-Bikes.

Sie sprachen davon, dass viele zu zweit darauf fahren und alkoholisiert auf den Geräten unterwegs sind. Das ist bereits verboten. Das ist aber auf dem Fahrrad genauso verboten. Nach der Argumentation, die Sie gebracht haben, könnten wir auch Fahrräder kritisch diskutieren, und ich glaube, das wollen wir nicht.

Um diese Schattenseiten kümmern wir uns. Wenn die Verkehrserziehung zur Rücksichtnahme und verbesserter Selbsteinschätzung einen noch höheren Stellenwert bekommt, wenn sich also zukünftig alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer unabhängig vom Fortbewegungsmittel wieder stärker auf Rücksichtnahme als zentralen Grundsatz unseres Miteinanders besinnen, dann ist das für alle Verkehrsteilnehmer gut.

Wir wollen die Chancen befördern, die uns dieses neue Verkehrsmittel bietet. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses schönen Landes Elektrokleinstfahrzeuge für die letzte Meile nutzen können, wenn sie mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren wollen. Dafür ist entweder die Mitnahme oder eine sichere Abstellmöglichkeit erforderlich, schließlich sind die PLEV ja nicht ganz billig.

Natürlich freuen wir uns auch, wenn unsere Gäste unser schönes Land Schleswig-Holstein mobil und emissionsarm erkunden können. Ob wir dafür allerdings den öffentlichen Verkehrsraum neu aufteilen müssen, wie es hier angeklungen ist, stelle ich ein-

mal infrage. Aber darüber können wir sicherlich irgendwann noch einmal diskutieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, 1865 wurde in Großbritannien der Red Flag Act erlassen. Autos durften maximal vier Meilen pro Stunde schnell fahren, sie mussten mit zwei Personen besetzt sein, und es musste ein Fußgänger mit einer roten Fahne vorweglaufen. 31 Jahre später erkannten die Briten, dass diese Regelung zum Verkehrsmittel Auto irgendwie nicht so richtig passte und schafften das Gesetz ab. Was lernen wir daraus? Regeln für neue Verkehrsmittel müssen manchmal an die Erfahrungen angepasst werden, die man mit diesen neuen Verkehrsmitteln macht.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Deshalb wollen wir, dass alle Regelungen regelmäßig evaluiert werden. Das steht in unserem Antrag, und das halte ich für einen wichtigen Punkt.

Wie bei jeder Neuerung, so gibt es auch bei den PLEV etwas zu meckern. Wir nehmen uns dieser Bedenken und der Probleme im Umfang unserer Möglichkeiten an. Das ist für uns selbstverständlich. Aber diese neuen Verkehrsmittel bieten Vorteile, und diese Vorteile wollen wir haben: Erleichterung beim Pendeln, Substituieren anderer Verkehrsmittel und dadurch Entzerren des meist innerstädtischen Verkehrs, Schnelligkeit, Bequemlichkeit und Freude beim Zurücklegen kurzer Entfernungen.

(Beifall FDP und CDU)

Ich finde, unser Antrag ist so gut, darüber können wir auch in der Sache abstimmen und ihm zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Gegen die Aufnahme von Elektrokleinstfahrzeugen in eine Verkehrskonzeption für Leichtmobilität ist grundsätzlich nichts einzuwenden, solange dabei aufrichtig und pragmatisch mit den Risiken umgegangen wird. Elektroroller sind auf die Nutzung für kurze Entfernungen ausgerichtet und werden seit ihrer Zulassung im öffentlichen Straßenverkehr deshalb vorrangig in Großstädten eingesetzt. Das Ziel lautet: E-Scooter sollen dazu dienen,

(Volker Schnurrbusch)

den Weg vom Bahnhof oder vom Pkw-Stellplatz zum Arbeitsplatz und zurück zu überbrücken. Die Politik erhofft sich dadurch eine Reduzierung des Autoverkehrs in den Innenstädten und damit einhergehend eine Entspannung beim ständigen Kampf um Parkplätze. So weit, so gut.

Die meisten E-Scooter befinden sich gleichwohl nicht im Individualbesitz, wie wir wissen, sondern werden durch Leihfirmen in den öffentlichen Raum gestellt. Hier witterte eine ganz neue Branche sogleich das große Geschäft. Allein in Berlin gingen im vergangenen Sommer fünf Unternehmen an den Start, und inzwischen sollen sich mehr als 15.000 E-Scooter auf den Straßen der Hauptstadt befinden, entweder in Betrieb oder irgendwo abgestellt. Die Anbieter haben hier zu sehr auf schnelle Marktpräsenz und zu wenig auf Kooperation mit den Behörden gesetzt, wie wir finden.

Damit Elektroroller die ihnen angedachte Funktion zur Ergänzung der Leichtmobilität überhaupt erfüllen können, bedarf es doch zuallererst einer entsprechenden Infrastruktur durch breitere Radwege und angemessene Parkflächen. An beidem fehlt es bisher. Deshalb stellen derzeit wild parkende E-Scooter in zahlreichen Innenstädten ein echtes Problem dar. Die im vorliegenden Antrag propagierten sicheren Abstellmöglichkeiten an zentralen Orten sind zumindest in unseren Städten derzeit größtenteils reines Wunschenken - typisch grün, würde ich ergänzen.

Auf der wirtschaftlichen Ebene ist längst ein Verdrängungswettbewerb im Gange. Start-ups wittern das große Geschäft - und dabei ist noch nicht erwiesen, ob E-Scooter überhaupt den Beweis ihrer Nachhaltigkeit erbringen. Hierfür wäre eine Nutzungsdauer von 18 bis 24 Monaten notwendig. Nur sieben Monate nach dem Zulassungsstart ist es für solche Prognosen noch zu früh.

Ihre Behauptung, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Tietze, dass die dritte Generation zwei Jahre durchhalten soll, will ich gerne glauben. Wir werden aber sehr genau beobachten, ob das auch eintrifft oder ob dann doch nur Elektroschrott produziert wird. Ich kann Ihnen nur sagen: In San Francisco - da waren wir ja gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss - hat der Anbieter Scoot kurz nach der Markteinführung von, ich glaube, 600 oder 700 Rollern innerhalb von zwei Wochen berichtet, dass 200 Roller durch Diebstahl oder Beschädigung verloren gegangen sind. Auch das müssen wir berücksichtigen. Vandalismus ist leider bei einem Produkt, das sozusagen frei verfügbar ist und niemandem wirklich gehört, immer eine Gefahr.

Ich will das nicht schlechtreden. Ich glaube, es gibt Anwendungsmöglichkeiten und Einsatzmöglichkeiten. Ich finde den Antrag interessant und wir werden ihn auch unterstützen. Wir müssen nur alle Eventualitäten beraten, wie sich das gehört.

In unseren Großstädten besteht derzeit das Problem, dass Elektroroller oft von Touristen verwendet werden und dort den ohnehin begrenzten Verkehrsraum zusätzlich verdichten. Ein Beitrag für eine echte Mobilitätswende, wie ihn sich Jamaika damit vielleicht wünscht, wird so nicht erzielt.

Hinzu kommt die Unfallgefahr; denn wir wissen, dass trotz Verbots durch Fahren auf dem Gehweg die Unfallgefahr steigt. Viele Fahrer überschätzen ihre Fähigkeiten oder sind sogenannte Spaßfahrer, wodurch Fußgänger besonders gefährdet sind.

Derzeit deutet vieles darauf hin, dass Elektrokleinstfahrzeuge die mit ihnen verbundenen verkehrspolitischen Erwartungen nicht erfüllen, sondern die problematische Situation in Innenstädten dauerhaft verschärfen. Auch die Kontrolle von Fahrverstößen ist in unseren Städten bislang unzureichend.

Umweltfreundlich wird diese Form der Leichtmobilität nur dort sein, wo die Benutzung von Elektrorollern tatsächlich die Fahrt mit dem Pkw ersetzt. Aber bis dahin ist es noch ein sehr weiter und nebulöser Weg. Deswegen befürworten wir eine weitere Beratung Ihres Antrags im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Bevor wir mit dem nächsten Redner fortfahren, möchte ich Sie dringend darum bitten, Ihre Gespräche nach draußen zu verlagern oder, wenn Sie in den Reihen sitzen, leiser zu sprechen. Es ist sonst sehr anstrengend für die Rednerinnen und Redner hier vorne.

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ach ja, als der Tretroller noch ein Kinderspielzeug war, da war alles gut. So oder ähnlich könnte ich in Erinnerungen schwelgen, wenn ich rückblickend an die Ankündigungen und die Begeisterung für den E-Scooter im letzten Jahr den-

(Flemming Meyer)

ke und wenn ich sehe, was heute daraus geworden ist.

Gefühlt war es so, dass der E-Scooter zu Beginn als Allheilmittel für den Klimaschutz angepriesen wurde und als Retter für den innerstädtischen Verkehr. Ein enormes Zukunftspotenzial wurde dem E-Scooter zugeschrieben. Er sei eine echte Alternative zum Auto, weil die Menschen nun nicht mehr zu Fuß den Weg zum Bahnhof oder zur Bushaltestelle zurücklegen müssten, um zur Arbeit oder nach Hause zu kommen.

So wurde dann auch schnell vom Bundesverkehrsministerium der erste Verordnungsentwurf zur Teilnahme der E-Scooter am Straßenverkehr vorgelegt. Aber mit all seinen Freiheiten, die mit dem E-Scooter einhergehen sollten, wurde auch immer deutlicher, dass es nun doch nicht so einfach geht. Was sich Minister Scheuer so schön ausgedacht hatte, passte letztendlich nicht zur Realität. Die Fragen nach Sicherheit, Einbindung in den Verkehr, Führerscheinplicht oder Mindestalter, kamen auf und verlangten nach rechtlichen Grundlagen. Denn klar war schon damals: Der E-Scooter wird kommen, er lässt sich nicht aufhalten.

Seit Juni des letzten Jahres gilt nun die Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung, und darin ist alles für die Nutzung im Straßenverkehr geregelt. So weit, so gut. Aus dem ursprünglichen Fun-Mobil ist nun ein echter Verkehrsteilnehmer geworden.

Der E-Scooter ist aber nur ein Teil der sogenannten Elektrokleinstfahrzeuge. Wir dürfen uns darauf einstellen, dass es mehr werden. Sogenannte Monowheels, Hoverboards oder Skateboards mit elektrischem Antrieb stehen schon in den Startlöchern. Auch wenn diese Fortbewegungsmittel derzeit nicht die Vorgaben der Verordnung erfüllen und zurzeit für den Straßenverkehr nicht zugelassen sind, werden wir erleben, dass auch diese Elektrokleinstfahrzeuge die Städte erobern. Daher ist es richtig, sich mit dem Thema zu befassen.

Mit dem Inkrafttreten der Verordnung konnten wir im Sommer erleben, dass sich die E-Scooter schnell in den städtischen Bereichen durchgesetzt haben und umfangreich genutzt wurden. Es wurde aber auch schnell deutlich, dass mit diesen neuen Fahrzeugen neue verkehrliche Herausforderungen über alle Teilnehmer hereinbrechen. Zurzeit scheint es noch so, dass die Probleme, die mit den E-Scootern einhergehen, größer sind als deren Nutzen.

Die Nutzer sind generell unsicher im Gebrauch des Fahrzeuges, im öffentlichen Raum werden die Fahrzeuge abgestellt und liegen gelassen. All das sind

Probleme, die wir bereits im letzten Sommer beobachten konnten. Daher ist es wichtig, Mittel und Wege zu finden, um auf diese Probleme entsprechend zu reagieren. Dies ist kein separates deutsches Problem, sondern diese Bilder können wir langsam in fast allen größeren europäischen Städten sehen.

Wir können daher nur an alle Verkehrsteilnehmer appellieren; denn die E-Scooter gehören nun zum täglichen Bild auf unseren Straßen und Wegen dazu. Wir wissen ja auch aus anderen Diskussionen, wie weit Rücksichtnahme und Toleranz im Straßenverkehr reichen. Es könnte also schwer werden mit dem Appellieren. Daher finde ich den Ansatz der Koalition richtig, die Elektrokleinstfahrzeuge in die Verkehrserziehung an den Schulen einzubeziehen.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Herr Abgeordneter Meyer, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Flemming Meyer [SSW]:

Ja, das tue ich.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege Meyer. Ich hatte im letzten Jahr das Vergnügen, mit meiner Frau einen längeren Urlaub in Dänemark zu verbringen; dort sind wir sehr klimafreundlich mit dem Segelboot unterwegs gewesen.

(Beifall FDP)

Wir hatten unter anderem auch das große Glück, in Aarhus, einer dänischen Stadt, zum ersten Mal mit einem solchen Rollersystem konfrontiert zu sein.

Ich muss sagen, ich war fasziniert, wie diszipliniert und wie gut organisiert man das über die App buchen konnte und wie man tatsächlich auch als Neuling mit seinem Smartphone und Google Maps die touristischen Attraktionen besuchen konnte. Dadurch konnten wir Aarhus richtig kennenlernen. Wir haben gesehen, dass das wirklich ohne Probleme funktioniert, wenn die Radwege nur breit genug sind und wenn das insgesamt in ein städtisches Konzept eingebunden wird. Ich war sehr begeistert, wie das in Aarhus geregelt ist.

Deshalb frage ich Sie: Wenn das in Dänemark so hervorragend funktioniert - Sie sind ja auch durchaus Dänemark-affin -, warum

(Flemming Meyer)

soll das dann in Deutschland nicht funktionieren?

- Ich behaupte doch gar nicht, dass es nicht funktionieren kann. Ich sage nur: Wir müssen dafür sorgen, dass entsprechende Regeln aufgestellt werden und dass die Rahmenbedingungen stimmen.

Ich bin nicht nur in Dänemark gewesen, sondern sogar noch weiter gekommen, bis nach Finnland. Wir waren in Helsinki. Auch dort haben wir die Dinger gesehen. Dort hat sich mir morgens ein anderes Bild von diesen Rollern im Verkehr gezeigt. Es waren nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene, die zu zweit darauf fuhren. Einige Leute hatten schwere Werkzeugkisten um den Hals, als sie mit den Rollern hin- und herpendelten. Ich habe gesehen, dass viele Roller einfach irgendwo liegen blieben, auch in Grünanlagen. All solche Erscheinungen muss man mit ins Kalkül ziehen. Ich bin ja nicht gegen euren Antrag sein; aber wir brauchen Regelungen.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine zweite Zwischenfrage?

Flemming Meyer [SSW]:

Ja.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Kollege Meyer. Ich habe gelernt, dass es in Dänemark für E-Scooter bis zu einer Geschwindigkeit von 20 km/h keine Regelungen gibt. Deren Nutzung ist also komplett frei. Interessanterweise funktioniert es dort auch ohne Regeln hervorragend. Daher wundert es mich, dass auch Sie, mit Ihrem dänischen Erfahrungshintergrund, jetzt Regeln fordern.

- Sie können doch nicht ohne Weiteres alles vergleichen. Schauen Sie sich einmal an, wie es mit dem Fahrradverkehr in Kopenhagen läuft. Es läuft hervorragend! Warum läuft es hervorragend? Auch deshalb, weil man dort bestimmte Regelungen getroffen und gute Rahmenbedingungen geschaffen hat. Stimmen diese, dann läuft es gut. In Kopenhagen ist als eine Folge der Autoverkehr ganz gewaltig zurückgegangen. Das haben wir in Aarhus mit den E-Scootern noch nicht erlebt.

(Beifall SSW)

Die kostenfreie Mitnahme von E-Scootern bei der Deutschen Bahn ist bereits unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Probleme entstehen häufig dann, wenn danach auf andere öffentliche Verkehrs-

mittel, die eine solche Freistellung noch nicht geregelt haben, gewechselt werden soll. Diese Kinderkrankheiten müssen beseitigt werden; sonst ist das Projekt nicht schlüssig.

Insgesamt macht die Debatte um die Elektrokleinfahrzeuge auch deutlich, dass wir uns viel stärker mit der Frage beschäftigen müssen, wie wir den Verkehr in den Städten künftig anders gestalten wollen. Das ist kein Selbstzweck, sondern eine Notwendigkeit. Unsere Städte können die Flut von Pkw einfach nicht mehr aufnehmen. Wir als SSW hatten auch in den vergangenen Haushaltsberatungen wieder mehr Mittel für den innerstädtischen Fahrradverkehr gefordert. Leider wurde unser Antrag abgelehnt.

E-Scooter haben die Städte bereits erobert. Sie sind ein neues, flexibles Verkehrsmittel. Aber sie sind nicht der alleinige Heilsbringer, schon gar nicht, wenn wir nicht gewillt sind, den gesamten städtischen Verkehr an die neuen Herausforderungen anzupassen. - Jo tak.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Zu einem Kurzbeitrag hat sich der Abgeordnete der FDP-Fraktion Dennys Bornhöft gemeldet.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ein großer E-Scooter-Fan, und zwar seit meiner ersten Fahrt in Paris im April letzten Jahres. Frankreich hatte diese Möglichkeit deutlich früher als Deutschland geschaffen. Ich bin der Meinung, dass der E-Scooter nicht der alleinige, aber ein wesentlicher Teil moderner, emissionsarmer Mobilität - nicht nur in der Stadt - sein kann.

Man muss sich aber fragen, wer die Adressaten und wer die Nutzergruppen sind. Die großen Leihunternehmen, die es in Berlin und anderen Großstädten gibt, zielen überwiegend auf Touristen, vor allem mit dem Ziel, Taxifahrten, die emissionsbehaftet sind, zu reduzieren. Das wird überwiegend der Hintergrund sein.

Aber als Berufspendler - das kann ich aus eigener Erfahrung sagen - ist es mit Leihgeräten manchmal etwas schwierig. Wenn man in Berlin spätabends nach Hause fährt, den E-Scooter vor seiner Wohnung abstellt und plant, damit am nächsten Morgen wieder zur S-Bahn-Station zu fahren, dann ist das Ding meistens weg. Es gibt solche Roller eben doch nicht an jeder Ecke.

(Dennys Bornhöft)

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Handlungsauftrag!)

Wir fordern nicht noch ein paar Tausend E-Scooter mehr in jeder Stadt, sondern die Alternative ist das Eigentum am E-Scooter. Ferner muss eine Regelung zur Mitnahme in Bussen und Bahnen getroffen werden. Das muss ohne Probleme möglich sein; derzeit ist das noch nicht der Fall. Das ist der größte Bruch, vor dem die Nutzer noch stehen. Es geht nicht um die einzige Meile, sondern um die letzte Meile. Das muss alles Hand in Hand gehen. Ich muss meinen E-Scooter auch in Bus und Bahn mitnehmen dürfen, und zwar kostenlos. Wenn wie für ein Fahrrad separat dafür bezahlt werden muss, dann habe ich überhaupt keinen Mehrwert und steigt nicht um.

Ich als bekennender Autofahrer - das wissen viele - wohne über einen Kilometer von der nächsten Bushaltestelle entfernt, auf der anderen Seite von Kiel, an der Stadtgrenze.

(Zuruf [SPD]: Über einen Kilometer?)

- Ja. - Wenn ich mit Anzug unterwegs bin, laufe ich normalerweise zehn bis zwölf Minuten, um zur Schwentine-Fähre zu kommen. Die kennen Sie vielleicht, Herr Habersaat. Die haben Sie vielleicht schon einmal gesehen, wenn Sie nach draußen gucken, falls die Debatte nicht in Ihrem Sinne ist.

(Zuruf [SPD]: Sogar schon gefahren!)

- Sogar gefahren? Schön!

(Beate Raudies [SPD]: Ich laufe auch mit Stöckelschuhen zur Bushaltestelle!)

Sobald man den E-Scooter kostenlos mitnehmen kann, werden sicherlich noch mehr Menschen, auch bekennende Autofahrer, darauf umsteigen. Insofern wäre es schön, wenn das landesseitig begleitet würde, was wir ja vorhaben. Die Verkehrsbetriebe sollten offener sein, was die kostenlose Mitnahme angeht. Dann werden deutlich mehr Menschen diese Möglichkeit nutzen und die eine oder andere Tonne CO₂ - über dieses Thema haben wir heute Vormittag schon gesprochen - einsparen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Debatte ist symptomatisch dafür, wie wir in Deutschland mit Mobilitätsfragen umgehen.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gilt übrigens nicht nur für diese, sondern auch für viele andere Fragen.

Lieber Flemming Meyer, es ging ja nicht eben schnell, bis der Bundesverkehrsminister im Sommer vergangenen Jahres eine Verordnung in Kraft gesetzt hat. Bereits im Jahr 2014 hatte das Bundesverkehrsministerium die Bundesanstalt für Straßenwesen - BASt - aufgefordert, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass Elektrokleinstfahrzeuge möglichst kategorisiert und zugelassen werden. Nach flotten fünf Jahren - fünf Jahren! - der Diskussion gelang es in Deutschland, das, was überall um uns herum, in Wien, in den Benelux-Ländern, in Tel Aviv, in San Francisco, gang und gäbe war, in einen rechtlichen Rahmen zu fassen. Dies geschah vor dem Hintergrund einer Diskussion, die im Wesentlichen die Risiken thematisierte; auch heute haben wir es wieder erlebt. Nicht wenige möchten jedes Risiko einer neuen Technologie ausschließen. Zudem wird häufig gefordert, das Vorhaben müsse zu einem großen Weltthema passen. Der Gedanke, dass man einfach auch einmal Freiheiten genießen darf, kommt zu selten auf. Wir sollten uns den Chancen widmen, die diese Kleinstfahrzeuge eröffnen. Das wäre eine begrüßenswerte Herangehensweise.

Herr Kollege Tietze, ich bin ganz überrascht von den liberalen Grundzügen, die bei Ihnen durchscheinen.

(Heiterkeit FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Aspekte müssten die Diskussionen in Deutschland begleiten.

Die Landesregierung, das kann ich jedenfalls sagen, betrachtet diese Elektrokleinstfahrzeuge als Chance, als Möglichkeit, die letzte Meile tatsächlich anders abzudecken. Dies gilt gerade für die ländlichen Räume und nicht nur für die urbanen Zentren.

(Beate Raudies [SPD]: Genau!)

Das ist doch einmal etwas! Denken wir nicht immer nur über die Probleme nach, die andere Bundesländer haben, sondern schauen wir, wie wir Mobilität in den ländlichen Bereichen eines Landes wie Schleswig-Holstein modern gestalten können. Ge-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

rade dort ermöglichen solche multimodalen Systeme das Verbinden von öffentlichem Personennahverkehr mit dem Individualverkehr, eben auch mit Kleinstfahrzeugen. Sind das nicht einfach Chancen, die man nutzen sollte?

(Beifall FDP und CDU)

Herr Kollege Vogel ist nicht mehr da. Er hat anderes vor; aber das macht nichts. Wir müssen zu einer anderen Grundeinstellung kommen. Von einigen hört man vorwurfsvoll: Jetzt fahren Leute mit diesen E-Scootern und wollen dabei auch noch Spaß haben!

(Heiterkeit FDP - Dennys Bornhöft [FDP]: Unerhört!)

Das ist offenbar furchtbar. Da wollen doch Menschen Spaß haben. Das ist ja ganz schrecklich!

Die nächste Äußerung, die hier kam, folgte dem Motto: Schon sitzen Start-ups in den Startlöchern und wollen damit Geld verdienen!

(Heiterkeit FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf FDP: Oh Gott! Das geht ja gar nicht!)

Ogottogott! Das ist ja furchtbar!

(Heiterkeit FDP)

Meine Damen und Herren, mein Magen zieht sich zusammen. Ich sage: Ja, Leute dürfen Spaß haben, auch im Bereich Mobilität. Ja, Leute dürfen in einer sozialen Marktwirtschaft auch Geld verdienen. Ja, das ist eine gute Idee.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mobilität modern auszugestalten, ist etwas, was wir uns alle auf die Fahne schreiben sollten. Diese Landesregierung wird ganz konstruktiv begleiten, was es an Möglichkeiten gibt.

Die Mitnahmemöglichkeiten von entsprechenden Fahrzeugen in Bussen und Bahnen sind zu gewährleisten. Das ist selbstverständlich. Bislang habe ich auch noch von keinem Problem im Land Schleswig-Holstein gehört.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Elektrokleinstfahrzeuge die Größe eines Fahrrades erreichen, dann werden sie schlicht und ergreifend wie ein Fahrrad behandelt und man muss eine Fahrradkarte lösen. Das ist von der Platzwegnahme auch gerechtfertigt. Wenn sie kleiner sind als Fahrräder, ist die kostenlose Mitnahme schon

heute in der Regel gewährleistet. Wir werden das in die Beförderungsbedingungen der NAH.SH zum 1. April 2020 in entsprechender Art und Weise aufnehmen. Auch das werden wir konstruktiv begleiten.

Zum Ende möchte ich noch eins sagen: Ich bin hier Prediger der Freiheit.

(Heiterkeit - Werner Kalinka [CDU]: Aber nicht der einzige!)

Als Prediger der Freiheit erlaube ich mir aber auch zu sagen, die andere Seite der Medaille der Freiheit ist die Verantwortung. Auch daran dürfen wir einmal denken.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Verantwortung, meine Damen und Herren, sollte der Staat nicht permanent jedem Individuum vorgeben. Verantwortung darf man auch für sich selbst übernehmen.

(Beifall CDU)

Wer ein Elektrokleinstfahrzeug benutzt und es anschließend auf die Straße schmeißt, weil es nicht sein Eigentum, sondern gehäret ist, wird seiner Verantwortung im Umgang mit dieser Freiheit nicht gerecht. Den kann man dann auch mit einem Bußgeld - darauf ist zu Recht hingewiesen worden - ermahnen.

Die Grundlage von all dem findet sich, Herr Kollege Tietze, in unserer Straßenverkehrsordnung. In § 1 steht:

„(1) Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht.

(2) Wer am Verkehr teilnimmt, hat sich so zu verhalten, dass kein anderer geschädigt, gefährdet oder, mehr als nach den Umständen vermeidbar, behindert oder belästigt wird.“

Das ist die Wahrnehmung von Verantwortung. Diese gestatten wir in diesem Land auch den Menschen mit Elektrokleinstfahrzeugen. Sie haben die Freiheit, sie so zu nutzen, wie sie es wollen. Aber wir sagen auch: Bitte geht damit verantwortungsbewusst um. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um knapp 1 Minute überschritten. Diese Zeit steht jetzt theo-

(Vizepräsidentin Aminata Touré)

retisch allen Fraktionen zu. Ich sehe nicht, dass davon Gebrauch gemacht wird. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1794 an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Unruhe)

- Ich bitte noch einmal um Abstimmung. Es ist beantragt worden, diesen Antrag an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der SPD- und der AfD-Fraktion sowie der Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das ist der Rest des Hauses. Somit ist die Ausschussüberweisung nicht erfolgt.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen! - Somit ist der Antrag Drucksache 19/1794 mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem SSW, der FDP, der CDU und der AfD bei Enthaltung der Stimmen der SPD angenommen.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen, 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:53 Uhr